

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wählt Wahlrechtskämpfer!

Heute ist genau ein Jahr verstrichen, daß die Thronrede das feierliche Versprechen einer Wahlreform gab. Freilich einer Wahlreform, wie sie für die Masse des Volkes unannehmbar ist. Sieß es doch in der Thronrede wörtlich:

„Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erklarung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Beratungen, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Die Krone hat sich also durch die Bewegung des Volkes vor gerade Jahresfrist endlich das feste Versprechen einer Wahlreform abringen lassen, während noch im Januar desselben Jahres 1908 der preussische Ministerpräsident Fürst Bülow die Wahlrechtsinterpellanten damit verdröselte, daß von der Regierung „geprüft“ werde, welche Formen eine „gesunde Reform“ des preussischen Wahlrechts annehmen müsse. Sobald die Staatsregierung „für ihre Entscheidungen eine feste Unterlage gewonnen“ habe, werde sie dem Landtage eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Es liegt nunmehr also das Versprechen vor, dem jetzigen Landtage zu gegebener Zeit eine Wahlrechtsvorlage vorlegen zu wollen — wie halbhoffizios gemeldet worden ist, nicht vor dem Jahre 1911! — aber weiter auch nichts! Dem wenn auch die Andeutungen in der Thronrede über das, was unter der „organischen Fortentwicklung“ zu verstehen sei, überaus verschwommen sind, so ist daraus doch soviel mit aller Bestimmtheit zu entnehmen, daß man von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nichts wissen will! Nach wie vor gilt Bülows Erklärung vom 10. Januar 1908:

„Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist.“

Bülow ist zwar als Politiker von der Bildfläche verschwinden, aber sein Nachfolger Bethmann Hollweg ist um kein Haar besser als der agrarische Kanzler. Und gerade zur Frage der preussischen Wahlreform hat sich ja der neue Reichskanzler und preussische Ministerpräsident schon einmal in höchst bezeichnender Weise geäußert, als er noch preussischer Minister des Innern war. Bethmann Hollweg hatte im Frühjahr 1906 jene Besetzungswürfe zu den Landtagswahlen einzubringen, die durch Änderungen der Landtagswahlbezirke und Wahlorte sowie durch Vermehrung der Abgeordneten von 433 auf 443 an dem elendesten aller Wahlsysteme eine elende Fiktion vornahm. Der jetzige preussische Ministerpräsident benutzte diese Gelegenheit dazu, sich durch ein reaktionäres Glaubensbekenntnis den Weisfall der Junker und Wahlrechtsfeinde zu erwerben. Diese Rede vom 23. März 1906 war in einem geradezu komischen Randerwisch gehalten, das Herr v. Bethmann Hollweg vermutlich als philosophische Tiefe betrachtet wissen wollte; allein soviel war aus dem ebenso verworrenen wie präntischen Gerede doch zu entnehmen, daß es eine glatte Absage an die Beschwörer einer demokratischen Wahlreform bedeutete. Ja, der berühmte freikonserervative Scharfmacher v. Zedlitz konnte Bethmann Hollwegs Rede folgendermaßen auslegen:

„Aus den Ausführungen des Ministers habe ich entnommen, daß die Regierung die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen ablehnt, daß sie weiter eine Neueinteilung der Wahlkreise ablehnt und die historischen Rechte der bisherigen Einteilung wahren will, und daß sie endlich an ein Reichstagswahlrecht der Zukunft denkt, das nicht nach unten, sondern nach oben führt, und daß dieses Wahlrecht der Zukunft ein gleiches für Preußen und Deutschland werden soll.“

So also sieht der Mann aus, der dafür verantwortlich ist, daß die Verheißung der Thronrede in die Tat umgesetzt wird!

Wer also angesichts dieser Tatsachen eine Erfüllung der Wahlrechtsforderungen der Massen von der Regierung erwartet, obgleich er vorgibt, ein Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu sein, der begeht den schimpflichsten Verrat am Volke!

Nicht von der Regierung, nicht von dem preussischen Landtage in seiner jetzigen Zusammenfassung ist eine wahrhafte Reform des verrotteten preussischen Wahlrechts zu erwarten, sondern einzig und allein vom rücksichtslosesten Drängen von unten her, von einer unwiderstehlichen Volksbewegung!

Wie die Regierung über die Wahlreform denkt, haben wir ja oben gezeigt. Die Regierung wird bestenfalls ein Pluralwahlrecht vorschlagen, das ähnlich wie die sächsischen Wahlrechts-

miggebung die proletarische Mehrheit des Volkes der Vergewaltigung durch die mit Mehrstimmenrecht ausgestattete Minderheit der Besitzenden preisgibt! Die Form des Wahlrechts wäre damit geändert, der Zustand der Rechtlosigkeit für die große Masse des Volkes aber der gleiche geblieben! Denn ein Wahlrecht, das es der Mehrheit der Wähler für alle Zeit unmöglich macht, auch die Mehrheit der Mandate zu erobern, ist nur ein wertloses Scheinwahlrecht!

Die Regierung will diesen Wechselbalg von einem neuen Privilegienwahlrecht — frühestens Anno 1911! — erst dann dem Landtage vorlegen, wenn sie sich durch eine Aussprache mit den Führern der Parteien vergewissert hat, daß er von dem ausschlaggebenden Parteien auch adoptiert wird! Selbst wenn wir dabei von dem Hause der preussischen Lords, dem Herrenhause, absehen, bleibt zu bedenken, daß im Abgeordnetenhaus neben 104 ultramontanen und 65 national-liberalen Abgeordneten allein 212 Konservative sitzen, daß also eine Mehrheit der Wahlrechtsfeinde außer allem Zweifel steht! Wenn es der Regierung gelingt, die Wahlreform auf die Bedürfnisse der konservativen Krautjunker, der national-liberalen Schlotbarone und der ultramontanen Pfaffen zuzuschneiden und in aller Gemütslichkeit durchzubringen, so ist die Wahlreform für unabsehbare Zeit verpöndelt und die Masse der Rechtlosen abermals schändlich um ihre Rechte geprellt!

Nur ein Volkssturm kann die Dreiklassenschmach resillos hinwegjagen!

Und nur der meint es ehrlich mit der Wahlreform, der alle Kräfte einsetzt, einen solchen Volkssturm zu entfachen!

Nur der beweist den ernstlichen Willen, Preußen und damit ganz Deutschland von dem Alb der junkerlichen Reaktion zu befreien, der von Stund an alle Kraft gegen die Reaktion und für die Vertreter der Volksrechte einsetzt!

Der Freisinn hat sich mit unsäglicher Schmach beladen und seine eigene Wahlrechtsforderung verhöhnt dadurch, daß er nicht nur bei den Reichstagswahlen 1907, sondern auch bei den Landtagswahlen 1908 den konservativen Wahlrechtsfeinden Handlangerdienste geleistet hat!

Und auch jetzt wieder hat die freisinnige Parteileitung die Parole ausgegeben, den nationalliberalen Agrarier Duard in Koburg gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen! Durch solche Stärkung der Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts beweist der Freisinn, wie „ehrlisch“ und „mannhaft“ er für die Volksrechte eintritt!

Entrechtete! Gedent deshalb auch bei der viersachen Landtagsurwahl am 26. Oktober

der Wahlrechtsverräterei des Freisinn!

Schickt statt der hohlen Wahlrechtschwäher, die noch bis zum letzten Tage mit den Wahlrechtsfeinden paktiert haben, wiederum die erprobten Wahlrechtskämpfer in das Junkerparlament!

Der Sieg der vier Sozialdemokraten sei der Beginn der neuen Wahlrechtsaktion!

Zum Wahlkampf.

Freisinniger Flugblatt-Schwindel.

Ein im 6. Berliner Landtagswahlbezirk verbreitetes Flugblatt, das für den Freisinnskandidaten Max Schulz Reklame macht, bringt eine Reihe hanebüchene Entstellungen und Unwahrheiten, die hiermit niedriger gehängt seien.

Da wird zunächst behauptet, die vier sozialdemokratischen Wahlen seien deshalb — und mit Recht — fassiert worden, weil die Sozialdemokratie Terror geübt habe.

Das Flugblatt unterläßt dabei die für den Freisinn allerdings unsäglich blamable Tatsache, daß der Freisinn auch deshalb für die Ungültigkeit der vier sozialdemokratischen Wahlen stimmte, weil die Wählerlisten angeblich falsche seien. Daß der Freisinn vier sozialdemokratische Wahlen für ungültig erklärte, die auf Grund derselben Wähleraufstellung zustande gekommen waren, die auch den freisinnigen Wahlen zu Grunde lag, ist allerdings ein so standstarrer Akt niedrigster politischer Gehässigkeit, daß es nur zu begreiflich ist, wenn ihn der Freisinn mit Schweigen übergeht!

Was aber den sozialdemokratischen Terror anlangt, so ist es ja gut genug bekannt, in welcher perfider Weise der Freisinn die Beamten ihren Behörden denunzierte, die sich nicht zum freisinnigen Stimmvieh erniedrigt hatten; wie ferner der heutige Landtagskandidat Schäfer im „Noabiter Bezirksanzeiger“ 40 Wahlmänner der Achtung preisgab, darunter sogar Staatsbeamte!

Das Flugblatt will dann den Lesern damit graulich machen, daß die Sozialdemokratie für das Proletariat die Kleinherrschaft im Staate erobern und das Privateigentum beseitigen wolle.

Auch freisinnige Flugblattverfasser wissen natürlich, daß die Sozialdemokratie jede Klassenherrschaft beseitigen will. Sie wissen nicht minder, daß die Sozialdemokratie ihre Bestrebungen vermittelst der Demokratie durchsetzen will. Die Absichten der Sozialdemokratie verächtigen heißt also nichts anderes, als die Demokratie selbst verächtigen!

Über die Konfiskation des Eigentums! Nun, die Sozialdemokratie will gerade der Konfiskation des Eigentums durch die kapitalistische Konzentration ein Ende machen. Sie will durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Rückziehung der enteigneten, ausgeplünderten Massen am Nationalvermögen wiederherstellen! Keunzig Prozent des Volkes können dabei nur gewinnen!

Denn dafür, wie heute das Eigentum verteilt ist, ein paar Zahlen aus der amtlichen preussischen Vermögensstatistik für das Jahr 1908. Danach besaßen von den 38 Millionen Preußen nur 1 1/2 Millionen ein Vermögen von mehr als 6000 M. Diese 1 1/2 Millionen besaßen zusammen 91 Milliarden Vermögen.

Von diesen 91 Milliarden Vermögen entfielen aber 67 Millionen auf nur 300 000 Personen, die pro Kopf mehr als 52 000 M. Vermögen besaßen; auf die übrigen 1 200 000 Personen kamen nur 24 Milliarden!

8377 Millionäre aber haben 22 1/2 Milliarden Vermögen, also fast eben so viel, wie die 1 200 000 zusammengekommen!

Hat die Sozialdemokratie nicht recht, wenn sie diese schmachvolle Anhäufung des Reichtums in wenigen Händen beseitigen und das Eigentum an Produktionsmitteln in den Besitz der Gesamtheit überführen will?!

So viel für heute. Morgen mehr!

Wer wird in Berlin XII Mischmaschkandidat werden?

Der Plan, im Landtagswahlbezirk Berlin XII die bürgerlichen Parteien mit einem gemeinsamen Kandidaten in den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, hat den Weisfall auch einer Versammlung von Beamten gefunden, die am Montag im Noabit vom „Beamten-Wahlverein Groß-Berlin“ veranstaltet worden war. Die Versammlung, in der diese Kundgebung zustande kam, wurde geleitet von dem Gemeindefullehrer Rosin, dem Freisinnsmann, der kürzlich in Berlin VII sich von Beamten und Lehrern als Kandidat für den Freisinn hatte vorschlagen lassen, aber dann hinter dem von den Hausbesitzern protegierten Stadtverordneten Goldschmidt zurückziehen mußte. Jede der drei bürgerlichen Parteien, die in Berlin XII um die Palme ringen, gibt bei dem Handel um die Mischmaschkandidatur sich der süßen Hoffnung hin, schließlich den eigenen Kandidaten auf den gemeinsamen Schild erheben zu sehen. Zu der Versammlung waren die drei bürgerlichen Kandidaten eingeladen worden, damit die Beamten prüfen könnten, wer von den dreien sich wohl am besten zum Mischmaschmann eigne. Dem Freisinnskandidaten Prediger hatte ein gütiges Geschick eine Verhinderung beschert, so daß er davor bewahrt blieb, persönlich Rede und Antwort stehen zu müssen. Getommen waren die beiden anderen, der Professor Leidig, der für die paar Nationalliberalen kandidiert, und der Eisenbahnsekretär Liebig, den die Konservativen den Wählern anbieten.

Beide gaben etliches aus ihrem Programm zum besten — und beide wurden danach als ungeeignet abgelehnt. Professor Leidig empfahl sich als Mann der „mittleren Linie“, gleich annehmbar für Konservative wie für Freisinnige. Ein allgemeines gleiches Landtagswahlrecht kann seiner Meinung nach nicht im Interesse der Beamten liegen. Das Koalitionsrecht will er ihnen geben, aber „mit gewissen Schranken“. Vor Leidig sprach Herr Liebig, der durch den Titel Eisenbahnsekretär besonders auf die Beamten zu wirken hoffte. Er mußte sich verteidigen gegen einen scharfen Angriff, den in der Versammlung ein Führer der Beamtenbewegung, der Redakteur Coboelen, gegen ihn gerichtet hatte. Coboelen erklärte, gerade Liebig scheine der „am wenigsten geeignete“, Beamte im Landtage zu vertreten. Dieser Herr sei einer von den Beamten, die nicht Rückfragen zu haben. Liebig sei übrigens nicht lediglich Beamter, sondern auch Hausbesitzer. Er gehöre zu den Führern eines jener Hausbesitzervereine, von denen alles eher als eine Förderung der Interessen der Beamten zu erwarten sei. Diese Tatsache ist richtig; sie wurde schon vor zwei Jahren im „Vorwärts“ festgenagelt, als bei den damaligen Stadtverordnetenwahlen die Hausagrarier ihren Liebig im 45. Wahlbezirk dritter Abteilungs den kleinen Gewerbe- und Handelsbetrieblenden, den Beamten und den Arbeitern als „geeigneten“ Vertreter anzubieten sich erlaubten. Mit Recht sagte Coboelen über diesen Herrn Liebig, von ihm sei auch nicht zu erwarten, daß er im Landtage sich gegen jene einseitig agrarische Interessenspolitik wehren werde, die es den Beamten geradezu unmöglich mache, für die Konservativen einzutreten. Auf diese Ausführungen, die mit Weisfall aufgenommen wurden, gab Herr Liebig eine Antwort, die mehrfach durch ihre ungewollte Komik laute Heiterkeit weckte. Er versicherte, daß es in Berlin nicht viele Hausbesitzer geben werde, die so behaftet seien wie er, dessen Haus sogar von Beamten schon sehr lange bewohnt werde. Sodann sagte er sein abgeleiertes Sprüchlein vom Mittelstandsschutz auf, er, der in seinem Hausbesitzerverein die Pflicht hat, gegen den Mittelstand die Interessen des Hausagrarierturns zu fördern und auch im Landtage jederzeit dieser Pflicht eingedenk bleiben möchte. Für den Landtag will er höchstens das geheime und direkte Wahlrecht geben, aber nicht das allgemeine. Es sei recht und billig, daß den stärkeren Steuerzahlern auch der größere Einfluß bleibe. Solchermaßen entwickelte Herr Liebig sein „Programm“ unter dem Widerspruch der Mehrheit seiner Zuhörer.

Indes, den Geschmack an einer Mischmasch-Kandidatur ließ die Versammlung sich weder durch Leidig noch durch Liebig verderben. Sie versagte beiden ihren Beifall, nahm aber eine Resolution an, die die bürgerlichen Parteien mahnt, „noch in letzter Stunde sich zu einigen“, damit nicht Berlin XII wieder an die „Partei des Umsturzes“ falle. Würde nun wohl der Prediger Kunze, der das Vertrauen der Führer des Berliner Freisinnigen genießt, als einigender Mischmaschmann willkommen sein? Die Drahtzieher haben nicht den Mut, schon jetzt eine Entscheidung zu treffen, bevor in den Urwahlen die Wahlmänner gewählt sind. Doch niemand kauft gern die Rage im Saal. Da wird sich's empfehlen, doch lieber nach Möglichkeit dazu beizutragen, daß sozialdemokratische Wahlmänner gewählt werden und Berlin XII der Sozialdemokratie verbleibt!

Die preussische Wahlreform und der Liberalismus.

Albert Traeger bricht im „Berliner Tageblatt“ eine Lanze für Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Durchaus zutreffend führte er am Schlusse seines Artikels aus:

Der Kampf für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gilt auch seiner Erhaltung im Reich, wo es von Anfang an ein Dorn in konservativen Augen geblieben, obgleich Bismarck erklärt hatte, daß ihm kein besseres, von Mängeln freieres Wahlrecht bekannt sei wie dieses. Trotzdem wollte der Minister Präsident die wünschenswerten Homogenität der Wahlsysteme durch Einführung des preussischen Wahlrechts im Reich herstellen und verlangte 1895 Graf Mirbach im Herrenhause umgehört nach einem Staatsstreich zur Beseitigung des Reichstagswahlrechts. Mögen diese Kundgebungen auch weit zurückliegen, die Tendenz besteht fort und hat sich ganz neuerdings am 10. Juli d. J. in der hochbedeutenden Rede des Herrn v. Heydebrand unverhüllt offenbart. Danach sind die Konservativen zur Ablehnung der Erbschaftsteuer durch das Reichstagsgesetz bestimmt worden, daß sie eine solche Vermögenssteuer nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden parlamentarischen Körperschaft legen wollen.

Man sieht deutlich, wohin die Fahrt geht, und also muß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen die Parole für die nächsten Wahlen zum Reichstage sein, die auch für Preußen ausschlaggebende Bedeutung gewinnen können. Denn bei der bekannten hastigen Eile, mit welcher in dortigen Ministerien derartige Vorarbeiten vorbereitet werden, läßt sich kaum annehmen, daß bis zu diesen Wahlen der gegenwärtige, vielleicht auch schon ein anderer Ressortminister über die von der letzten Thronrede angeordnete Vorlage sich schlüssig gemacht. . . . Wer jener Parole zu folgen nicht gewillt, dürfte schwerlich seinen Platz in der links-liberalen Phalanx finden. In den diesjährigen freisinnigen Wahlrechtsanträgen im Abgeordnetenhaus lagen auch Anträge der dem Hauptantrage abgeneigten National-Liberalen auf direkte und auf geheime Wahl vor, die mit einer Zufallsmehrheit von nur drei Stimmen abgelehnt wurden. Daraus ergibt sich die häufig übersehene Wichtigkeit der Einzelstimmen und für den liberalen Wähler die Pflicht, sich über die Richtung und Richtung des Kandidaten auf das allergenaueste zu vergewissern. Der Liberalismus ist nicht allzu selten von selbstgewählten Gegnern überstimmt worden. Die Zahl der Feinde zu vermindern ist die einzig richtige und sichere Taktik.

Das sagt der alte Traeger im selben Augenblick, da der Freisinn in Koburg wieder einem der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen „abgeneigten“ National-Liberalen zum Siege verhelfen und dadurch die Zahl der Feinde vermehren will.

Die Liberalen für das Prügellist Mielczyn.

Die jeder Fürsorge Hohn sprechende Methode, die Fürsorgezöglinge in der Anstalt Mielczyn über sich ergehen lassen mußten, hat eine Zeitlang die Empörung selbst der fasslichsten Liberalen aufgepeitscht. Die brutalen Mißhandlungen, die Auspeitschungen und Fesslungen der wehrlosen, der Obhut des Berliner Magistrates anvertrauten Fürsorgezöglinge hatten ein allgemeines Echo der Entrüstung wahrgerufen. Der Pastor Breithaupt muß schleunigst als Leiter der Anstalt Mielczyn entfernt und unter Anklage gestellt werden — das war die allgemeine Ansicht aller anständigen Menschen ohne Unterschied der politischen Richtung, als die Greuel aus der Hölle von Mielczyn bekannt wurden. Auch die Regierung und der Minister erklärten in amtlichen Schreiben, daß dieser Pastor ebenso wie der Inspektor gänzlich ungeeignete Persönlichkeiten als Erzieher oder Leiter der Anstalt sind. Pastor Breithaupt behielt dennoch die Leitung. Es hieß dann mit Bestimmtheit, der Pastor würde, wenn ihn der Staatsanwalt nicht früher holt, spätestens am 1. Oktober die Leitung niederlegen. Und dennoch schwingt heute noch der Pastor Breithaupt das Szepter als Leiter der Fürsorgeanstalt Mielczyn. Was tut's, ob Magistrat, ob Stadtverordnete, ob die Regierung, ob der Minister den Pastor Breithaupt für völlig ungeeignet halten — der Ostmarkenpolitiker betreibende „Evangelische Verein für Waisenspflege in der Ostmark“ behält ihn im Amt. Ein Unentschieden hat die Zahl der Zöglinge sich zusehends verringert. Die Zahl von 64 Zöglingen, die die Anstalt Mielczyn noch Ende Juli umwies, ist auf 13 zusammengeschmolzen, wenn nicht zur Zeit, wo wir diese Zahlen schreiben, auch diese 13 Herzogelb gegeben und so die Möglichkeit, sie durch „Fürsorge“ geistig und moralisch vollends zu ruinieren, verringert haben.

Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen ihre Untersuchung gegen den Pastor Breithaupt und den Inspektor Engel abgeschlossen. Sie hat, wie ein Telegramm aus Gnesen meldet, festgestellt, daß alle im „Vormarsch“ zuerst erhobenen Vorwürfe gegen diese „Fürsorgeerzieher“ auf Wahrheit beruhen. Es ist Anklage erhoben, nachdem erwiesen ist, daß Zöglinge an Händen und Füßen gefesselt im Keller eingesperrt, daß fünfzig bis hundert Peitschenhiebe wegen Entwendung einer Bolle, eines Hühnerreies und dergleichen oder aus ähnlich nichtigen Anlässen vielen Zöglingen verabreicht wurden, und daß die so Gemarterten die Schläge selbst laut zählen mußten. Ob auch der Fußbalkonade, die in Mielczyn erfindet ist, die Staatsanwaltschaft ihre Aufmerksamkeit geschenkt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. In den nächsten Tagen wird die Strafkammer über die Erhebung der Anklage beschließen. Bis zur öffentlichen Verhandlung wird ja noch einige Zeit vergehen.

Auch ohne Strafurteil ist der Pastor Breithaupt längst moralisch gerichtet, nicht minder das System, das in Mielczyn angewendet ist, dessen Anwendung aber ohne die fabelhaftige Aufsichtslässigkeit der notwendigen Aufsicht durch den „evangelischen Verein für Waisenspflege in der Ostmark“ und durch die Berliner Waisendeputation unmöglich gewesen wäre.

Bekanntlich haben unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung beantragt, sofort die Kinder aus der Anstalt von Mielczyn fortzunehmen. In dem Ausschuss, der zur Vorberatung dieser Angelegenheit eingesetzt wurde, sang anfangs die Empörung über die Mielczyn Greuel und die Schmach über die Mißhandlung der liberalen Waisensverwaltung noch so laut durch, daß auf Annahme des Antrages mit großer Mehrheit zu rechnen war. Inzwischen ist die Stimmung umgeschlagen. Der „Evangelische Verein für Waisenspflege in der Ostmark“ sucht alle Schuld auf den Magistrat, die Waisendeputation und die Städte-

verordneten von sich abzuwälzen. Er sieht augenblicklich in Verhandlung mit dem Magistrat und mit in der Tat den Magistrat und eine Anzahl liberaler Stadtverordnete Hirre gemacht. Sie sind geneigt, den Vertrag ausdrücklich aufrecht zu erhalten, wenn „Jugendanstalt“ dem Verein gemacht werden. Bei diesen „Jugendanstalten“ handelt es sich um nichts weiter, als um Festlegung einiger selbstverständlicher Verpflichtungen und um die Abwälzung der Verantwortung auf die Stadt. Großmütig will der Ostmarkenverein dem Berliner Magistrat das Recht einräumen, bei Anstellung der Person des Leiters von Mielczyn mitzusprechen. Noch dem bestehenden Vertrage muß ein Teil der Erziehungsgehilfen Handwerker, ein Teil Lehrer sein, für je 10 Zöglinge ist ein Erzieher einzustellen. Wie bekannt, befindet sich unter den elf in Mielczyn angestellten sogenannten Erziehungsgehilfen nicht ein einziger pädagogisch Vorgebildeter. Statt nun schleunigst für Erziehung der vielleicht zum Hütern, nicht aber zum Erziehen von Menschen geeigneten Erziehungsgehilfen zu sorgen, hat der „Evangelische Verein für Waisenspflege in der Ostmark“ das „Jugendanstalt“ gemacht, daß fortan ein Viertel der Erziehungsgehilfen die Qualifikation staatlich geprüfter Lehrer haben sollen. Als weiteres „Jugendanstalt“ bezeichnet der Verein mit dem langen Namen die Einräumung des Rechts an die Stadt Berlin, gegen die Vorschriften handelnde untüchtige Unterbeamte entlassen zu dürfen. Endlich soll ein Psychiater die Fürsorgezöglinge bei der Aufnahme untersuchen und die Unternehmung mindestens einmal vierteljährlich wiederholen. Gingen soll Berlin nach wie vor verpflichtet sein, pro Kopf des Zöglinge 500 M., zum mindesten aber 45000 M. jährlich, an den Verein zu zahlen. Ein ausdrückliches Recht der Stadt Berlin, aus erzieherischen Gründen den Leiter zu entsetzen, einen anderen einzustellen, anzuordnen, daß endlich Einrichtungen geschaffen werden, die Mielczyn aus einer Verwahrungsanstalt in eine Fürsorgeanstalt verwandeln, soll der Stadt Berlin nicht eingeräumt werden. Der „Evangelische Verein für Waisenspflege in der Ostmark“, dessen totale Unfähigkeit zum Erziehen von Fürsorgezöglingen durch das Dulden der rohen Breithauptmethode, durch die Unterlassung jedweder ausreichenden Aufsicht, durch die Weibehaltung des Pastors Breithaupt und das fortwährende Entweichenlassen von Zöglingen gegenüber den ihrer Obhut anvertrauten Kindern bezeugt. Der Ausschuss, der Montag tagte, hat sich auf 14 Tage vertagt, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, ein vorläufiges Abkommen mit dem Verein zu treffen, dessen totale Unfähigkeit durch die sattem bekannten Vorgänge aller Welt bekannt ist. Und das nennt sich liberal!

Ferrer.

Während alles, was freihetlich denkt und gestillt fühlt, sich in dem Protest vereinigt gegen die spanischen Greuel, in denen die tödliche Ermordung Ferrers nur ein Glied bildet, behandeln die Merikalen der ganzen Welt ihre Solidarität mit den mörderischen Mönchen. Nur in Deutschland erleben wir noch die Schande, daß auch die Reaktionen des anderen christlichen Bekenntnisses sich der schwarzen Internationale anschließen; die „Deutsche Tagesztg.“ und die „Rein-Weiß. Ztg.“ schimpfen nicht minder auf den „Ferrer-Kummel“, wie sie das Aufbäumen der Menschlichkeit gegen die Merikale Mordtat zu neuen belieben, wie die „Germania“ und die „Märk. Volksztg.“.

Die Merikalen Blätter verfolgen dabei die alte sattem bekannte Jesuitentaktik. In Spanien haben ihre Genossen der Welt ein Schauspiel der Grausamkeit und Verfolgungslust gegeben, das selbst von den Schergen des Jares nur erreicht und nicht überboten werden konnte. Die frommen Generale des allerchristlichsten Königs haben in dem Lande, das vom Vatikan durch den Gesandten des Papstes regiert wird, in der fürchterlichsten Weise gehandelt. Sie haben besiegten, ihrer spärlichen Waffen beraubten Revolutionäre Barcelonas wurden von Kavallerie in Scharen zusammengetrieben und die Wehrlosen von Artillerie beschossen. Seit der Niederlage der gerechtesten und gerechtfertigsten aller Revolutionen wüthet der weiße Schreden. Sechshundert Menschen schmachten in den Gefängnissen, zwölftausend Kriegsgerichtsurlaube stehen noch aus, und unbekannt ist die Zahl der Opfer, die in den Festungsgräben Montjuich's sässigert wurden. Noch nie hat der Blutdurst entmenschter Sieger einen größerer Triumph über besiegte Mitbürger gefeiert. Was tun die Merikalen? Sie zittern über Verfolgung; die Verfolgten aber sind natürlich die — Merikalen. Daß man die spanischen Verbrecher ihre Verbrechen nicht ohne Protest zu Ende führen läßt, daß man die Verantwortlichkeit der Mönche, des allerchristlichen Königs und ihres Beichtvaters, des Papstes, stellt, das erscheint den Merikalen Blättern als schrecklicher Frevel. Den Protest gegen die Mordpolitik ihrer spanischen Kollegen legen die Merikalen der ganzen Welt wie auf ein gemeinsames Lösungswort um in einen Angriff auf die Religion und die katholische Kirche. Die „Germania“ und ihre Geschwister lägen unisono von einem neuen „Kulturkampf“ gegen den Katholizismus, als ob der Katholizismus und die spanische Mordjustiz dasselbe wären. Aber die Zeiten ändern sich, und heute, wo das Zentrum die herrschende Partei in Preußen und im Reich ist, wird diese elende Demagogie erlarmt werden als das, was sie ist, als elende Heuchelei. Denn der Kampf gegen Justizmord und politische Barbarei als Kampf gegen das Christentum hinzustellen, ist in Wahrheit eine Blasphemie, um so unerhörter, als ja das Christentum auf einen Stifter zurückgeht, der selbst das Opfer eines Justizmordes gewesen ist.

Die Solidarität der Merikalen mit den spanischen Mörderern hat auch in Wirklichkeit nicht das Geringste mit Christentum, wohl aber alles mit dem reaktionären Charakter des Zentrums zu tun. Es ist die Angst vor dem wachsenden Freiheitsdrang der Völker, die in dem Beifügen der Reaktionen aller Bekenntnisse über den „Ferrer-Kummel“ zum Ausdruck kommt.

Die Kundgebungen für Ferrer nehmen ihren Fortgang und werden sicher auch auf Spanien ihre Rückwirkung äußern. Die Lage des Kabinetts Maura bleibt trotz aller großen Worte der Minister kritisch und es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Verbrechergesellschaft noch allzu lange das Gest in Händen behalten wird.

Kundgebungen in den Parlamenten.

London, 19. Oktober. Unterhans. Henderson (Arbeiterpartei) fragte den Staatssekretär des Auswärtigen Grey, was seitens der britischen Regierung geschehen sei — falls überhaupt etwas unternommen wurde —, um die Erschießung Ferrers zu verhindern, der, ohne von einem bürgerlichen Gerichtshof vernommen worden zu sein, von der spanischen Regierung hingerichtet wurde. Weiter richtet der irische Nationalist Keating an Grey die Anfrage, ob er Grund habe, der Angabe, die katholischen Missionare Spaniens hätten das Kriegsgericht zur Ermordung Ferrers veranlaßt, weil dieser ein Freidenker gewesen sei, Glauben beizumessen. Patrick D'Orien (Nationalist) fragte sodann die Regierung, ob es lag sei oder zu irgend etwas Gutem führen könne, wenn sich die britische Regierung in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmische. (Beifall bei den Ministerialen und der

Dypposition.) Staatssekretär Grey antwortete: Die Antwort, die ich zu erteilen habe, erledigt alle drei Anfragen. Die britische Regierung kann nicht von der Regel abweichen, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen europäischen Staates weder einzumischen, noch ihrer Meinung über diese Angelegenheiten irgendwelchen Ausdruck zu geben, es sei denn, britische Untertanen oder britische Vertragsrechte wären dabei gefährdet. Diese Regel wird, soweit ich unterrichtet bin, von allen europäischen Regierungen beobachtet, und es wäre unzumutbar, von ihr abzuweichen. (Lauter Beifall bei den Ministerialen und der Dypposition.)

Curran (Arbeiterpartei) fragte, ob das Auswärtige Amt früher nicht seinen Einfluß geltend gemacht habe, um Grausamkeiten, die von anderen Mächten begangen wurden, zu verhindern, und wenn dem so gewesen sei, warum der Staatssekretär des Auswärtigen innerhalb seiner Befugnisse nichts getan habe, um den Justizmord an einem der angesehensten Bürger Spaniens zu verhindern. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Die Frage blieb unbeantwortet. Hierauf beantragte Grayson (Soz.) Vertagung des Hauses wegen der unbefriedigenden Antwort Sir Edward Greys und als Protest dagegen, daß der Staatssekretär nichts getan habe, um den jetzt in den Kerker Spaniens befindlichen Gefangenen ein ordentliches Gerichtsverfahren vor dem Zivilgericht zu sichern. Für den Antrag wurden achtzig Stimmen abgegeben; da aber für einen Vertagungsantrag vierzig Stimmen erforderlich sind, fiel der Antrag. (Zurufe Graysons: Psi!, Feiglinge!)

Paris, 19. Oktober. Die Deputiertenkammer beschloß am Freitag Interpellationen der Sozialisten Rouanet über Untertreibung der spanischen Polizei in den Ostpyrenäen und Merle über die Interventionen Spaniens in Marokko zu beraten.

Im Senate beantragte der Sozialist Flaßsières, die Regierung darüber zu interpellieren, welche Haltung sie nach der Hinrichtung Ferrers Spanien gegenüber einzunehmen beabsichtige. Der Minister des Auswärtigen Bichon erwiderte darauf, es bestehe keinerlei Beziehung zwischen den Ereignissen in Spanien und der Politik Frankreichs gegenüber. Die Regierung habe die unveränderliche Richtschnur, niemals in die innere Politik fremder Regierungen einzugreifen. Frankreich sei mit Spanien durch herzliche Freundschaft sowie durch Handelsverträge und Verträge verbunden und werde fortfahren, diese Verträge und diese Freundschaft zu beibehalten. Es sei nicht Sache einer französischen Versammlung, sich über Ereignisse auszusprechen, deren Behandlung einen Rückschlag auf die französische Diplomatie nach sich ziehen könne, und deren Beurteilung vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus ausschließlich den Vertretern Spaniens zuzuliebe. Bichon schloß mit der Aufforderung, die Interpellation auf unbestimmte Zeit zu vertagen. (Beifall.) Der Antragsteller erwiderte darauf die Versammlung, die Beratung der Interpellation auf die nächste Sitzung festzusetzen; denn das Land verlange, daß seine Stimme gehört werde. Der Senat beschloß mit allen gegen drei Stimmen, die Interpellation auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Budapest, 19. Oktober. Abgeordnetenhause. Zu Beginn der Sitzung teilte der Präsident mit, der Abgeordnete Georg Nagy (Dyppositionell) wolle vor Eintritt in die Tagesordnung die Affäre Ferrer besprechen. Er verweigere aber seine Zustimmung hierzu. Daraus appellierte Nagy an das Haus und bat um die Erlaubnis, die Affäre zu besprechen. Das Haus vertagerte die Erlaubnis mit großer Majorität.

Brüssel, 19. Oktober. Eine Interpellation über die Hinrichtung Ferrers, die der Abg. Furnemont heute an die Regierung richtete, führte zu stürmischen Szenen in der Kammer. Es sprachen die Sozialisten Furnemont, Destro und Wendelbelle für die Interpellation gegen Vertreter der Rechten, die die Beratung der Interpellation für unzulässig erklärten. Von sozialistischer Seite fielen scharfe Worte gegen Spanien, welche der Minister des Auswärtigen zurückwies. Furnemont verlangt die sofortige Beratung seiner Interpellation. Er kritisiert die spanischen Minister in scharfster Form und bezeichnet Maura als den Führer von Mörderern, was großen Tumult hervorruft. Furnemont fährt fort, indem er ausführt, die Kammer würde sich zu Mitschuldigen dieses Verbrechens machen, wenn sie dem glorreichen Märtyrer des Merikalismus nicht ihre Sympathie ausdrücken wollte. (Auf der Bank ertönen Rufe: Hoch Ferrer!) Die Pyrenäen bildeten die Grenze zwischen der Zivilisation und Spanien, dessen König wir ins Gesicht speien. (Der Kammerpräsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.) Hierauf wird der Zwischenfall für beendet erklärt und die Interpellation auf später vertagt.

Proteste in Spanien.

Paris, 19. Oktober. Auch aus spanischen Gemeinden treffen jetzt Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung Ferrers ein. So sagte der Gemeinderat von Eibar, dem Sitz der berühmten spanischen Waffenfabriken, einen solchen Protestbeschluß.

Wie der „Matin“ meldet, bekräftigt man in ähnlichen Kreisen Barcelonas den Ausdruck des Generalstreiks. Die Polizei trifft dementsprechend ihre Vorkehrungen.

Der Boykott.

Marseille, 19. Oktober. Die hiesigen Hafenarbeiter haben den im Einvernehmen mit dem allgemeinen Arbeiterverein gefassten Beschluß zum Zeichen des Protestes gegen die Hinrichtung Ferrers spanische Schiffe zu kontrottieren, geheim ausgeführt und sich geweigert, die beiden Schiffe „Catalana“ und „Tervana“, die spanischen Gesellschaften gehören, zu verladen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober 1908.

Der Zweck des Hansabundes.

Kürzlich trat auch in Königsberg i. Pr. der „Hansabund“ in die Öffentlichkeit. Es wurde eine große Versammlung abgehalten, in der erklärt wurde, der „Hansabund“ wolle Deutschland vom agrarischen Joche befreien und die Gleichberechtigung aller Erwerbsstände erstreben. Wie diese Verteuerungen zu verstehen sind, zeigt die Tatsache, daß in demselben Augenblick, in dem man vom agrarischen Joche und von der Bekämpfung der Vorherrschaft des Agrariertums sprach, die Versammlung dafür eintrat, daß in Koburg der Kandidat der Nationalliberalen und Landbändler unterstützt werde. Doch noch deutlicher zeigt die wahre Gesinnung der Hansabändler das nachstehende vertrauliche Schreiben, das der erste Direktor der Norddeutschen Kreditanstalt George Marx in Königsberg an den Vorsitzenden des „Hansabundes“, Geheimrat Nießer-Berlin, gerichtet hat. Marx ist Vorstandsmitglied der Königsberger Ortsgruppe des „Hansabundes“. Er schreibt unter dem Vermerk: „Vertraulich“:

„Mein verehrter Herr Geheimrat!
Da wir hier unmittelbar vor der Gründung der Ortsgruppe des „Hansabundes“ stehen, halte ich es für nicht unangebracht, Ihnen einen Vorschlag zu machen, der ernster Erwägung wert ist. Ich bin nach reiflicher Ueberlegung zu der Ansicht gekommen, daß der „Hansabund“, obgleich sein Wachstum sehr erfreulich ist, doch nicht in dem Maße sich ausdehnt, um sofort dominierend wirken zu können. Für unseren größten Feind halte ich die Sozialdemokratie. Was dieser Partei Schaden brächte, dürfte uns naturgemäß stets von Nutzen sein. Wie wäre es nun, mein verehrter Herr Geheimrat, wenn

Wir den Eintritt in den „Sanfabund“ auch den Arbeitern öffnete. Die letzteren entrichteten hohe Beiträge für ihre Partei, so daß der kleine Beitrag (1 M.) selbst für diese nicht hoch wäre. Und vielleicht fände sich auch ein Weg, daß die Arbeiter nicht direkt den Beitrag zu zahlen brauchen. Wir würden mit Vermittlung dieses Vorschlags zweierlei Vorteile haben: Erstens bekämen wir viele Mitglieder aus der großen Zahl der Arbeiterpartei und vor allem hätten wir der Sozialdemokratie den Bind aus den Segeln genommen, da diese nicht gut einen Bund bekämpfen könnte, dem eine große Zahl Mitglieder aus ihrer eigenen Partei angehört. . . .

Sobiel aus dem Schreiben, das uns ein günstiger Wind zugeweht hat. Der Führer der Sanfabändler spricht hier nur den Herzenswunsch der meisten der Bundesbrüder aus.

Die Mobilmachung der M.-Glabbacher.

Das Organ des Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappvereine Westdeutschlands, die M.-Glabbacher „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ ruft auf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die, wie es heißt, „aus agitatorischen Gründen für gut befunden hat, gegen die Zentrumsparlei einen Verleumdungsfeldzug zu eröffnen, der keinesgleichen sucht in der Geschichte dieser skrupellosesten und verlogenen aller Parteien — denn das ist in der Tat die Sozialdemokratie.“

Dieser „Verleumdungsfeldzug“ wird erblüht in unserem Bestreben, das Volk aufzuklären über die Lasten der Reichsfinanzreform, über die Mitschuld des Zentrums daran und die Hinterhältigkeit dieser Partei, die vor der Wahl sich hoch und heilig gegen die weitere Vermehrung der indirekten Steuern aussprach und dann, als ihr wieder die Stellung als regierende Partei winkte, alle Versprechungen vergaß und dem arbeitenden Volke nahezu 400 Millionen Mark indirekte Steuern aufstufte. Um das nachzuweisen, brauchen wir bloß die einzelnen Posten der Reichsfinanzreform und die früheren Worte und die jetzigen Taten des Zentrums reden zu lassen. Die Zahlen und die Tatsachen sprechen für sich selber — aber das ist ja eben der Schmerz des Zentrums, das einsteht, wie leicht uns in diesem Falle die Agitation gemacht, und in seiner Not spielt es die gekränkte Unschuld, gibt sich als das Opfer der „Verleumdung“ aus und stellt sich, als ob seine Gegner schmähdlichen Verrat am Volke begangen, dagegen das Zentrum das Vaterland gerettet hätte. Man höre die gekränkte Unschuld aus M.-Glabbach:

„Was hat unsere Partei denn getan, was ein derart schmutziges Tun rechtfertigen könnte? Sie hat ihre Pflicht getan als nationale Partei. Weiter nichts! Sie hat dem Vaterlande gegeben, was sein Gedeihen gebieterisch erforderte. Sie hat mitgeholfen, dem elenden, blamablen Heilsuchen um die neuen Steuern ein Ende zu machen. Sie hat die Scham weggenommen, die außer die Sinne jedes aufrichtigen Deutschen brachte angesichts des Hohnlächelns im Ausland. . . . Nichtsdestoweniger: sie wird mit Rot beworfen und wir mit ihr. Und mit welsch traurigen Mitteln! Kampf speziell die Sozialdemokratie gegen uns und unsere Partei. Ist ihre Presse, ihre Flugblätter und zeigt uns ein sochliches Wort? Nichts als Beschimpfungen, Roheiten, Ungezogenheiten. . . .“

Nicht das Zentrum hat das Volk betrogen, sondern die Sozialdemokratie betrügt die Massen, weil sie diesen nicht einredet, daß die Reichsfinanzreform eine Wohltat für das Volk und das Zentrum eine wahre Volkspartei sei. Diesen „Unfug“ wollen die M.-Glabbacher sich nicht länger gefallen lassen; hier unütlig zusehen, wäre „Verrat an uns selber, an unserer Partei und an der Wahrheit“, und darum wollen sie den Kampf aufnehmen gegen die Sozialdemokratie und zwar in der Offensive:

Katholische Arbeiter! Kollegen! Geht auf der ganzen Linie zum Angriff vor! Steht die Sozialdemokraten! Hakt den Stier bei den Hörnern. Laßt Euch nicht verblüffen! Zwingt den sozialistischen Phrasen, Rede und Antwort zu stehen und Ihr habt ihn überwunden! Man veranstalte besondere öffentliche Versammlungen für christliche Arbeiter. Für christliche, damit die sozialdemokratische fanatisierte und verrotzte Masse gezwungen werden kann, sich als Gäste zu betrachten. Wollen sie uns mit Gewalt am Reden hindern, dann ist es immer noch Zeit, anders zu verfügen. Auf zum Kampf! Für die Wahrheit! Gegen die Lüge!

So der M.-Glabbacher Kriegsruf für Rettung des Zentrums. Wir wundern uns nur über eins: wenn der sozialdemokratische „Phrasen“ dadurch „überwunden“ werden kann, daß man ihn zu Rede und Antwort stellt, warum haben dann die Zentrumsleute nicht schon längst von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht und zu überwinden, indem sie sich mit uns zu freier Aussprache zusammenfanden? Im übrigen nehmen wir den angelegten Kampf an. Nur sollten sich die M.-Glabbacher darüber besichtigen, so mögen sie nicht glauben, daß wir uns in ihren Versammlungen als stumme „Gäste“ behandeln lassen, besonders dann nicht, wenn der Ton der Zentrumsredner in der Art der M.-Glabbacher Kampfesanklage gehalten ist. —

Ein neues Zentrumsblatt.

Um die mit dem Verhalten der Zentrumsfraktion bei der Durchdringung der neuen Reichsteuern im Reichstage unzufriedenen katholischen Arbeiter bei der Zentrumsparlei zu halten und zugleich diesen Arbeitern ein etwas größeres politisch-theoretisches Verständnis für die eigenartigen politischen Schwenkungen der Zentrumsparlei einzupflanzen, gibt der Verband der Hindobers-Gunde Deutschlands eine neue politische Wochenchrift heraus. „Das Zentrum“ besteht, deren Bezugspreis sich vierteljährlich nur auf 70 Pf., also 5 Pf. für das einzelne Blatt stellt. Besonders soll, wie es in der erschienenen ersten Nummer heißt, das neue Blatt die Arbeit der Zentrumsfraktionen im Reich und in den Einzelstaaten verfolgen sowie die Grundlagen der Zentrumspolitik erörtern. Die Redaktion führt der Generalsekretär Dr. Th. Scharnigel in Köln. Die Mitarbeiter sind zum großen Teil Lehrer und Jüglinge der M.-Glabbacher Jesuitenschule.

Heran mit Eurem Flebertisch!

Die Regierung hat mit aller Schärfe die Nachricht bestritten, daß ein Beamtengesetz in Vorbereitung sei, welches darauf hinauslaufe, die Organisationen der Beamten unter die Aufsicht der Oberbehörde zu stellen, vor allen Dingen aber ein Ueberwachungsgesetz über die Beamtenpresse zu bekommen. Die „Deutschen Nachrichten“ treten diesem Dementi entgegen mit den Worten: „Will man uns absolut zwingen, den ganzen Wortlaut des Entwurfs zu veröffentlichen? Uns kanns recht sein!“

Statt solche geheimnisvollen Klauen zu machen, sollten die „Deutschen Nachrichten“, die sich ja als Beamtenblatt aufspielen, den Text des geplanten Entwurfs, der ihnen in die Hände geraten zu sein scheint, veröffentlichen. Dann kann die Öffentlichkeit, und vor allem die Beamtenenschaft, ja selber sehen, was an der Sache ist.

Gehaltsverhörungen.

Frankfurt a. Main, 19. Oktober. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Zur Erhöhung der Arbeiterlöhne, der Lehrer- und Beamtengehälter für 1900 bewilligte das Stadtverordnetenkollegium in Frankfurt a. M. in seiner heutigen Sitzung 1 500 000 M. Die Verbesserung beträgt für die Beamten 395 750 M., für Hilfsbeamte und Diakone 58 640 M., für die Lehrer 449 195 M. und für die Arbeiter 520 000 M. Die sozialdemokratischen Redner betonten in der Debatte, die Arbeiter seien bei der Erhöhung am schlechtesten weggekommen. Sie stellten Anträge, die eine Vesserstellung der Arbeiter erzielen sollten. Das Kollegium nahm aber nach fünfviertelstündiger Beratung die Vorlage en bloc an. Damit sind die Währungsanträge gefallen. Die Erhöhungen treten am 1. April 1900 in Kraft.

Der Fall Schaf.

Wie die „Deutsche Sozial. Blätter“ berichten, haben gegen den Reichstagsabgeordneten Schaf nicht weniger als drei junge Mädchen, mit denen er ein Triolenverhältnis zu beginnen suchte, Strafantrag gestellt. Um seinem Freunde Schaf die „gesundheitlich nachteiligen Gedanken an eine eigentlich zwecklose Gerichtsverhandlung“ möglichst bald zu nehmen, hat der antilemische Reichstagsabgeordnete Raab zwei der beleidigten jungen Mädchen zu bewegen gewußt, ihren Strafantrag zurückzuziehen. Die „Deutsche Sozial. Blätter“ berichten darüber:

„Demgemäß unternahm er denn seinen Witzgang zu den drei Damen. Bei zweien war es ihm leicht, die gestellten Strafanträge zu „beseitigen“. Diese beiden Damen, so erzählen die „Deutsche Sozialen Blätter“, waren zwar durch die bekannten Beispiele peinlich genug berührt, nachdem ihnen und ihren Angehörigen jedoch die Sachlage klar geworden, zogen sie die bereits gestellten Strafanträge zurück. Bei der dritten hatte dann Raab keinen Erfolg. Aus der Darstellung der „Deutsche Sozial. Bl.“ geht hervor, daß Raab das Schreiben an die Staatsanwaltschaft, in dem die Zurückziehung des Strafantrages mitgeteilt wird, bereits zu Hause aufgesetzt hatte, so daß die Mädchen nur zu unterschreiben brauchten.“

Es ist ein sonderbares Spiel, das die Geistesverwandten Schafs treiben. Sie behaupten, die gerichtlichen Verhandlungen würden erweisen, daß Schaf seine Triolen-Interluden in einem Zustand nervöser Ueberreizung aufgegeben hat, hinter den Kulissen aber suchen sie solche Verhandlungen mit allen Mitteln zu hintertreiben.

Die bayerischen Prinz-Generale.

Gegen Pringen als Offiziere wendet sich mit auffallender Schärfe das in Würzburg erscheinende Organ des Bauernbündlers und bayerischen Landtagsabgeordneten Remminger. Der offenkundig militärischen Kreisen kommende Artikel verlangt, daß die Offiziersgehälter der bayerischen Prinzen, soweit sie Generale sind, vom Landtage gestrichen werden sollen; bei den letzten Wandern hätten diese prinzipialen Generale „das Segenteil des Befähigungsnachweises für Heeresführungen erbracht“. Bedinglich das 2. bayerische Armeekorps, bei dem keine Prinzen als Offiziere stehen, habe sich als auf der Höhe der Schlagfertigkeit stehend gezeigt! Der Artikel macht begriffliches Aufsehen und dürfte wahrscheinlich noch ein Nachspiel im bayerischen Landtage haben. Es ist bekannt, daß die Parteien im bayerischen Landtage nicht gerade vor Demut ersterben, wenn über Angehörige des bayerischen Herrscherhauses debattiert wird. . . .

„Was unsere Behörde entschieden nicht duldet. . .“

Zwei interessante Dokumente zur Naturgeschichte der Kriegervereine werden in der weisigen Presse veröffentlicht. In einer Gastwirtschaft zu Heiningen sollte eine weisliche Versammlung abgehalten werden. Um das zu verhindern, löste der dortige Kriegerverein unter Vorbehalt und auf Antrag des Gemeindevorstandes folgenden Beschluß, der natürlich den Wirt in saunter Weise veranlassen sollte, den verhassten Wesen im letzten Augenblick den Saal zu verweigern:

„Die Versammlungen des Kriegervereins sollen in Zukunft in der Schule abgehalten werden, da es mit Ehre und Gesinnung eines Kriegervereinsmitgliedes nicht vereinbar ist, in einem Lokale noch ferner zu verkehren, in dem die Wesen eine öffentliche Versammlung abhalten.“

Der Wirt ließ sich aber nicht einschüchtern und die Versammlung fand statt. Das zweite, noch interessantere Dokument stammt aus Clausthal-Zellerfeld. Ein Mitglied des Kriegervereins „Kameraden-Unterstützung“ (N), der zugleich Vorsitzender des weislichen Klubs „Einigkeit“ war, hatte es gewagt, nebst den anderen Mitgliedern des letzteren Vereins an einem Jubiläum des Clausthaler Bergfornisenerkorps mit hannoverschen Abzeichen, gelb und weißen Schärpen, teilzunehmen. Da nun auch der Kriegerverein „Kameraden-Unterstützung“ daran teilnahm, so fühlte sich letzterer natürlich durch die offene Teilnahme der „Wesen“ kompromittiert und dafür mußte es Strafe geben. Man schickte also dem Sünder folgende Zulchrift:

„Teile Ihnen mit, daß Ihre Stellung als Vorsitzender eines „Deutsches hannoverschen Klub“ sich nicht vereinigt mit einem Mitgliede eines Preussischen Kriegervereins, was unsere Behörde entschieden nicht duldet, und Sie folgedessen als Mitglied unseres Kriegervereins mit dem heutigen Tage gestrichen werden.“

Der Vorstand des Kriegervereins Kameraden-Unterstützung, Clausthal-Zellerfeld.“

Aus diesem Schreiben ergibt sich wieder einmal die allerdings kaum zweifelhaft gewesene Tatsache, daß die Kriegervereine ihre Angelegenheiten nicht kraft eigenen Ermessens regeln, sondern daß sie sich nach dem zu richten haben, was „unsere“ Behörde duldet und was sie „nicht duldet“. Die Kriegervereine sind lediglich eine Schutztruppe der Regierung und haben nach deren Pfeife zu tanzen. —

Nochmals der Fall Scheler.

Das „Berliner Tageblatt“ entwirft sich Montag abend, daß ein Sozialdemokrat es öffentlich tadelt, wenn ein Mann seine Frau und sein Kind verhungern läßt und in der Welt mit einer andern Frau höchst vergnüglich herumgondelt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist das gutbürgerlich erlaubt. Die „Münchener Post“ und wir mit ihr sind aber nicht so tolerant.

Wenn das „Berl. Tagebl.“ aber den Mut und die Frechheit hat, die von der „Münch. Post“ in diesem Falle Scheler behaupteten und zum Teil schon gerichtlichen Tatsachen als kläglich und Traisch zu bezeichnen und daraufhin allerlei Geschwätz über sozialdemokratische „Philister“ losläßt, so gehört das zu der Reihe, mit der dieses anständige Organ die Sozialdemokratie bekämpft.

Was den Fall Scheler selbst betrifft, so ist die „Münchener Post“, soviel wir wissen, bisher noch nicht annähernd mit ihrem ganzen Material herausgerückt. Dieser Privatdozent für Sittlichkeit hat nicht nur je nach der Fakultätsmehrheit die Konfession gewechselt, vom gut orientalischen Juden über den christlich-germanischen Protestanten hinweg zum bayerisch-zentrumslichen Katholiken. — Herr Scheler hat auch sonst allerlei gewechselt. Auch das eigene Vermögen seiner Frau, die nun sogar, wie schon gesagt, für sich und das Kind die minimalen Alimente jedesmal einlagern und an den Kollegiengebern pfordern lassen muß.

Wojciech Korfanty.

Dem polnischen Abgeordneten Korfanty ist am Sonntag in Paudorf bei Jarze ein siller Empfang bereitet worden. Die „Schles. Jg.“ teilt über den Verlauf der Versammlung mit: „Häufte und Stöße wurden gegen Korfanty erhoben, und Aufse wurden laut: „Gib unser Geld her! Fort mit Dir, Du Volksbetrüger! Fort mit der Polenfraktion! Du D. . . .“, geb' nach Galizien, wo Du getraut wurdest, bezahle Deine Schulden, Deine Alimente! Lege Dein Mandat nieder! Wo ist das billige Fleisch, wo sind die polnischen Versprechungen?“ — Als die tobende Menge sogar das Podium zu säumen drohte, ergriff Korfanty ein zur Befestigung des Podiums dienendes Holzstück, um sich damit zu wehren! Da an einen ruhigen Verlauf der Versammlung nicht zu denken war, so sah sich der Vorsitzende zur Auflösung der Versammlung gezwungen. Der polizeilichen Anordnung zum Auseinandergehen leistete die Menge ruhig Folge. Korfanty brachte sich schleunigst in Sicherheit. —

Frankreich.

Der sozialistische Hauptmann freigesprochen.

Paris, 18. Oktober. (Sig. Ver.) Ein bemerkenswertes Beispiel von Charakterfestigkeit hat der militärische Untersuchungsrat gegeben, der über den sozialistischen Hauptmann Gerard aburteilen sollte, der unter dem Namen „Oberst Kessel“ in der „Unanimité“ Artikel über die Armee und die sozialistische Demokratie veröffentlicht hat. Als Vorstand der Anklage diente ein Zusammenstoß Gerard's mit einem reaktionären Offizier, in Wahrheit war es ein Feindesprojekt, der die sozialistische Gesinnung Gerard's treffen sollte. Die vom General d'Armandy präsierte Verhandlung dauerte drei Tage und eine Nacht. Sie endete mit einem einstimmigen Freispruch des Offiziers, der das Recht auf seine Gesinnung rückhaltlos vor den Richtern verteidigt hatte.

England.

Der sozialistische Arbeiterkandidat in Vermondsey.

London, 17. Okt. (Sig. Ver.) Für die Arbeiterpartei kandidiert in Vermondsey, wie bereits gemeldet, Dr. SALTER. Er ist 1873 geboren, studierte Medizin und ließ sich in der Vermondsey Universität nieder, also in einem Institut, wo sozialpolitisch gerichtete Gelehrte, inmitten der ärmsten Distrikte der Großstadt, sich sozialpolitischen und erzieherischen Diensten widmen. Im Jahre 1900 eröffnete er eine ärztliche Praxis im Arbeiterviertel von Vermondsey und wurde bald als der Armeulehrer bekannt. Ein Jahr später wurde er in den Gemeinderat gewählt, 1903 in den Londoner Grafschaftsrat, welchen Posten er seitdem inne hat und wo er schließlich zum Sozialisten wurde. Im Jahre 1903 organisierte er in Vermondsey einen Zweigverein der Unabhängigen Arbeiterpartei. Seine Frau ist Mitglied des Vorstandes der Liga für Frauengewerkschaften und sie kandidiert jetzt für den Gemeinderat von Vermondsey.

Dr. SALTERS BAHLAUFRAUF lautet: „Ich bin mit der Arbeiterpartei in ihrer Unterstützung des Staats einverstanden, da ich der Ansicht bin, daß er Steuerprinzipien enthält, die darauf gerichtet sind, der Nation einen Teil — es ist wahr, einen sehr kleinen Teil — des Grund und Bodens und des gesellschaftlich erzeugten Reichtums zurückzuerstatten. Meine Beschwerde ist, daß der Staat nicht weit genug geht und daß einige seiner besten Punkte durch Konzessionen an die Grundherren und Finanzleute geschwächt wurden. Eine andere Regierung wird indes dem Druck der Arbeiterpartei nachgeben und die jetzt eingeführten Steuerprinzipien weiter entwickeln müssen.“

Ich bin ein Freihändler und ein energischer Gegner des Schuttpolls. Amerika und Deutschland haben allerlei Schuttpolltarife ausprobiert. Und was ist das Ergebnis? Alle sozialen Uebelstände, an denen England leidet, finden sich auch in jenen Ländern. In Deutschland ist der Arbeiter ebenso arm wie der Arbeiter in Vermondsey. Er ist ein Lohnsklave und seine industrielle Disziplin ist noch schärfer als die des englischen Arbeiters. Er ist auch schwerer besteuert. Wenn es auf Uebelstände ankommt, ziehe ich die des Freihandelsystems vor.

Aber auch der Freihandel enthält keine Lösung für die große Frage der Armut — eine Frage, die alle anderen an Wichtigkeit und Dringlichkeit übertrifft. . . . Alle handelspolitischen und konstitutionellen Fiktionen sind nicht imstande, die Armut zu beseitigen. Was ist denn die Lage des Volkes in England? Vier Fünftel der Nation sind arm, oder der Unsicherheit der Beschäftigung, niedrigen Löhnen, langer Arbeitszeit, der Willkür des Bodens- und Industriekapitals ausgesetzt. Die Männer und die Frauen, die die Arbeit der Welt leisten, sind am schlechtesten bezahlt, am schlechtesten bekleidet, am schlechtesten behauptet. . . . und doch ist der Reichtum groß genug, die Bedürfnisse aller zu befriedigen! . . .

Woran liegt es denn, daß die Massen arm sind? Weber der Liberalismus noch der Konserbativismus können auf diese Frage antworten. Die einzig richtige Antwort kann nur der Sozialismus geben. Die Liberalen sowohl wie die Konserbativen unterstützen das herrschende kapitalistische System. Dagegen bedeutet der Sozialismus ein neues Gesellschaftssystem, das auf Genossenschaftlichkeit in der Produktion beruhen soll — auf Produktion für den gesellschaftlichen Gebrauch und nicht für den Privatnutzen —, auf Dienste im Interesse des Gemeinwesens und nicht im Interesse des Einzelunternehmers. Unsere unmittelbaren Forderungen sind: Recht auf Arbeit; Verstaatlichung des Bodens, der Minen und Verkehrsmittel; allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen; Homerule für Irland; Alterspensionen; Abschaffung der Halbzeiter; freie und weltliche Erziehung; Munizipalisierung des Schankgewerbes.“

Norwegen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Kristiania, 19. Oktober. Der gestrige Hauptwahltag für das Storting ergibt für die überwindende Mehrzahl der Wahlkreise Stichwahlen. Es steht aber fest, daß die Radikalen trotz ihrer Verluste als stärkste Fraktion in das Storting kommen, jedoch für die Majoritätsbildung auf die Sozialdemokraten angewiesen sind. Letztere haben einen enormen Stimmenzuwachs erhalten.

Türkei.

Jungtürkische Organisation.

Die Jungtürken scheinen die Absicht zu haben, nur eine einzige politische Organisation im Lande zu dulden. Obwohl das Bestehen der Parteien eine Voraussetzung des Parlamentarismus ist, peitschen sie dennoch ein neues Vereinsgesetz durch das Parlament, das den anderen Nationalitäten in der Türkei die Schaffung von politischen Organisationen verbietet. Um so allmächtiger soll die jungtürkische Organisation sein. Sie zählt, wie es heißt, jetzt circa 350 000 Mitglieder. In allen Orten bestehen die jungtürkischen Klubs. Ueber den Vorkaufs stehen die Bezirks- und Landratskomitees. Nur die letzteren allein korrespondieren mit dem Zentralkomitee, das aus fünf Mitgliedern besteht, deren Namen unbekannt bleiben müssen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Forderungen der städtischen Arbeiter.

Vor länger als einem Jahre stellten die städtischen Arbeiter Anträge auf Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. In der Hauptsache forderten sie eine Verkürzung der Arbeitszeit: Stündliche Schichten in ununterbrochenen Betrieben, im übrigen den Neunstunden- und für das Personal in Kranken- und Pflegeanstalten den Zwölfstundentag. Weiter wurde eine generelle Erhöhung der Löhne gefordert, sowie Aufschläge für Ueberstunden- und Feiertagsarbeit, Einführung fester Lohnskalen, Erweiterung des Sommerurlaubes. — Die ebenso bescheidenen wie berechtigten Forderungen der Arbeiter sind in der Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten worden, aber die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten erledigte die Anträge der Arbeiter durch Uebergang zur Tagesordnung. Jetzt haben nun die Vertrauensmänner der Arbeiter ihre Forderungen vom vorigen Jahre von neuem eingereicht. Am Montag fand im Kellerschen Saale eine vom Gemeindeförderverband einberufene sehr stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt, welche zu dieser Angelegenheit Stellung nahm.

In einem wirkungsvollen Vortrage schilderte Genosse Dupont die allgemeine Lage und zeigte den Arbeitern, in welcher hohem Maße ihnen die Lebensmittel verteuert worden sind durch die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches, und daß sie schon deshalb einen begründeten Anspruch auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben.

Genosse Wuyli ging als Vertreter des Gemeindeförderverbandes im besonderen auf die Verhältnisse der städtischen Arbeiter und die gestellten Forderungen ein. Unter anderem sagte er: Nachdem im vorigen Jahre die generelle Erhöhung der Löhne abgelehnt worden war, stellte der Magistrat den einzelnen Verwaltungen anheim, soweit es ihnen erforderlich scheint, Lohnaufbesserungen einzusetzen zu lassen. Die Verwaltungen haben, wie zu erwarten war, Lohnaufbesserungen nicht für erforderlich gehalten und es ist im allgemeinen alles beim alten geblieben. Weiter verfügte der Magistrat, daß Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden werden sollten, soweit sie aber im Dienstplan vorgesehen seien, sollten sie nicht höher bezahlt werden wie die reguläre Arbeitszeit. Diese Verfügung hat Anlaß gegeben, zu mancherlei Streitigkeiten in den Betrieben, denn die Betriebsleiter bezeichneten alle Ueberstunden als in den Dienstplan fallend und verweigerten den Zuschlag. Die Lage der Arbeiter ist also nicht im geringsten verbessert worden. — Bei der Etatsberatung im Februar d. J. begründete der Rämmerer die Ablehnung der Arbeiterforderungen mit Sparmaßregeln. Als es sich aber um die Erhöhung der Beamtengehälter handelte, da sprach der Rämmerer nicht von Sparmaßregeln, obgleich hier viel höhere Summen in Frage kamen als bei der Lohnerböhung der Arbeiter. Während man für die Arbeiter keinen Pfennig mehr in den Etat einsetzte, wurden die Gehälter der Beamten um 815000 M. erhöht. Auch der Stadtmagistrat, der gegen die Erhöhung der Arbeiterlöhne Sparmaßregeln hielt, ist bei der Gehaltserschöpfung mit jährlich 2000 Mark bedacht worden. — Jetzt sehen sich die Arbeiter wieder genötigt, mit Forderungen auf Verbesserung ihrer Lage an die Stadtverwaltung heranzutreten. Sie erwarten, daß die schweren wirtschaftlichen Schäden, welche ihnen aus der Reichsfinanzreform entstehen, durch eine angemessene Lohnerböhung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden. Die Hauptsache aber ist, daß die Arbeitszeit verkürzt wird. Die Forderungen vom vorigen Jahre sind von neuem eingereicht und werden mit allem Nachdruck vertreten werden.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die versammelten Arbeiter und Angestellten der kommunalen Betriebe Berlins beschließen einstimmig:

1. In Anbetracht, daß durch die dauernd anhaltende Teuerung der Lebensmittel die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihrer Familien eine unhaltbare geworden ist und angesichts der von den reaktionären Parteien im Reichstage neuerdings beschlossenen ungeheuren Steuerbelastung eine noch schlimmere wird;

2. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten Berlins — von wenigen belanglosen Ausnahmen abgesehen — trotz der fortgesetzt verschlechterten Existenzbedingungen schon seit Jahren keine Aufbesserungen erfahren haben,

werden die Arbeiterausschüsse aufgefordert, mit aller Macht die bereits eingereichten Forderungen zu vertreten und deren Durchführung energisch anzustreben.

Ferner erhält die Deputation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter den Auftrag, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich eine mit Begründung versehenen Zusammenstellung der sämtlichen Arbeiterauschüsse-Anträge zu übermitteln und alle Maßnahmen zu ergreifen, um die berechtigten Arbeiterforderungen durchzusetzen.

An die gesamte Kollegenchaft aber wird der Appell gerichtet, Solidarität zu üben und Mann für Mann dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten, um so geschlossen Schulter an Schulter eine Lebenshaltung zu erkämpfen, wie sie im Interesse des Einzelnen wie auch der Gesamtheit notwendig ist.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Binnenschiffer auf der Elbe, Havel und Saale.

Nach Ablauf der Abfindung haben es nun doch die meisten Firmen vorgezogen, die am 28. August zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffer und dem Verband der Hafenarbeiter, Sektion Binnenschiffer auf der Elbe, geschlossenen Verträge anzuerkennen. Es sind das die Firmen: Däumling, Schönebeck, P. Fernow, Spandau, J. Köhler, Spandau und G. Wächter, Salzwilshafen. Erstere drei sind dem Arbeitgeberverbande beigetreten. Die von der Bewegung betroffenen zwölf Firmen haben somit bis auf Neubert-Rienburg a. Saale bewilligt. Allen Anschein nach steht diese Firma immer noch auf ihrem Herrschaftspunkt, den sie bereits schon vor Wochen vertrat. Doch die guten Organisationsverhältnisse und die Einnützigkeit der Binnenschiffer an der Saale werden dazu beitragen, daß auch hier die bereits bei anderen Firmen geregelten Lohnverhältnisse Platz greifen. Ein Teil der kleinen Schiffseigner an der Saale hat ebenfalls den Vertrag unterschrieben.

Der Bergarbeiterstreik in Mansfeld.

Das „sichere und feste Bollwerk“ Mansfelder Anapptreue liegt nun vollständig in Trümmern und der reichstreue Reich, der so lange und so dicht über dieser Landschaft gelagert hat, ist gänzlich verfliegen und Mansfeld liegt jetzt hell und klar vor uns im Lichte der Wahrheit, jedoch ein unbegreifliches Land, ein Rätsel, sowohl für uns als auch für die Vogelfänger. Als beim Ausbruch der Differenzen der Direktion gesagt wurde, daß, falls sie auf ihrem unerbittlichen Standpunkte verharrten würde, es zum Streik komme, lachten die Herren Direktoren höhnisch und taten diese Bemerkung mit einer verächtlichen Handbewegung ab: „Ein Streik in Mansfeld? Nicht denkbar! Dafür schämen und unsere 12000 reichstreuen Verbandsmitglieder.“ Von den 21000 Mann gehörten nach Mitteilung der Werksleitung und der reichstreuen Vorstände 12000 dem reichstreuen Verbande an, eine Zahl, wenn sie wirklich vorhanden war und die Mitglieder aus eigener Ueberzeugung zur reichstreuen Partei standen, nicht nur ernstlich zu gerechnet werden mußte, sondern die von vornherein jede Aussicht auf einen halbwegs ausgedehnten und erfolgreichen Streik unmöglich machte. Denn beruhte die Mitgliedschaft zu den reichstreuen Verbänden auf der freiwilligen Anschließung der einzelnen Mitglieder, dann waren die Mansfelder Bergleute in ihrer großen Mehrzahl überzeugte Reichstreue, Chauvinisten, und da nach W. A. L. der Chauvinismus das Axiom des Religionswahnes ist, veranlaßt, Redakt.: Emil Unger, Brunenwald. Inzeratenteil veranlaßt.

mußte diese Bewegung wenigstens einige Fanatiker erzeugt haben. Nichts von alledem. Man läuft heute vergebens in dem ganzen Revier herum, um ein einziges reichstreues Exemplar zu finden! Ihren Hauptstich hatten sie bisher in den Ortshäusern Helbra, Alsdorf, Wolfersode und Eisleben, und als in Helbra, dem Wohnort des ersten Vorsitzenden, Herrn Jacobs, die erste Bergarbeiterversammlung stattfand, rieten die dortigen Bergleute noch, die Reichstreuen nicht zu provozieren, weil es sonst zu Unruhen und zur Auflösung der Versammlung kommen könnte, und selbst die Streikleitung rechnete noch mit der Möglichkeit, daß unter Führung der Beamten eine reichstreue Sprengkolonne organisiert und in die Versammlungen geschickt werden könnte. Doch schon in Helbra zeigte es sich, daß die Beamten die Hoffnung, mit diesem „altbewährten“ Mittel ihren Zweck zu erreichen, aufgegeben haben, aber noch mehr, daß die Liebe auf die Reichstreuen mit stürmischem Beifall applaudiert wurde. In Alsdorf, wo am 16., und in Wolfersode, wo am 17. je eine Versammlung von 12 bis 15000 Mann stattfanden, gingen die Verhandlungen, Genossen Leimpeters und Graf, erbarmungslos mit den Reichstreuen ins Gericht. Aber je schärfer die Ausdrücke, um so dröhnender der Beifall! Stellte auch nur ein Funken von Ueberzeugung in den Leuten, sie hätten unsere Redner zu Fenster hinausgeworfen, anstatt ihnen zuzuhören! So aber empfanden sie die Worte als aus der Seele gesprochen, als eine Verkörperung aus geistiger Ansehtheit, als Erlösung aus der menschlichen unwürdigen Gesinnungslumperei, in die man sie gezwungen hat. Und diese ekelhafte Gesinnungslumperei ist so oft von den Arent- und Konsortien der organisierten deutschen Arbeiterschaft als das Ideal deutscher Arbeitergesinnung vorgehalten worden! In Alsdorf erteilte der Versammlungsleiter nach dem Referat des Genossen Leimpeters dem zweiten Vorsitzenden des reichstreuen Verbandes das Wort, worauf ein tausendstimmiges: „Heraus mit dem Lumpen!“ erscholl. „Wir haben ihn satt, den reichstreuen Schwindel; er steht uns bis zum Hals!“ erscholl es aus dem Saal. Aber auch die Vogelfänger dürften kurieren sein von der reichstreuen „Gesinnungslumperei“ der Mansfelder Bergarbeiter.

Am Sonntag fanden acht überfüllte, davon fünf Frauenversammlungen, im Streikgebiet statt, in denen ausnahmslos und mit Begeisterung die Fortführung des Kampfes beschloßen wurde. Die Begeisterung ist bei Männern und Frauen gleich groß; jedoch fehlt den Mansfelder Bergleuten der titanenhafte Trotz der westfälischen Kumpels, die bei ihren Kämpfen ihre ganze Person einsetzten, während die Mansfelder immer noch eine große Juridikalität beobachten. Hier tritt noch keiner auf die Bühne, um öffentlich die Vergamansleiden zu schildern, während die „Westfälinger“ schon in ihrem ersten großen Kampfe 1889 zu Tausenden auf die Bühne kletterten, ihre Leiden schilderten und — wo einer mit der hochdeutschen Sprache nicht fertig wurde — „Lurie“ erplott. Hier sind es die Frauen, die zuerst den Mut gefaßt haben, ihre Klagen in die Welt hinauszutragen, und so schilderte am Sonntag in Hettstedt eine arme Vergamansfrau unter Tränen ihr Leid, schilderte, daß sie schon mehrere Jahre hindurch mehrfach in jedem Montagelager kein Brot gehabt, daß sie mit ihren Kindern hungern müsse, und wie ein bekämpfter Hunderde von Frauen die Wichtigkeit dieser Angaben! Es war ein herzerzitterndes Schauspiel des Proletariatslebens!

Am Montag befanden sich zwischen 8000 und 9000 im Streik. Doch hat derselbe noch keineswegs den Höhepunkt erreicht, wie die Werkpresse schon frohlockend berichtet; denn nur mit Rücksicht darauf, daß am Montag, den 18. d. M., der Ausschicht eine Sitzung abhält, von der zu erwarten ist, daß dieser zur Verlegung der Differenzen Schritte unternimmt, wurde den Bergleuten der Schächte um Eisleben geraten, noch so lange in Arbeit zu bleiben, bis das Ergebnis dieser Sitzung bekannt ist. Wird der Ausschicht auf seinem Standpunkt verharrten, dann werden am Mittwoch auch die Schächte um Eisleben dem Streik beitreten, die schon mehrere Tage darauf warten, sich dem Streik anschließen zu dürfen. Damit würde der Streik dann das ganze Revier erfasst haben und der Mansfelder Bergbau stillgelegt sein! Nur um der Herrschergelüste eines Generaldirektors halber!

Der Schneiderstreik in Erfurt ist beigelegt. Bei der Firma Batek u. Müller, Erfurt, sind die Differenzen nach zehntägigen Verhandlungen beigelegt. Die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen wurden nach Lage der Verhältnisse in zufriedenstellender Weise berücksichtigt und die entsprechenden Garantien schriftlich niedergelagt und von der Firma unterzeichnet. Es handelte sich bei diesem Streik nicht um Lohnforderungen, sondern um Abwehr schlechter Behandlung namentlich der Arbeiterinnen.

Die Steinscher und Hammer von Plauen i. Vogtlande haben einstimmig die Arbeitseinstellung beschloßen. Diese Einstimmigkeit ist deswegen besonders bemerkenswert, weil in Plauen auch eine sogenannte „gelbe“ Organisation der Steinscher bestand. Auch die „Gelben“ machen die Bewegung einhellig mit. Man sieht, daß sich die gelbe Bewegung doch nur als ein recht schlechtes Bollwerk gegen die „Roten“ behauptet.

Eine Ausbesserung großer Stills bereitet sich im Industriegebiet Offenbach und Umgebung vor. Die Arbeiter der Schuhfabrik von Herz in Frankfurt a. M. (mit 500 bis 600 Arbeitern) verlangten durch die Zusammen ihrer Fabrik ihren Leistungen entsprechende Bezahlung. Als das abgelehnt wurde, ging die Firma mit Entlassungen vor. Darauf kündigten am vergangenen Dienstag sämtliche Zusammen der Firma. Die Vereinigung der Schuh- und Schafstoffsabrikanten Frankfurt und Umgebung machte die Einzelfrage zu der ihrigen und in einem Anschlag wurde sämtlichen Arbeitern des Industriegebietes, etwa 2000, am Sonnabend mitgeteilt, daß bis 21. die Kündigung zurückgenommen werden könne. Die Ausbesserung sämtlicher Betriebe konnte am 23. dieses Monats erfolgen.

Der Zustand in der Schuhfabrik Catta besteht weiter, der Zugang von Schuharbeitern aller Branchen wird erwartet.

Der Mord in Rürberg.

Die Schuld an dem tragischen Vorkommnis fällt auf die freisinnige Stadtverwaltung, die in dem seit nahezu 10 Wochen andauernden gerechten Lohnkampf der Arbeiter der Wolffschen Zelluloidwarenfabrik, wobei es sich lediglich um die Abwehr ungerechtfertigter erheblicher Abfordrungen handelt, ihre polizeilichen Machtmittel in den Dienst der beteiligten Unternehmer gestellt und alles getan hat, um den Streikenden Hindernisse in den Weg zu legen, ihnen den Kampf zu erschweren. Es lag nicht der geringste Anlaß vor, in den Streik einzugreifen, da die Streikenden nicht über die gesetzlichen Schranken hinausgegangen sind. Allein auf das Verlangen der Gebrüder Wolff, die unter allen Umständen verhindern wollten, daß die Streikenden mit den Arbeitswilligen in Verbindung kämen und durch Ueberredung auf sie wirken könnten, und auf die bloße Behauptung hin, daß die Streikbrecher bedroht seien, entsandte der Magistrat sofort eine große Polizeimacht, um die Arbeitswilligen zu schützen. Diese wurden von den ersten Streiktagen an bei Arbeitschluss stets von einer Polizeifolge empfangen, die sie in ihre Mitte nahm und zur nächsten Straßenbahnhaltestelle geleitete, wo sie in einen bereitstehenden Sonderwagen verladen wurden. Auf diese Weise wurde den Streikenden das Streikrecht tatsächlich unmöglich gemacht; sie waren nicht imstande, mit den Streikbrechern zu reden und auf sie einzuwirken. Daß dieses Verfahren große Erbitterung hervorrief, läßt sich denken. Ebenso begreiflich ist, daß diese polizeilichen Aufzüge Ansammlungen zur Folge hatten, wobei hin

und wieder Auftritte vorkamen, die den Ausständigen zur Last gelegt wurden, obwohl sie den Ansammlungen geflissentlich ferngehalten wurden. Aufregung und Erbitterung wuchsen, als das Polizeiaufgebot ständig vermehrt wurde und man dazu überging, einiger Streikbrecher halber das ganze Stadtviertel abzuräumen. Noch aufreizender aber wirkte die tendenziöse Art der Polizeiberichterstattung über die Vorgänge an der Fabrik. Die Polizeiberichte, die darüber erschienen und täglich erscheinen, tragen für jeden Kenner der Verhältnisse den Stempel der Unrichtigkeit. Täglich wird von Ueberfällen, von Mißhandlungen Arbeitswilliger berichtet, die gar nicht vorgekommen und von den Streikbrechern selbst erfunden sind. Dagegen treten diese äußerst gewaltig auf. Der „Schuß“, der ihnen zuteil wird, die hohe Wertschätzung, der sie sich erfreuen, hat sie übermütig gemacht; sie fühlen sich als Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und treten ungeheuer frech und herausfordernd auf. Ueberfälle auf Streikende, Messerschereien usw. sind schon vielfach vorgekommen. Kürzlich hat sich ein Held sogar erlaubt, aus der Fabrik heraus auf einen Streikposten einen Revolverbeschuß abzufeuern. Von solchen Dingen meldet der Polizeibericht kein Wort, und wenn er es tut, so wird ein Ueberfall Streikender auf Arbeitswillige daraus! Die bürgerliche Presse, daran die freisinnige, hilft getreulich mit, gegen die Streikenden zu hetzen. Das tut sie auch der blutigen Ausschreitung der Streikbrecher gegenüber, die am Sonnabend früh ein Opfer gefordert hat. Sie behauptet, daß Arbeitswillige von 10 Streikenden überfallen worden seien; letztere hätten auf jene Revolverbeschüsse abgefeuert, einer der Streikbrecher sei in die Stirn geschossen worden. Der streikende Drechsler Wendler habe von einem Arbeitswilligen bei der Abwehr von Angriffen einen Stich erhalten, an dem er gestorben sei. Diese Darstellung ist vollständig erlogen. Wahr ist nur, daß einige Streikende mit einem ganzen Trupp Streikbrecher eine Auseinandersetzung hatten, weil letztere sich auf keinerlei Unterhandlungen einließen, sondern sofort aggressiv vorgingen. Sie wissen ja, daß jede ihrer Gewalttaten beschönigt und in eine Gewalttat der Streikenden umgewandelt wird. Es ist eine Lüge, daß die Streikenden geschossen hätten. Kein einziger Schuß fiel, ein Streikbrecher wurde nur durch einen Steinwurf an der Stirne leicht verletzt. Ebenso erlogen ist es, daß der Geißele von einem in der Abwehr befindlichen Arbeitswilligen „einen Stich“ erhalten habe. Er hat nicht einen Stich erhalten, sondern ein halbes Dutzend. Einer durchschnitten die Leber, ein anderer die Lunge, ferner hat er Stiche im Rücken, am Kopf usw. Schon daraus geht hervor, daß er von verschiedenen Streikbrechern zu gleicher Zeit und von verschiedenen Seiten mit dem Messer bearbeitet worden ist. Der Bedauerndwerte, ein ruhiger, friedlicher Mann von 46 Jahren, ist von den Messerhelden allein abgefangen und niedergestochen worden. Als der Tat verdächtig, wurde noch am Sonnabend früh der Führer der Streikbrecher, Wagner, verhaftet.

Neue Geldentaten der Berliner Polizei.

Die am gestrigen Abend in der „Neuen Philharmonie“, Köpenickerstraße, von bürgerlichen Frauen einberufene Versammlung hat der Berliner Polizei Veranlassung gegeben, sich mit neuem Ruhm zu bedecken. Circa 80 bis 100 Schulkinder, darunter ungefähr 30 Veritene, waren zum Schutze des Vaterlandes angetrieben, um mit grimmigen Mienen der staatsberühmten Ereignisse zu harren. Das Versammlungsort war abgeperrt und etwa 400 bis 500 Personen hatten sich draußen angeammelt. Als die Versammlung zu Ende war, entstand natürlich ein momentanes Andrang. Grund genug für die Polizei, ihres Amtes in der sohäm bekannnten Weise zu walten. Die Veritene sprengten mit Wucht heron und die Herde kreisten und tanzten, auch auf den Vortreutigen, bis alles „gefäubert“ war. Daß dabei mancher harmlose Passant zu Schaden kam, daß eine Dame aus der Trebbiner Straße unter die stampfenden Hufe gebettet wurde und von hüßbereiten Händen gerettet, anscheinend mit einem Nervenschuß davonkam, wird ja wohl dem robusten Polizeigewissen keine weiteren Beschwörungen verurachen. Es waren wirklich ein paar Hochrufe auf das hingeworfene Opfer herrlicher Wurzeln laut geworden, und — Ruhe ist bekanntlich die erste Bürgerpflicht. Von mehreren Zeugen wird und berichtet, daß die Menge, als sie herauskam, sich sofort verließ. Ein Teil wandte sich nach der Inselstraße, als die Veritene einen Anlauf auf die Menge ritten, ohne daß auch der geringste Widerstand erfolgt wäre. Inlekt wurden die Menschen, wie bei früheren Anläufen, direkt eingeleit, indem von vorn und hinten zu gleicher Zeit ein Polizeiangriff erfolgte. Ein Offizier soll gerufen haben: „Die ganze Bande zusammen treiben!“ Dabei war die Schar gar nicht mehr groß, und doch griffen die Schutzeute wahllos zu. — „Jeder nehme ein paar!“ lautete die Parole. Diese wurden nach der Wache gebracht und da soll es erstaunte Gesichter gegeben haben, was für harmlose Menschen man gefaßt hatte. Uebrigens wurden die Eingetragten dort mit angeschuldeter Pöflichkeit behandelt und mit „Herren“ angesprochen. Man hatte wohl eingesehen, daß kein Grund zu dieser Staatsaktion vorhanden war.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mord im „Dämmerzustand“.

Magdeburg, 19. Oktober. (B. L. B.) In dem heute vor dem Kriegsgerichte der 7. Division verhandelten Prozeß gegen den Einjährigen Baumgarten vom 10. Husarenregiment, der in der Nacht vom 15. zum 16. Juli den Fahnenjunker v. Zeuner von demselben Regiment im Belt erschoss, gaben die drei medizinischen Sachverständigen ihre Gutachten dahin ab, daß die Tat im Dämmerzustand geschehen sei. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte Freisprechung, während der Vertreter der Anklage eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren wegen Totschlags beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, weil Baumgarten nach dem Gutachten der Sachverständigen unter Ausschlag der freien Willensbestimmung gehandelt habe.

Die wehrhafte Kellnerin.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. (B. L. B.) Am 10. Oktober geriet der in der Willemerstr. 19 wohnende Gastwirt Pfand mit einer Kellnerin in Streit, die ihren Gegner mit einem Bierunterfaß und dann mit einer Weinflasche auf den Kopf schlug. Pfand ist gestern seinen Verletzungen erlegen. Die Kellnerin, deren Personalle nicht bekannt sind, ist geflüchtet.

Es wird nicht schlimm werden.

Offenbach, 19. Oktober. (B. L. B.) Gegen den Vorsteher der städtischen Kanalarbeitung Ingenieur Kollege wurde von der Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Herausforderung zum Zweikampf eingeleitet.

Freiwilliger Todessturz einer Berlinerin.

Dresden, 19. Oktober. (B. L. B.) Heute nachmittag frügte sich vom Postfelsen in der Sächsischen Schweiz das 20 jährige Fräulein Marta Gärtner aus Berlin ab. Sie war sofort tot. Nach einem bei ihr vorgefundenen Krankenchein sollte sie heute wegen eines Nervenleidens in eine Anstalt eingeliefert werden.

Gewissenloses Spiel mit Menschenleben.

Ueber den Ausgang der Gerichtsverhandlung gegen Genossen Paul Müller wegen Verleumdung des Schiffskapitäns Regenstein haben wir bereits telegraphisch berichtet. Müller ist freigesprochen worden, da ihm der Schuß des § 193 des St. G. B. langweiliger wurde. Der Staatsanwalt, ein sehr redegewandter, aber ungestümer Draufgänger, wollte dem Angeklagten zwar diesen Schuß nicht zubilligen, weil Müller nicht persönliche Interessen wahrgenommen habe, aber er vermochte sich doch der Wucht der Tatsachen nicht zu entziehen. Er sagte u. a.: es sei erwiesen, daß seitens der Charterer des Dampfers „Hermine“ an den Kapitän Regenstein und den ersten Maschinisten Road Angebote ergangen seien: sie sollten den Dampfer „wegsehen“.

Sonderbar sei, daß der Kapitän das Anfinnen der Charterer nicht energischer zurückgewiesen habe; da müsse der Gedanke aufstehen: Soll da nicht etwas los sein? Der Kapitän habe in recht weitläufiger Weise seinem ersten Offizier gegenüber das Anfinnen in Worte gelleidet, so daß — infolge der Unklarheit — dieser wohl zu der Annahme gelangt sein könnte: der Kapitän wolle darauf eingehen! Der Kapitän Regenstein ist nicht über jeden Zweifel erhaben aus der Affäre herausgegangen; in dieser Beziehung bestehen in meiner Brust — das gestehe ich zu — Zweifel, sagte der Ankläger, um im selben Atemzuge „weil der Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei“, eine Geldstrafe von 300 M. zu beantragen!

Der Verteidiger, Dr. Herz-Altona, rügte in scharfer Weise die verkehrte prozessuale Behandlung der Sache, durch die der Kapitän Regenstein in die günstige Position eines Zeugen gekommen sei; dem Eide des ersten Offiziers stehe nun der Eid des Kapitäns gegenüber. Deshalb sei die Polizei oder die Staatsanwaltschaft nicht gegen Regenstein eingeschritten, als der Artikel im „Seemann“ erschien? Es bestche eben eine prinzipielle Abneigung, auf Angaben der Arbeiterpresse einzugehen. Die Staatsanwaltschaft hätte nicht so ruhig zusehen dürfen; es wäre ihre Pflicht gewesen, der Sache auf den Grund zu gehen, dann sähe der Kapitän auf der Anklagebank und der erste Offizier träte als vollwichtiger Zeuge auf.

Die Freisprechung erfolgte aus § 193 des Strafgesetzbuches. Wie schon mitgeteilt, nimmt das Gericht als erweisen an, daß tatsächlich dem Kapitän und dem ersten Maschinisten das Anfinnen, den Dampfer „wegzusetzen“, von den Charterern gemacht sei. Nicht erwiesen sei aber, daß der Kapitän dem ersten Offizier das positive Anfinnen, den Dampfer wegzusetzen, gemacht habe. Der Angeklagte handelte aber in gutem Glauben und in Wahrnehmung berechtigter Interessen, weshalb er freigesprochen werden mußte.

Patriotismus in Gerichtssaalbeleuchtung.

Aus Wien wird uns vom 16. d. M. geschrieben: Das war wirklich ein lehrreicher Prozeß, der vier Tage lang vor einem Wiener Bezirksgericht verhandelt worden ist: er wurde nämlich den famosen Raubern des berühmten Festzuges gemacht, mit dem im Juni des vorigen Jahres das sechzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers gefeiert werden sollte, mit dem aber Wien ein Skandal bereitet worden ist, an dessen Stank es noch Jahre leiden wird. Man erinnert sich vielleicht auch noch im Auslande, wie es zu dem „Festzuge“ kam. Wohl hatte der Kaiser in bestimmtesten Worten erklärt, er wolle seinen Gedenktage nur durch Werke der Wohltätigkeit gefeiert sehen, und er hatte insbesondere seine Zustimmung zu dem „Festzuge“ bereits entschieden abgelehnt. Aber die Gesellschaft von Strebern aller Arten, die die günstige patriotische Konjunktur auszunutzen gedachten, rühten nicht, bis der Kaiser nachgegeben hatte; wobei seine Verurteilung auf sein Alter, noch der Hinweis, um wie viel nützlicher die Mittel verwendet werden könnten, wenn sie für wohltätige

Stiftungen verwendet würden, fruchteten das geringste; der Festzug müßte, hieß es, abgehalten werden, denn die Gewerbetreibenden brauchen Einnahmen und dann müsse der Fremdenverkehr gehoben werden, dagegen gelte des Kaisers Einrede gar nicht. Immer lauter erschalle der Chor: Wir müssen unseren Festzug haben! zu dessen Sprachrohr sich insbesondere der neugeborene christlichsozialer Arbeitsminister Schumann machte, und so blieb dem Kaiser schließlich nichts übrig, als den Erpressen nachzugeben und dem Festzuge zuzustimmen. Auch künstlerisch fiel der Festzug recht schön aus: Der historische Teil war über „Gefasas“ und der Aufmarsch der Nationalitäten, als welche die armen Dorfbewohner zu fungieren hatten, die man nach Wien unter den glänzendsten Versprechungen gelockt hatte, hier aber ohne Obdach und Nahrung ließ, diese Komödie der „einträchtigen Nationen“ — man weiß ja, wie es in Wahrheit darum beschaffen ist — war einfach widerlich. Aber das künstlerische Defizit ist ganz geringfügig gegenüber dem moralischen.

Dieser moralische Bankrott ist nun in der Gerichtsverhandlung geradezu bengalisch beleuchtet worden. Das kam so. Die Gemeinde hatte zu dem Festzuge sofort eine Subvention von 200 000 Kronen bewilligt, die sich das laubere Komitee erschlischen hatte, indem es die daran geknüpften Bedingungen, daß ein Garantiefonds zustande komme, nicht erfüllte. Nun mußte sie notgedrungenweise, um dem unerhörten Skandal, wie der Beschluß besagt, eine Ende zu machen, noch weitere hunderttausend Kronen zuschießen. Dem Komitee, das sich als eine offizielle Körperschaft gerierte, waren nämlich große Kredite gewährt worden, und nun wären dieselben Gewerbetreibenden, denen man mit dem Festzuge hatte helfen wollen, um ihr Geld gekommen; um das zu verhindern, wollte die Kommune noch ein Opfer bringen. In der betreffenden Verhandlung im Gemeinderat läßt nun unser Genosse Schummeier an dem Festzugsstand die gefährliche Kritik, wobei er natürlich mit scharfen Worten nicht sparte. Das Festzugskomitee leitete hierauf die strafgerichtliche Verfolgung wegen Ehrenbeleidigung ein. Auch diese Klage war ein Schwindel; das Komitee spekulierte nämlich darauf, daß durch Schummeiers Immunität die Klage verjähren werde, er also seinen Mut bis ins Gericht bezogen habe, der peinlichen Auseinandersetzung im Gerichtssaale aber entgehen werde. Inzwischen wurde die Session vorzeitig geschlossen und Schummeier ließ sich natürlich die ersuchte Gelegenheit, den Schwindelpatriotismus im Gerichtssaal zu beleuchten, nicht entgehen.

Im Spiegel der Gerichtsverhandlung lernte man nun den christlichsozialen Patriotismus, der dabei gewaltet und die an Betrug grenzende Geldwirtschaft dieses Komitees, ein Bild christlichsozialer Schuldenmacherei, genau kennen. Das nette Komitee bestand aus Musikmachern und Ordensjägern; die einen streben nach Provisionen, die anderen jagen nach „Auszeichnungen“. Von einer finanziellen Vorlage keine Spur. Eine Veronstaltung, deren Kosten nach Millionen zählten, wurde mit leeren Kassen begonnen, und die patriotischen Kreditoren legten nicht einmal Bücher an. Die Gemeinde wurde mit dem Verzeichnis der Schulden einfach gepreßt und die ärmsten der Gläubiger haben bis heute ihre Rechnungen nicht bezahlt erhalten. An dem Festzuge sollten sich Sportveranstaltungen schließen, für die Preise ausgeschrieben wurden, die gar nicht vorhanden waren! Eine feine Rolle spielten auch die Kavaliere, die hohen Adeligen, die wohl im Heerbann Rudolf des Stiflers mitritten, aber als es zum Zahlen kam, sich alle rasch davonstülzten; selbst ihre eigenen Kostüme ließen sie sich bezahlen. Im Gerichtssaale erfährt man auch, daß sich der „Chesarchitekt“ Urban, der die Zeichnungen vergab, von den Kostümschneidern Provisionen bezahlte und von den Zimmerern, die die Tribünen herstellten, als „Gefasas“ einen Ring in dem bescheidenen Wert von 12 000 Kronen entgegennahm. Es stellte sich kurz gefaßt heraus, daß die sogenannten Patrioten eine Gesellschaft von Abenteurern war, daß die glorreiche Veranstaltung an Betrug grenzte, und das Resultat der Gerichtsverhandlung war das, daß Schummeier wegen erbrachten Wahrheitsbeweises in allen Punkten der Anklage freigesprochen wurde. Das Urteil des Gerichts stellte fest, daß das Jubiläumsfest mit einem „mildtönenden Ende“ geschlossen hat und daß das Komitee für dieses Ende verant-

wortlich sei. Es erkennt an, daß bewiesen ist, die Patrioten- Kundgebung sei in Wahrheit eine „betrügerische Hochstaapelei“ gewesen, ein „Skandal“ und eine „Wamag“ und daß jede Kritik an seinem Gebaren berechtigt war. So schaut nun der österreichische Patriotismus bei Fackelbeleuchtung des Gerichtssaales aus!

Für den schwedischen Generalstreik.

- Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgeperrten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein: Sparverein Hellskäll 6.—, Zentralverband der Steinarbeiter, Filiale Berlin aus folgende Listen: 9063 Kömer 2,75, 9493 Kömer 3.—, 9494 Kömer 4,95, 9496 Kömer 5.—, 9505 Kömer 5,05, 9508 B. u. R. 5.—, 11817 Düts 17,25, 11818 Weierkühnt 5.—, 11822 Näger 3,60, 11823 Köler 10,50, 11824 Schilling 4,95 (in Summa 70,00), 12776 Bergolder u. Kubig u. Imberg 6,10, 7893 Steinleber Berlin 3,70, Kleinbau Siemens-Schuldriff 3.—, Vetteris u. Skaffus Korben, 2. Rate 5.—, 12652 Köllgen von D. Meyer, 7. Rate, 5,50, 12669 Lednarbeiter von Bunte, 4. Rate 11,40, Siemens u. Halste 7.—, 11924 bis 11927 Norddeutsche Buchdruckerei 6,70, 12729 Klemper von Breda 9,65, Personal der Berliner Buchdruckerei 5,15, 12990 Buchbinderlei Anilinstraße 5,15, Köttcher von Bahngasse 2.—, 12171 Buchbinderlei Schomburg, 8. Rate 29,15, 3513 Radstrag 0,70, 4500 6432 Verband der Alphabetreue (Ordnungsverwaltung Berlin) 12,40, 12900 Kronenleuchterfabr. Calm u. Bender, 8. Rate 14,80, 12074 Prägerel Bernhardt u. Co. 3,50, Gastwirtschaften bei Schmüdde 2,50, 9022, 9024 Glas- und Feinmalbranche, Kabinenfabr. und Träger der Firma O. Schütz, Bau Verburgstraße 9,75, Verband der Bäder und Konditorien (Mitgliedschaft Berlin) 100.—, Kaufhaus Weichselstr. I 2.—, 12259 Siekmann 8,10, Vagerpersonal der Konjunktionsgesellschaft 6,75, Köllerei v. Domschelt u. Pappe 4,80, Pianofabr. G. Hoffmann 4.—, 11892 Buchdruckerei Schumann, 9. Rate 27,45, 12009 Arbeiter v. Gebr. Gutz, 5. Rate 14,05, 12971 Verwaltung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, 9. Rate 10.—, 12834 Metallarbeiter von Köllerei, 10. Rate 17,70, 13049 Buchbinderlei v. Wille u. Glanstein 18,50, 11833 Stodarbeiter v. B. Ros, 8. Rate 28,40, 12835 Pianofabr. Kluge u. Godesberger 7,10, Cravatte u. Kle u. Co., 5. Rate 22.—, von den Ruden 3,75, 11924 Buchdr. R. Marjner, 9. Rate 21,35, Hartmann 1,90, Buchverein König-Wasserhausen 11,57, Fischer G. Wegener, Bilmersdorf, 5. Rate 15.—, Arbeiter v. Buntan Biber 4.—, S. B. 1.05, VI. Kreis, Bez. 7084 6,00, Bäder u. Kaffee v. Konjunktionsgesellschaft Charlottenburg, 7. Rate 13.—, 12840 Tischlerei v. Döhlert, 5. Rate 8,45, Köllerei von Döhlert u. Schröder 3,75, 12088 Buchbinderlei Breuß 4,35, Schultze, Margraf u. Ras 14,15, 12039 Metallarbeiter v. Spengler 9,45, 11920 Buchdruckerei Anilinstraße, 8. Rate 4.—, Jüterboch Weitzel 1901 10.—, 12846 Tischlerei Elm, 8. Rate 15.—, Sympathie 5.—, 8584 Hilfsarbeiter Kompost Komp. 4.—, Buchdruckerei v. Harwig Radt, 11.—, 8494 Köllerei v. August Bernmeister 7,00, Gravieranstalt Schäffer, 6. Rate 7.—, D. Köllerei 1.—, 11398 Tischlerei B. Schmidt 11.—, 12845 Tischlerei Böh u. Baum, 2. Rate 19,50, 11921 Personal Buchdruckerei Köllerei u. Sohn 16,90, 12843 Klemper v. Zentralmagazin, 9. Rate 35,25, 12890 Rantowfabr. Baum u. Scholz, 7. Rate 4,80, 11893 Buchdr. R. Hoff, 5. Rate 25,25, 11692 Steinbruder v. Sala 11,75, 12903 Klappschiff u. Doppe, 4. Rate 6,70, 11740 Metallfabr. Sieber u. Nickenbach, 4. Rate 12,05, Kroß Buchdr., 8. Rate 7,00, S. S. 1.—, 12957 Buchbinderlei Liebert u. Thielens 5,40, Buchdruckerei Staniewicz, 9. Rate 10.—, 12786 Tischlerei D. Thomas, 5. Rate 9,40, Tischlerei Köllerei u. Schmidt, 8. Rate 16,20, 12847 Buchbinderlei Wille u. Co., 8. Rate 9,70, Buchdruckerei D. S. Hermann, 7. Rate 21,90, Glaschleifer von Köllerei, 9. Rate 10,05, 12901 Gürtler von H. Zöllin u. Co. 10.—, Stodfabrik von Goldmann 7,65, Buchbinder Köllerei 7. Rate 20,15, 8178 Tischlerei C. Zinnis, 4. Rate 7,35, 12846 Tischlerei Köllerei u. Köllerei, 9. Rate 15,60, 7536 Tischlerei von Steinbock 7,10, 12842 Metallarbeiter R. Scholz, 9. Rate 6,25, Kronenleuchterfabrik Wille u. Köllerei, 4. Rate 12.—, Röntgenfabrik Ding, 8. Rate 9.—, 9284 Treppenschleiferfabrik C. Köllerei 14,15, 11910 Firma Geig 13,75, 9039 Tapetenfabrik C. Hermann 11,25, 12854 Metallarbeiter von Gummich u. Schöning, Soal 11,90, Tischlerei Bucherbach u. Sohn, 4. Rate 9.—, 12065 Metallarbeiter von Keit u. Reide, 2. Rate 13,35, 12083 Tischlerei C. Schuber 3. Rate 7,45, 12087 Lechler und Schleifer von C. Müller R. G. 13,90, Vergolder von C. Rothsig 10,40, Rotationsarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeiger“ Tageslicht, 3. Rate 12,35, Kranzschneiderei Brauerlei Friedrichshagen 10,65, 12084 Tischlerei A. Jahn, 4. Rate 19,45, Buchbinderlei Köllerei u. Co., 9. Rate 10,00, 12847 Buchbinderlei Köllerei u. Co., 12789 Köllerei der Schönbach Köllerei 11,20, 11894 Druckerei G. Köllerei 9,75, Zentralverein der Bildhauer aus folgende Listen: 5317 10,25, 5399 7.—, 5399 6,50, 12242 4,50, 12243 11,20, 12247 1,75 (in Summa 40,90). — Ausstellung moderner Kunstgegenstände 9.—, Hülfsarbeiter der Steintier Firma 29,30, Möbeltransportarbeiter von Baach u. Co. 17,50, Uhrmacher und Diner von Karplus u. Herzberger 15,95, 12251 Metallarbeiter von Kramme 6,25, Amerikanische Auktion einer Wochenschrift bei Bier 11,10, Vier Malergesellen 4.—, Handlungsführer von A. Bach, 7. Rate 8.—, Handlungsführer, Marienburger Straße 6.—, 6183 4,05, Handlungsführer von Hagen, 8. Rate 16.—, Personal der Firma Fabn, 3. Rate 6.—, 11938 Buchdruckerei Köllerei u. Co., 8. Rate 16,55, 9379 Tischlerei Wam 6.—, Röhrenmüllfabrik von

Kleines feuilleton.

Cesare Lombroso ist in der Nacht auf Dienstag in Turin im Alter von 73 Jahren gestorben. Sein Name ist durch einige wissenschaftliche Theorien populär geworden, die in ihrem vollen Umfange nicht aufrecht zu erhalten sind, aber anregend, befruchtend auch durch den Widerspruch und die Notwendigkeit genauerer Untersuchungen, gewirkt haben. Lombroso hat insbesondere die Lehre vom Verbrecher und die Zusammenhänge vom Genie und Irren behandelt. Lombroso war von Haus aus Arzt und zwar Irrenarzt. Er hat sich auch durch seine Untersuchungen über die Pellagra, eine von verdorbenem Reis herrührende und unter den unteren Klassen Italiens, die wesentlich von der Volenta, dem Reissbrei, leben, sehr verbreitete Krankheit, große volkshygienische Verdienste erworben.) Als Irrenarzt und später als Professor der gerichtlichen Medizin und Psychiatrie in Turin sah Lombroso den Verbrecher mit neuen Augen an. Er glaubte an ihm zahlreiche körperliche Abweichungen zu entdecken und sah in ihm schließlich eine Entartungserscheinung. Das Wort vom „gebornen Verbrecher“ ist geprägt worden. Da Lombroso lässig und auszu konsequent war (wie die meisten Umstürzler in der Wissenschaft), übertrieb er die Tragweite seiner Beobachtungen, geriet er in eine Sackgasse. Aber man soll doch nicht vergessen, daß er zugleich die Kriminologie auf eine neue Basis stellte und damit der Begründer der positivistischen Schule wurde.

Hatte die klassische Schule der Kriminologie nur das Verbrechen im Auge, so lehrten Lombroso und seine Schule, den Verbrecher, den Menschen, zum Gegenstand der Untersuchungen zu machen. Die genauere Beobachtung des Verbrechers schien nun zu beweisen, daß er in anthropologischer (körperlicher) Beziehung (besonders in Schädel- und Gehirnform), aber auch in Sprache, Schrift usw. vom Durchschnittsmenschen abwich und einen besonderen Entartungsstypus darstellte. Ist aber das der Fall, so ist der Verbrecher nicht mit den üblichen Mitteln der überkommenen Strafen zu züchtigen, sondern als Irreer nur unschädlich zu machen. Die neue Schule, die in humanitärer Hinsicht einen wesentlichen Fortschritt bedeutete, hatte den gesellschaftlichen Ursprung des Verbrechens (die Kriminalsoziologie) allzu sehr vernachlässigt. Indessen hat sie ihre Irreümer zum Teil selber berichtigt; vor allem war es unser italienischer Genosse Enrico Ferri, der als Hauptvertreter der „dritten Schule“ die haltbaren Ergebnisse der Kriminalanthropologie mit der Einsicht in die soziale Bedingtheit des Verbrechens zu vereinigen suchte. (Die deutschen Professoren schließen inzwischen auf den alten Kollegheften weiter bis auf Liszt, der bei uns eine gewisse Umkehr herbeiführte).

Neben dem Verbrecher waren die Abweichungen des Genies vom Normaltypus, die Prostitution usw. die Gebiete, auf denen Lombroso neue Zusammenhänge suchte. Er ist in seinem Eifer manchem Irrenum unterlegen; auch dem Spiritismus ist er

zeitweilig zum Opfer gefallen. Aber in allem war er ein raffloser Arbeiter, der seine Wissenschaft in den Dienst humanitärer Ideen stellte, der in der Tat selbst unser barbarisches Strafrecht beeinflusste. Italien aber hat ihm, der auch politisch ein freier Mann war, vor allem mit zu danken, daß es das modernste Strafrecht der Welt hat. Er hat an der großen Aufgabe, mit der Beccaria im 18. Jahrhundert begann, tüchtig weiter gearbeitet: die Barbarei der Strafe zu bekämpfen.

Musik.

Populäre Konzerte sind jetzt in Berlin reichlich und mit guter künstlerischer Qualität vorhanden; Woche für Woche und namentlich Sonntags kann man ein nicht zu hohes Geld genug davon haben. Nur unsere alte Frage werden wie nicht los: Sind diese Konzerte auch wirklich auf eine Förderung des künstlerischen Geschmades und Verständnisses eingerichtet? Segen sie nicht zu viel voraus? Darüber läßt sich auf mannigfaltige Weise hinauskommen. Aber wenn gar kein solcher Weg eingeschlagen wird, dann darf man doch wieder mit der alten Frage kommen.

Am Sonntag begannen die längst und mit Recht wohlangeesehenen Sonntagmittagskonzerte des Schillertheaters (in Charlottenburg). Sie bringen in erster Linie „Namenmusik“, d. h. weltliche Tonwerke für wenige Spieler (Quartett u. dgl.); in zweiter Linie Sologesang. Wer diesmal in dem sympathischen Hörraum des Schillertheaters den weitberühmten Konzertsjänger A. Siffermann mit seiner vollqualenden, vielleicht nur die Endsilben gar zu weich verklingenden Baritonstimme Lieber erntet und heiterer Art singen hörte, konnte sich über ihren Gehalt wohl klar werden. Mit Beethovens Streichtrio Op. 9 Nr. 2 hatte es der Hörer schon schwerer, aber er vermochte sich wahrscheinlich noch ein Bild vom Kamm aus später Kolozzeit zu machen. Mit dem vorhergehenden Brahmschen Klaviertrio Op. 101 wußte aber wohl nur der etwas anzufangen, der schon musikalisch ist usw. bewandert war. Wer endlich die Gesamtheit der fünf Konzerte des ersten, bis in den Dezember währenden Zyklus überhaut, wird aus dem Hin- und Herbringen des Programms zwischen einst und heute noch weniger klug werden. Ohne einheitlichen Plan und ohne gesprochene oder gedruckte „Einsführungen“ scheint uns eine „Volkstümlichkeit“ unerreichtbar.

Professor Florian Zajic als der künstlerische Leiter des Ganzen und seine Mitwirkenden sind zwar keine Stürmer und Dränger, die für die Entwicklung der Vortragskunst von Bedeutung werden könnten. Allein sie sind so gebiegene Musiker, daß man ihren Vorführungen froh und sicher entgegensehen kann. ss.

Humor und Satire.

Die „Germania“.

Gott segne Spanien, das schöne Land, das soviel Rezer gebraten! Es hat sich endlich wieder ermanni zu gottgefälligen Taten.

Sie brachen ihm endlich das Genid, ihm, der den Glanben beleidigt, sie machten die Sache mit viel Geschid, sie haben uns gut verteidigt.

Nur schade, daß man ihn piss-paff mit ein paar Stuegen erschossen! So kalt, so nüchtern! Jeder Waff ist ehlich darob verdrossen!

Es gibt doch Holz, Weisheit, Papier — der Kohlen nicht zu gedenken —! Und brennt's nicht gleich, so können wir es mit Petroleum trinken.

Des Flammenstoßes Geleucht saht an! Sang schon Esmantel Geibel. Die Aegerbrut — Kind, Weib und Mann — saht mit Gebrüll zum Weibel.

Frang.

Notizen.

— Eine Liliencron-Spende. Ein Aufsatz, den viele sog. hervorragende Leute unterschrieben haben, darunter der abgelegte Reichskanzler, Geheimräte, Professoren, Industrielle usw. fordert zu einer Nationalspende für Liliencrons Hinterbliebene auf. Den Geldsäcken, an die man sich wendet, wird die Sache mundgerecht gemacht durch die Versicherung, „Liliencron sei der einzige Dichter, aus dem der Geist der Wienerischen Zeitwende spreche“. Ist es schon lässlich genug, daß die Bourgeoisie für ihre Dichter nichts übrig hat und nach ihrem Tode noch mit dem Klingelbeutel herumgehen muß, so ist dieser Rufus obendrein geschnadlos. Oder ist es würdig, wenn vielfache Millionäre die Öffentlichkeit reklamieren, um der Witwe Liliencron „einen standesgemäßen Haushalt“ garantieren zu können?

— Die Fla, die internationale Luftschiffahrt-Ausstellung in Frankfurt a. M., ist am Sonntag geschlossen worden. Die Idee der Ausstellung war im ganzen noch verfrüht; die Besucher, die nicht gerade Flugversuchen oder dem Eintreffen Juppelins oder dergleichen beiwohnten, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die deutschen Flugmaschinen haben sich in der Luft überhaupt nicht sehen lassen. Das Hauptgeschäft machten die Birte.

— Veränderungen in der Strahe von Messina. Schon gleich nach dem Erdbebenunglück vom 28. Dezember 1908 wurden Nachrichten laut, die gewaltige Abweanderungen am Meeressgrunde meldeten, sich aber später als stark übertrieben herausstellten. Die von der italienischen Regierung angeordneten Messungen haben nun ergeben, daß die See zur Flutzeit zwei Fuß über den vorherigen höchsten Stand hinausgeht, und daß diese Abweanderung in ständiger Zunahme begriffen ist. Die Strömung, die die Meerenge durchquert und bis dahin kaum wahrnehmbar war, ist jetzt reichender als der Po und erreicht eine Schnelligkeit von sieben Meilen stündlich.

Nachschicht 11.25. Kaufmännische von F. R. Krüger, 4. Rate 50.—, Tischlerei Hinte, Postamt 10.—, Verband der Schneider, Schneiderrinnen und Wäschebender Deutschlands, Filiale Berlin III der Wäsche- und Krautmaschinenbau auf folgenden Listen: 6438 Ungenannt 6.—, 6456 von den Friseurarbeiten u. Fr. Kollmann 90.—, 12117 Wälzlager von Götthel 10.85, 12118 Wälzlager von Weinbaum d. B. 11.70, 12119 Fabr. H. R. Freyer d. B. 8.05, 12120 Wälzlager Frische u. Vogt 4.30, 12121 Knopfmaschinenerei John u. Samuel 4.50, 12122 Wälzlager Vogt u. Wälschfeld d. B. 7.55, 12123 Wälzlagermeister B. Wolf u. Wälschfeld 6.30, 12124 Wälzlager u. Sternberg Jun. 10.50, 12125 Wälzlagermeister u. John u. Samuel 5.50, 12129 Wälzlagermeister u. van Looff 8.—, 12130 Döbereiner-Wälzlager Buchholz u. Co. 5.15, 12131 Krogen- und Wälzlagermeister u. van Looff 8.15, 12132 Wälzlager u. Philippsohn u. Schöner 10.15 (in Summa: 129.70), 12961 Vergolder u. Adolf Wächter, 6. Rate 18.80, 11967 Wälzlagermeister der „Woge“, 9. Rate 17.50, 3 Handwerker von Döhl u. Herz 1.50, 12277 Schlosserei u. G. Jakob 23.30, Personal der Stempelerei, 9. Rate 6.—, Tischlerei Schwarz u. Fröhlich, 5. Rate 22.60, Tischlerei u. Postrom 6.75, 12963 Drecherei Pincus, 8. Rate 13.—, Tischlerei Sandmann, 5. Rate 6.55, 11990 Buchdrucker G. Wigg 13.—, 8. Rate 30.50, 12967 Metallarbeiter von Schwarz u. Co. 7.50, 12968 u. 69 Kronleuchterfab. von Weib. Israel, 4. Rate 40.00, P. W., 2. Rate 1.30, Klebmaschin u. Götze 4.50, Tischlerei Nidel, Kermel u. Lehmann, 9. Rate 30.05, Buchdrucker Freigerstein Söbden 7.50, 9771 Buchdrucker 2.20, 12871 Schraubenfab. Gebr. Koll, 9. Rate 14.80, 12965 Tischlerei Götze u. Co., 3. Rate 13.05, Tischlerei Friedrich, 5. Rate 13.—, Buchdrucker Müller u. Dimmig, 9. Rate 6.—, 11990 Golsanoplastik, 9. Rate 15.50, 12872 Kollegen B. Hülstert u. Robert, 5. Rate 15.—, 12962 Metallgießerei Hartmann 9.10, 12960 Berliner Wälschfeld-Druckerei 13.10, 12970 Tischlerei Hanke u. Kacher, 8. Rate 15.45, 13030 Tischlerei von H. Kahn, 9. Rate 19.—, Metallarbeiter von Großmann u. Böberer, 7. Rate 6.90, Möbelfab. Pöding, 9. Rate 12.85, Buchdr. Lange, 9. Rate 4.90, Kollegen von F. W. Deiden 13.25, Einleiter d. Westens, Bez. Siedung 12.—, 13001 Klempner von Conrad u. Gräber, 4. Rate 8.90, 12841 Buchdrucker M. Kettner, 9. Rate 22.85, 12878 Metallarbeiter u. G. Gumbel, 9. Rate 13.40, 13007 Metallarb. v. B. H. Deiden, Alexanderstr. 25.05, Universitäts-Buchdrucker, 9. Rate 7.45, 12830—12839 Metallarbeiter von Dehse u. Buchholz, 5. Rate 36.65, 10993 Neue Vergaserfabrik 14.10, 12885 Tischlerei Hirt u. Ruhnert, 9. Rate 5.25, Tischlerei Kramel u. Co. 2.50, 12963 u. 64 Wälzlager u. G. Wigg, 6. Rate 24.—, Metallarbeiter B. Schlegel, 8. Rate 13.75, 12966 Metallarbeiter v. Rietow 9.35, Kronleuchterfab. Hofmann u. Co. 12.10, 12967 Metallarbeiter v. Wigg, Neue Königstr. 9. Rate 17.50, 12881 Bronzearbeitenfab. Kaufmann, 6. Rate 19.65, 12943 Schulbau Himmelsdorf, Einf. Str. 9. Rate 8.15, Metallarbeiter v. Gemmin, 7. Rate 9.50, 12968 Möbelfab. F. Barth 15.10, 9995 1.75, 12962 Transportarbeiter v. J. Pitsch, 8. Rate 8.90, Klebmaschin u. Götze 4.50, 12969 Tischlerei v. R. Schulz 10.25, 13077 Kollegen der Kugeln-Fabrik 25.85, 12965 u. 64, 11861 Buchdrucker Hegus Eben 13.50, Tischlerei Esche u. Dese, 5. Rate 15.10, 13006 Kronleuchterfab. Ganserer u. Co., 9. Rate 10.70, 12931 Tischlerei von Schulz u. Döhse, 5. Rate 14.—, Lotteriefabrik Krüger 16.50, 12886 Tischlerei G. Ruhnert, 6. Rate 26.75, Tischlerei Hermann, Roßstr. 6.40, Wälzlagerfabrik Stegmeyer, 2. Rate 8.10, 12901 Tischlerei West u. Co., 9. Rate 14.50, 12888 Tischlerei Koller, 9. Rate 10.75, Tischlerei Ruckelshausen, 10. Rate 7.90, 12970 Metallarbeiter von Weimer, 4. Rate 15.00, 13049 bis 13063 Arbeiter G. Beschert, Schreinerstraße, und Bauhandwerker, 4. Rate 159.60, 13064 Tischler und Metallarbeiter von Stabernack u. Co. 21.90, 12910 Bau Schöneberger Kronleuchter 7.45, 11922 Buchdrucker Ellwanger, 3. Rate 20.10, Schraubenfabrik von Bergmann, Drontheimer Straße 24.40, Verband der Feiler und Porzellaner, Crifform, Berlin, 8. Rate 293.30, Freie Turner, Tempelhof 1.—, 6808 Holzarbeiter 51.5.—, Deutscher Transportarbeiterverband, Bez. Groß-Berlin, auf folgende Listen: 371 17.—, 409 Speichelarbeiter, Groß-Berlin 6.20, 1906 4.—, 1942 Gesammelt beim Restaurateur E. Hoffmann, Charlottenburg, Königsplatz 6.10, 2543 11.00, 5197 3.25, 7827 15.90, 9046 Transportarbeiter H. G. B., Brunnenstraße 11.—, 9092 Schultheiß Holzarbeiter, 3. Rate 10.35, 9654 Brauerei Engelhardt, Fabrikpersonal, 2. Rate 13.65, 3. Rate Transportarbeiter und Heizer der Müllfabrik Expositio: 9960 7.55, 9961 8.30, 9962 11.55, 9963 5.60, 9971 9.—, 9973 Druckerei Bornsdorf, 4. Rate von den Mitgliedern des Transportarbeiter-Verbands 12.50, 11320 Fenstermacher der Wasserleitung, Sitzung der Vertrauensleute 13.10, 11325 Wälzlagerfabrik Viktoriapark, Ruitzer 7.05, 11329 Bezirk Koberg 12.50, Teilerfassung der Kollegen Grem u. Wilschke und L. Schulze, Hamburger Straße am 3. Oktober 3.—, Geburtsstiftung der „Lützener Dreierlei“ bei Esche 1.50, Arbeiter der Kupferei H. Hoffmann u. Runge, Kolonnenstraße 14 4.50, Veranlassung in Köpenick am 10. Oktober 7.—, Bezirk Köpenick 4.60, Bezirk Mißwitz 6.60, Teilerfassung der Wälzlager am 7. Oktober 11.15, Teilerfassung der Papier- u. Pappefabrik 1.85, 9653 Brauerei Schultheiß, Fabrikpersonal, 2. Rate 10.95, 5961 8.70, (in Summa 240.25) — 2291 bis 2296 Buchdr. Hempel u. Co. 73.70, Photogr. Abteilung Müllfabrik 10.—, Schleier von Gebr. Krüger in Köpenick 5.—, Steglitzer Buch- und Buchdrucker, 7. Rate 13.—, Kollegen der Firma Schöber 6.—, H. Schumann 8.—, Personal der Uniondruckerei 6.25, Emil Gasse 3.10, Metallgießer H. Vossig, Kegel, 7. Rate 11.35, Hausdrucker Verhöf, 6. Rate 2.85, 7143 E. Radenhein 40.—, Gewerkschaftskommission Steglitz u. Umg., 2. Rate und Steglitzer, Steglitz 31.50 zusammen 81.50, Metallarbeiter der Konventionales Brenngel, Landwehr, 7. Rate 15.50, Hilfsarbeiter der Deutschen Tageszeitung, Deutscher Str. 6.70, Kabinetschef Kuntze, Br. Altherrstraße, Chausseestr. 55 5.—, Kollegen der Bauhilferei Koch, Schulstr. 50 3.90, Klempnermeister Max Schmidt, Tempelhof 7.—, Tischler von Verhöf 6.60, 3 Töpfer von Kundt 12.05, Nachhilfe Köpenick 10.—, Wälzlagerfabrik Laffen, 7. Rate 7.90, Section der Buchdrucker-Hilfsarbeiter bei Müller, Weststraße 5.55, Bronchenerfassung der Elektromotoren 6.45, Bez. Steglitz Allgemeiner Deutscher Gärtnerverband 10.—, Uebertrag vom Sommerkongress der Metallarbeiter-Krankenkasse Hil. Steglitz 10.—, 12848 Holzarbeiter Volksdamer Hagen 8.80, Verb. d. Schuhmacher Fabrik, Berlin, 7. Rate 500.—, Organisierte Arb. der Großdrucker, Berlin, 7. Rate 20.00, 12535 Holzarbeiter, Gebr. Jonas 8.—, Freie Jugendorganisation, Adl. 16 2.20, 12864 Arbeiter von Thiele u. Co., 7. Rate 30.95, 11967 Buchdr. G. Kriem, 5. Rate 10.—, 12999 Buchdr. G. Bernheim, 9. Rate 12.30, Verl. d. Buchdr. F. Manning 6.—, 12944 Buchdr. Denter u. Nicolas 10.60, Metallarbeiter von Himmelsdorf, 4. Rate 11.—, 12997, 12998 u. 12999 Buchdrucker Wöbelin, 9. Rate 39.—, 11913 Druckerei G. Dohren, 2. Rate 2.20, Nicht getrunzene Wäre bei G. Gursch 20.—, Zentralverband der Schmiede, Veranlassung Berlin, auf folgende Listen: 2712 7.35, 2713 3.10, 2759 9.50, 2766 7.85, 2767 Arbeiter der Firma Drey u. Göttsche 29.35, 2769 7.80, 2771 8.—, 2779 4.35, Schloßerei, Scheringstr.: 29024 25.70, 10925 33.60, 10926 21.10, 10936 11.55, 10937 35.75, 10938 36.70, 10941 23.70, 10929 5.50, 10981 Arbeiter der Firma Erich u. Gräß 15.70, 10984 Autoredakteur 19.—, Bez. Osten, Teilerfassung 7.—, Bezirk Schöden 4.85, (in Summa: 222.25), 12948—12951 Arbeiter v. R. Vuerbach 44.95, 11923—11933 Buchdr. Wälzlager u. Sohn, 8. Rate 62.90, 12973—12976 Metallarbeiter u. Döhl u. Herz, 9. Rate 56.80, 12974 Tischlerei H. Müller 7.50, 13082 Kollegen v. D. Meyer, 8. Rate 6.40, Lindendruckerei, „Nat. Zig.“, 9. Rate 53.70, 12995 Verbandsmitglieder der „Deutschen Tageszeitung“, 8. Rate 18.70, Arbeiter u. Genosse u. Veyberg 14.—, Wälzlagerfabrik u. Ring 7.60, 12928 Dittmar Wälzlagerfabrik, 7. Rate 20.—, 12947 Metallarbeiter v. Wolf 8.25, 13038 Metallarbeiter der „Industria“, 3. Rate 23.85, 12990 Tischlerei Wälzlager 10.55, 12925 Tischlerei G. Jaffe, 5. Rate 6.—, 11940 Buchdr. Steglitzer Werkstatt 3.—, Tischlerei Göttsche 3.30, Wälzlagerfabrik u. G. H. Lucas 14.—, Tischlerei Rädle, 8. Rate 7.80, Schuhmacher Union 10.80, Tischlerei Göttsche, Göttsche 7.25, 7945 Fabrikarbeiterverb. I u. II 6.25, Müllfabrik, B. III 5.75, 13065 Anstaltfabrik Union 7.—, Mechanische Werkstatt d. Göttsche, 8. Rate 6.50, 12796 Verbandskollegen v. G. Stein 12.60, 12991 Bau Defor, Altherrstraße, Str. 8.—, 12793 Tischlerei Weinberger, Drehort u. Co., 5. u. 6. Rate 10.65, 13048 Berliner Druckerei, 9. Rate 6.—, 11298 Druckerei Göttsche, Zahn u. Randt, 9. Rate 13.15, 12373 Handwerker und Maschinenpersonal Wilmshausen Braubaus 12.45, 12888 Tischlerei u. Defert u. Co. 17.10, 8140 Buchdrucker Rüd u. Wetter 12.60, 11904 Druckerei G. Koebe, 9. Rate 19.70, Wälzlagerfabrik Wehlan u. Schmal, 7. Rate 8.50, 13091 Schmied u. H. Fischer, Spanbau 4.30, G. B. 5.—, Tischlerei Helm u. Gerten, 5. Rate 19.25, 12852 Buchdrucker Gebr. Ernst, 9. Rate 11.70, 13092 Metallarb. u. Göttsche 11.80, 12853 Gärtler und Schleier v. D. Hartmann, 6. Rate 10.70, Verband der Tapezierer, Filiale Berlin, auf folgende Listen: 2167 Kollegen der Werkstatt Mademacher 7.75, 9980 durch Kollegen Hinte 6.10, 9967 Werkstatt Gertson 14.—, 10873 Weigl 8.—, 11763 Böhmer 7.85, 11769 Medelsheimer 14.30, 12177 durch Kollegen Göttsche 8.90, 12179 Werkstatt Göttsche 12.65, 12181 Dittmar 18.—, 12193 Jakob u. Brannsch 13.35, Erich 3.—, Teilerfassung vom 11. Oktober 1909, „Sophien-Gasse“ 45.—, 9256 durch Kollegen Gräß 17.80, (in Summa 1717.60 R.) — Schneider der Firma Raus 3.—, 12244 Bildhauer Rosenthal u. Weber 13.50, 12266 Pianofabrik Otto, 5. Rate 21.90, 12877 Kollegen der Friseur u. Rohmann, Schreinerhof 3.—, 11915 Buchdr. Barthold u. Klein 10.—, Graph. Vinkel Himm 8.25, 12962 Kollegen bei Wälzlager u. Co. 13.75, 12853 Pianofabrik G. Hoffmann 7.—, 10920 Kronleuchterfab. Schöner, 3. Rate 8.—, Wälzlagerfabrik G. Rädle (Genoss.), 5. Rate 17.45, Fabrikpersonal bei Wälzlager 25.75, 4692 Firma Hermann 2.20, Kollegen bei Müller u. Gertinger, 6. Rate 12.50, 13075 Tischlerei Meißner, 2. Rate 10.—, Treppengelenkfabrik Hein 7.50, Summa 6668.77.

Wieder sind vorerwähnt 224 636.96 R., dazu kommen 5 608.77 R. Summa 230 245.73 R.

Gelder, welche per Post eingekandt werden, sind an H. Rörten, Engelauer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelauer 15 I, Zimmer 28, vormittags zwischen 9—12 $\frac{1}{2}$ Uhr und nachmittags zwischen 4—7 $\frac{1}{2}$ Uhr abzuliefern.

Die Listen 3905, 8878, 9357, 9390, 3248, 1800, 2514, 1402, 7188, 7908, 926, 922, 941, 8342, 10385 1403, 8704, 4194, 7846, 6451 und 9770 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten.

Verichtigung.
In Nr. 235 des „Vorwärts“ muß es heißen: 4. Rate Tischlerei Thom u. Piep 12.10 R., nicht 10.— R.

Der Anschlag der Berliner Gewerkschaftskommission.

Aus der Partei.

Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.
Frankfurt a. M., 17. Oktober. (Fig. Ver.)

Im Anschluß an den hessen-nassauischen Parteitag tagte heute die 7. Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M., der 17 Reichstagswahlkreise umfaßt. Nach dem gedruckten Geschäftsbericht, den Sekretär Rudolph erläuterte, betrug die Zahl der Organisierten am Schlusse des Geschäftsjahres (30. Juni 1909) 15 600, darunter 1402 Genossinnen, gegen 14 538 — dabei 900 Genossinnen — am 30. Juni 1908. Das Verhältnis der Zahl der männlichen Mitglieder zu den bei den Reichstagswahlen im Bezirk abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt 16,3 Proz. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind im Bezirk ungefähr 48 000, das Verhältnis der politisch Organisierten zu den gewerkschaftlich Organisierten beträgt also rund 30 Proz. Da ist also noch ein sehr großes Agitationsfeld vorhanden.

In dem Bericht wird über eine gewisse Versammlungsmüdigkeit, die auf den Einfluß der Wirtschaftskrise zurückzuführen sei, gellagt. Die Parteiverfassungen, in denen, auch die Tagesversammlungen, weisen einen guten Versuch auf, doch war infolge der Krise die Arbeitsruhe geringer als in den Vorjahren.

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter steigerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahre auch wieder. Seit 1905 war sie folgendermaßen: 1905: 121 Gemeindevertreter; 1906: 159; 1907: 195 und 1908: 228. Also ein stetiges Vordringen in den Kommunen!

Für die Förderung der Jugendorganisation wurde im Berichtsjahre nicht viel getan. Nur in wenigen Orten des Bezirks sind Jugendkommissionen gebildet worden und in Tätigkeit getreten. Auch dem Bildungswesen, so wird im Geschäftsbericht gesagt, muß noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Nach dem Kassensbericht bilanzieren (bei einem Kassensbestande von 986,31 R.) Einnahmen und Ausgaben mit 17 443,31 R. Die Wahlkreise leisteten 6498,65 R. an Beiträgen; der Parteivorstand gab einen Zuschuß von 7588 R., als Wahlkreisbeiträge aber hat er 7643,84 R. erhalten. Den Resten wurde aus der Bezirkskasse 4907 R. zugeschoßen.

An die Berichte schloß sich eine sehr ausgedehnte Diskussion, in der die Delegierten auf die Verhältnisse in ihren Orten eingingen. Gemeinlich wurde, daß für die Ausbildung der Gemeindevertreter mehr getan werde als bisher, was am besten durch Einführung von Gemeindevertreter-Kursen bezogen Konferenzen geschehe. Diese Anregung wurde zum Beschluß erhoben.

Ein Antrag Wiesbaden, nach dem ein Zentralbildungsausschuß eingesetzt werden soll, wird dem Agitationskomitee zur Ausführung überwiesen.

In der Agitationskomitee wurden gewählt: Gräß, Härtmann, Rudolph, Dorsch und Diehl.

Der Bezirkstag für die Parteioptionen im Regierungsbezirk Erfurt, umfassend die Kreise Erfurt-Schleusingen-Regenrad, Mühlhausen-Langensalza, Nordhausen und Heiligenstadt-Worbis, wurde am Sonntag in Erfurt abgehalten; er war von insgesamt 25 Delegierten, Vertretern der Redaktionen der drei im Bezirk erscheinenden Parteiorgane (Erfurt, Nordhausen und Mühlhausen) usw. besetzt. Die vom Bezirksvorstand zu entsandene Tätigkeit war, wie Bezirksvorsitzender Genosse Reichhaus in seinem Bericht hervorhob, eine so umfangreiche, daß sie im Redenamt kaum noch zu bewältigen ist und die schon auf dem vorjährigen Bezirkstag in Mühlhausen angeregte Frage der Anstellung eines Bezirkssekretärs immer dringender der Lösung bedarf. Die Einnahmen bezifferten sich auf 713,90 R., die Ausgaben auf 487,08 R. Die Zahl der politisch organisierten Genossen im ganzen Bezirk betrug am 1. Juli 1909, darunter 673 weibliche Mitglieder, und zwar entfallen auf den Erfurter Wahlkreis 1903, auf Nordhausen 1429, Mühlhausen 583 und Heiligenstadt 25 Mitglieder. Die gewerkschaftlichen Organisationen zählen im Kreis Erfurt 7050, in Nordhausen 2800 und Mühlhausen 2900 Mitglieder; im Kreise Heiligenstadt kommt die gewerkschaftliche Organisation kaum in Betracht. — Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter beträgt im ganzen Bezirk 45 (Erfurt 23, Mühlhausen 5, Nordhausen 17).

An dem Bericht knüpfte sich eine lebhafte und ausführliche Debatte über die Agitation im Bezirk. Es wurde u. a. beschlossen, die Herausgabe der „Landpost“ (einer periodisch in Erfurt erscheinenden Flugblätter für die Agitation unter der Landbevölkerung) sowie der Kolender innerhalb des Bezirks zu zentralisieren, ferner wurde der Bezirksvorstand beauftragt, in aller Kürze mit dem Parteivorstand wegen Anstellung eines Bezirkssekretärs in Verbindung zu treten. Die Gründung eines Parteifonds wurde ebenfalls beschlossen. Sodann wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand mit der energischen Durchführung des Schnapsbottens beauftragt. Zum Bezirksvorort wurde Erfurt wiedergewählt, zum Ort des nächstjährigen Bezirkstages Nordhausen. Bei Eröffnung der Sitzung erhob Genosse Reichhaus energischen Protest gegen die Henterarbeit der spanischen Pfaffenregierung am Ferrer, dessen Andenken zu Ehren die Anwesenden sich von den Plagen erhoben.

Das Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland ersucht um Instruktion des Zentralkomitees um Aufnahme nachstehender Mitteilung: Den russischen Zeitungen wird aus Paris gemeldet, daß Wurgew unter den Mitgliedern des Zentralkomitees des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes einen Agent provocateur entdeckt habe. Diese Nachricht ist falsch. Wurgew hat uns tatsächlich ausfindig über einen in unserer Partei tätig gewordenen Polizeigagenten zugestellt, derselbe ist aber niemals Mitglied unseres Zentralkomitees gewesen. Er heißt Strol Michel Kaplinsky (Pseudonym „Langsam“), ist von Beruf Schlosser. Seine Tätigkeit bestand hauptsächlich in Ausfindung technischer Arbeiten im Auftrage des Zentralkomitees. Seit mehr als einem Jahre befindet er sich außerhalb der Organisation.

Soziales.

Verufsgenossenschaftstag und Ärzte.

Der 23. ordentliche Verufsgenossenschaftstag tagte gestern in Stuttgart. Er nahm, wie uns ein Telegramm meldet, eine Resolution an, in der der Aufnahme irgend welcher, das Verhältnis der Ärzte zu den Verufsgenossenschaften regelnder Bestimmungen in die Reichsversicherungsordnung widerstanden und insbesondere die zu § 648 von dem Vierzelttag in Lübeck in Vorschlag gebrachte neue Fassung als mit den Verufsgenossenschaftlichen Aufgaben unvereinbar mit voller Entschiedenheit abgelehnt wird.

Kaution und Gummihäppl.

Auf Rückgabe seiner Kaution von 50 R. klagte gestern vor dem Gewerbegericht der Wächter K. gegen die Preussische Wachegesellschaft. Die Klage wendet sich gegen die Ver-

treter, den Oberkontrolleur Meindienst, ein. Kläger habe noch den Vertragsbestimmungen die Kaution verweigert. Denn durch seine Schuld sei das Arbeitsverhältnis vorzeitig gelöst. Die Beweisnahme ergab, daß Kläger mit dem Oberwächter einen Wortstreit hatte. Hier griff der Oberkontrolleur mit dem Gummihäppl ein, während der Kläger mit dem Säbel sich gegen ihn zur Wehr setzte. Die Staatsanwaltschaft hatte eine strafrechtliche Verfolgung abgelehnt, weil nach ihrer Ansicht beide Teile nicht schuldlos seien.

Das Gericht kam zur Verurteilung der Beklagten, weil sie für ihre Weigerung, Kläger habe den Vertrag vorzeitig, widerrechtlich gelöst, beweispflichtig blieb.

Sum Gefindeverrecht.

Auf Grund des Gesetzes vom 21. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter war ein Dienstmädchen E. vom Schöffengericht wegen widerrechtlichen Verlassens des Dienstes beurteilt. Das Mädchen, welches den Dienst verlassen hatte, war polizeilich aufgefordert worden, den Dienst binnen einer bestimmten Frist wieder anzutreten. Das Mädchen kam dieser Aufforderung nicht nach, sondern erhob Beschwerde und betonte, ihr Arbeitgeber habe sie geschlagen und zu Boden geworfen. Von der Anklage wegen Mißhandlung war der Arbeitgeber freigesprochen worden, weil nicht erwiesen sei, daß er das Mädchen geschlagen und zu Boden geworfen habe; der Arbeitgeber behauptete, er habe das Mädchen „nur geschüttelt“, dabei sei es — umgefallen. Die Beschwerde des Mädchens wurde abgewiesen. Nunmehr erhob es Klage beim Oberverwaltungsgericht. Dies erkannte indessen mit folgender Begründung auf Abweisung der Klage: eine Mißhandlung des Mädchens sei nicht erwiesen, in dem Schütteln könne keine Mißhandlung erblickt werden. Nach dem Einführungsgebot zum Bürgerlichen Gesetzbuch bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, die dem Gefindeverrecht angehören, unberührt. Nach § 136 ff. der alt-preussischen Gefindeordnung kann das Gefinde den Dienst ohne vorhergehende Aufkündigung verlassen, wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden oder mit auschweifender und ungewöhnlicher Härte behandelt wurde. Gefahr des Lebens oder der Gesundheit oder auschweifende ungewöhnliche Härte habe aber nicht vorgelegen.

Das Dienstmädchen wird erst „geschüttelt“, so daß es zu Boden fällt und geht deshalb aus dem Dienst. Darauf wird es erst bestraft und muß nach einem Hausen polizeilicher Androhungen in den Dienst zurückkehren, um vielleicht abermals „geschüttelt“ zu werden. Und das oberste preussische Gericht erklärt die Klage gegen diese Verfügungen für unberechtigt. Alles von Rechts wegen!

Das Oberverwaltungsgericht hat geglaubt, nicht anders handeln zu können, weil nach seiner Auffassung in dem „Schütteln“ des Dienstmädchens, auch wenn es dadurch zu Boden fällt, keine „auschweifende oder ungewöhnliche Härte“ liegt. Darin liegt ein die Durchschnittsbrutalität der Dienstherrschaften scharf kennzeichnendes obertrichterliches Urteil, das freilich dem Dienstmädchen nichts nützt. Uns dünkt, das Oberverwaltungsgericht hätte ohne den tatsächlichen Verhältnissen Zwang anzutun, annehmen können, in dem zugestandenem Schütteln liegt eine außergewöhnliche Härte. Indes das Oberverwaltungsgericht hat ja in einem vor 16 Jahren ergangenen Erkenntnis gar die Anwendung des Preussischen Gefindegesetzes einen Anrecht auf dem Lande gleichfalls als nichts Außer-gewöhnliches für das Land der Junker erachtet.

Das Oberverwaltungsgericht hätte unseres Erachtens aber auch aus Rechtsgründen zugunsten des Mädchens erkennen müssen. Das Gefindeverrecht ist freilich leider der Landesgesetzgebung, dank auch dem Verhalten der Preussischen bei Gestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorbehalten. Aber die allgemeinen Grundzüge des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind auch für das alt-preussische Gefindeverrecht nicht außer Kraft gesetzt. Darnach soll auch den Gefindeverträgen Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verlebenssitte und der Grundsatz beherrschen, daß Verträge „gegen die guten Sitten“ nichtig sind. Dem modernen Rechtsempfinden und der auf der Arbeit „Freier“ beruhenden Gesellschaftsordnung widerspricht aber aufs kraffteste die Zumutung, sich Prügel gefallen zu lassen und zum prägenden Dienstherrn gar zurückzukehren. Ein Zuchtungsrecht steht nach dem Einführungsgebot zum B. G. B. auch in Preußen der „Herrschaft“ nicht zu. Eine Reihe Gefindeverträge bezeichnen ausdrücklich jede Mißhandlung als Grund zum kündigungswilligen Austritt aus dem Dienst. Es hätte also dem Gesetz nicht widersprochen, wenn das Oberverwaltungsgericht ein „Schütteln“ als „ungewöhnliche Härte“ erachtet hätte. Aber der Minister Suarez hatte schon recht, als er vor 100 Jahren erklärte: Das arbitrium judicis (der Spruch des Richters, das richterliche Ermessen) stellt sich bei Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gefinde stets auf Seiten der Herrschaft.

Der entschiedene Fall zeigt aus neue die Notwendigkeit, dem Verein der Hausangestellten beizutreten, aber auch die Notwendigkeit in Gefindeverträgen nur unter ausdrücklichen, schriftlichen Ausschluß der Vorfrist der Gefindeordnung zu treten. Auch eigene Gefindevermittlungsgesellschaften, die der Verband der Hausangestellten errichtet, würden gegen derartige Vorkommnisse und Erkenntnisse vorbeugend wirken.

Aus Industrie und Handel.

Um die Arbeiter — zufrieden zu machen.

Die Waggonfabrik Hofmann in Breslau geht, wie gemeldet wird, mit dem Gedanken an, das Aktienkapital zu erhöhen. Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 1 125 000 R. und allein über Außenstände in Höhe von 1 133 000 R. Sie gehört zu den bestfundiertesten der ganzen deutschen Industrie. In der Bilanz sind die Gebäude, die Maschinen auf 1 R. und die Immobilien auf 100 000 R. abgeschrieben. Für die letzten Jahre wurden 21, 22 und 33 Prozent Dividende verteilt. Wenn jetzt eine Kapitalerhöhung vorgenommen werden sollte, so kann das nur zu dem Zwecke geschehen, um die prozentuelle Höhe der Dividende zu vermindern. Damit will man zweierlei erreichen. Erstens soll der „Reid“ der Arbeiter verstimmen, zweitens werden die Aktien leichter umsehbar. Die neuen Aktien werden natürlich zu einem sehr niedrigen Kurse, vielleicht sogar mit einer Kapitalrückzahlung zusammen ausgegeben werden. Die Aktionäre machen ein Extrageschäft und die Arbeiter sollen dafür zufrieden sein. Hoffentlich ist solche Spekulation falsch.

Die Güterverkehrsrechnungen der deutschen Eisenbahnen im September werden vom Reichsstatistikamt mit 142 800 000 R. angegeben gegen 135 324 000 R. im August d. J. Wegen den September 1908 ergibt sich eine absolute Mehrerinnahme von 5 676 783 R.

Die zehn größten Konsumvereine der Welt hatten am Ende des Jahres 1908 eine Gesamtmitgliedszahl von etwas mehr als 402 000 Personen. Der bei weitem an Mitgliederzahl stärkste Verein ist der Breslauer Konsumverein vom Jahre 1868, der den größten Vorkriegsbetrieb der Welt besitzt, mit 87 319 Mitgliedern; ihm folgt der Verein in Leeds vom Jahre 1847 mit 49 709 Mitgliedern. Der Größe nach kommen dann der erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein in Wien, die Hamburger „Produktion“, die Vereine in Leipzig-Blagowitz, Edinburgh, Wollon, Basel, Stuttgart und der Dresdener „Vorwärts“, der mit 20 304 Mitgliedern an zehnter Stelle steht. Die bedeutendste Anzahl von Verkaufsstellen hat der Verein in

Seeds, der bereits im Jahre 1847 begründet wurde und der älteste der Vereine ist. Während die Zahl seiner Verkaufsstellen 245 beträgt, verfiel gegen Ende des Jahres 1908 der Breslauer Konsumverein nur über 75 Verkaufsstellen. Analog der Zahl der Verkaufsstellen ist der Warenumsatz des Vereins in Leeds der weitestgehendste und repräsentiert einen Wert von rund 37,02 Millionen Mark. Wie überhaupt bei fast allen ausländischen Konsumgenossenschaften die Zahl der Verkaufsstellen größer als in Deutschland und Österreich ist, so ist es auch der Wert der umgesetzten Ware. So wurden in Edinburgh 20,7 und in Vorkon bei einer von Mitgliederzahl 84 198 Personen 18,2 Millionen Mark an Waren umgesetzt, während in Breslau an die 87 310 Mitglieder nur für 18,8 Millionen Mark Waren verkauft wurden. Den geringsten Umsatz der zehn Vereine hatte der Verein in Stuttgart mit 7,77 Millionen Mark aufzuweisen. Der Umsatz auf den Kopf der Mitglieder war in Edinburgh mit 853 M. am größten; es folgten Leeds mit 756, Vorkon mit 532, Basel mit 505, Leipzig-Plagwitz mit 410, Dresden mit 391, Wien mit 244, Breslau mit 215, Stuttgart mit 218 und Hamburg mit 204 M. Umsatz für den Kopf der Mitgliederzahl. Naturgemäß ist ebenfalls infolge des höheren Alters sowie des absoluten und relativen Warenumsatzes die finanzielle Grundlage der englischen Konsumvereine schon eine günstigere als die der deutschen Konsumgenossenschaften, von denen Leipzig-Plagwitz das größte Geschäftsbudget mit 1,27 Millionen Mark besitzt, während Leeds, Vorkon und Edinburgh mit solchen von 15,90, 15,33 und 11,11 Millionen Mark aufwarten. Die Eigenproduktion ist am größten in Leipzig-Plagwitz mit 5,52 Millionen Mark und ist überhaupt in Deutschland insgesamt relativ mit der englischen auf mindestens gleicher Höhe.

Aus der Frauenbewegung.

Mugdan als Wahrheitslehre im Reichsverband.

Sensationell und fast ungläublich klingt eine Tatsache, die Frau Minna Cauer am Montagabend einer Friedebauer Versammlung der demokratischen Vereinigung mitteilte. Ein günstiger Wind hatte ihr ein Zirkular des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auf den Redaktionsisch geweht, worin von einer neu getroffenen Einrichtung zur politischen Schulung der im „Deutschen Frauenbund“ organisierten konservativen Frauen berichtet wurde. Diese Damen sollen künftig Zutritt haben zu einem national-ökonomisch-politischen Ausbildungskursus für Lehrer. Unter den Vortragenden, denen es obliegt, im Sinne des verächtlich wahrheitsliebenden Verbandes neue Hiltstruppen gegen die Sozialdemokratie zu drillen, befindet sich neben Herrn Dr. Krenndt auch sein Glaubensgenosse Herr Dr. Mugdan, Mitglied der freisinnigen Volkspartei. Das gegen die Sozialdemokratie läßt die Freisinnigkeit zum Handlungsmaß der schwärzesten Reaktion werden. Und das geschieht kurze Zeit nach dem der Freisinn aus dem Block hinausgeworfen worden ist, noch mehr: zu einer Zeit, in der der General von Liebert als Vorsitzender des Reichsverbandes erklärt hat, der Freisinn sei so unzuverlässig, daß man mit ihm nicht mehr paktieren könne. Es empfehle sich deshalb, bei Wahlen den Freisinn ganz aus dem Spiele zu lassen und lieber dem Zentrum Wahlhilfe zu leisten. Und jetzt? Liebert und Mugdan Arm in Arm! Genossinnen! Gedankt dessen im Hinblick auf den 20. Oktober!

Der reisende Frauenbund.

Die konservativen Organe überließen sich förmlich darin, das tolle Zeug über Zweck und Ziele der Frauenbewegung ihren Lesern und Leserinnen vorzuführen. Niemals findet man da eine Würdigung oder sachliche Betrachtung der Frauenbewegung nach tiefinnerstem Grunde, niemals eine Erwiderung über die Notwendigkeit des Eintretens der Frau für die Frau und somit für alle sie eng berührenden Fragen, wie Ehe, Familie, uneheliche Mutterschaft, Fürsorgeerziehung und dergleichen mehr. Es gibt ja kein Gebiet im ganzen Staatsgebiete, woran die Frau nicht ebenso interessiert ist, wie der Mann. Für den Grafen Reventlow allerdings nicht. Forderte er doch kürzlich in der „Deutschen Tageszeitung“, die Frau solle von allen politischen Sonderbestrebungen und Schwankungen unberührt das nationale Herdfeuer im Hause pflegen. Schön gesagt! Gilt das auch für die frommen Fabrikarbeiterinnen und Landflavinnen? Mit den technischen Entwicklungen und Bevölkerungszunahme, die den Haushalt noch und noch umgestalten, und der Revolutionierung und Ausbreitung der Industrie haben auch Wandlungen und Umgestaltungen im Frauenleben stattgefunden. Für die dabei frei werdenden Frauenkräfte fand sich Vorkaufsmöglichkeit in Werkstatt und Kontor. Der Rückschlag des kapitalistischen Zeitalters rührte die Schwingen. Immer neue Berufe entstanden für die Frauen, man begehrte ihrer und der Kapitalismus verstand es, die ungeschulte und billige weibliche Arbeitskraft für seine Zwecke auszunutzen. Pflichten wurden den erwerbenden Frauen auferlegt — außerhalb des Herdfeuers. Die überall Interdiktien und Entschieden erwarteten zum Bewußtsein. Was die Kur-Dienerin des Mannes gebuldig ertrug, war natürlich unvereinbar mit den neuen Anforderungen. Daß einer Frau Pflichten auferlegt wurden, galt als selbstverständlich, aber als unerhöht gilt den Repräsentanten der Massenherkunft, daß eine Frau es überhaupt wagt, von Rechten zu sprechen. Graf Reventlow entrüstet sich:

„Es liegt ein überaus fomischer Widerspruch darin, daß noch der „reinen Lehre“ der Bewegungswörter das von ihnen tief verachtete „Weibchen“ früherer Generationen bis in die heutige hinein so ziemlich das höchste und minwertigste Wesen ist, das die Natur überhaupt hervorgebracht hat, während das „erwachsene“ moderne Weib sich auf einmal (?! im Weiblich) Weisheiten stellt und mühelos imstande ist, auf allen den Gebieten das Gleiche wie der Mann zu leisten, welches dieser sich nach langer, mühsamer, entwickelnder Arbeit zu eigen gemacht, die er geschaffen hat.“

Daß die Geschichte der Frauenbewegung einen langen Kampfreich, arbeits- und mühevollen Weg bis zu dem heutigen Stadium zurückgelegt hat, davon ist anscheinend dem Nationalpionier nichts bekannt. Der Nationalpionier Reventlow entrüstet sich über den der Frauenbewegung und der Sozialdemokratie gemeinsamen internationalen Charakter. Warum über diesen? International ist doch auch der Bauernbund, international das Kapital, international der Ultramontanismus, international der Liberalismus, international die Wissenschaft, ja, international sind auch die Friedensbestrebungen! — Einen Trost in allem Wirrwahl erblickt der „Weibchen“ Ehrenretter in dem vor kurzem begründeten „Nationalen Frauenbund“, der ihm als ein „erfreuliches Zeichen“ dünkt des erwachenden politischen (1) Sinnes in Kreisen, die sich bis dahin auf untätige Zurückhaltung beschränkten.“ Wertwürdiger Widerspruch! Auf einmal ist der erwachende politische Sinn der Frauen ein „erfreuliches Zeichen“. Was nun aber, wenn auch die „Nationalen Frauenbünde“ dazu kämen, sich „international“ zusammenzuschließen? Und dürfen die Frauen des „Nationalen Bundes“ (zur Bekämpfung der Sozialdemokratie) es wagen, für sich selber politische Ziele anzustreben? Sicher nicht, denn Graf Reventlow hält auf alle Fälle die „brutale Faust“ des Mannes für nicht entbehrlich.

Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich findet man die Zahl der erwerbsfähigen Frauen wie folgt angegeben: Deutschland 9,4 Millionen, Frankreich 8,8 Millionen, Österreich 8,8 Millionen, Großbritannien sowie Vereinigte Staaten je 6,3 Millionen, Rußland 6,2 Millionen, Italien 5,2 Millionen. Das hat die „brutale Faust“ des Mannes nicht verhindert.

Die Lohnarbeiterin hat sich in mühevoller Ringen einen Platz in der Güterzeugung erobert; von der rauhen, harten Wirklichkeit, von des Lebens hartem Muth war sie dazu gezwungen. Sie ist, wie der männliche Massengenosse, das Opfer der internationalen Ausbeutung durch das Kapital, sie ist, wie der schaffende Mann, Trägerin der Güterzeugung, und daher leitet sie ihr Recht auf Forderung der ungeschmähen Gleichberechtigung.

Verband der Hausangestellten.

In einer am Sonntag, den 17. d. M., in Feuersteins Festsaal abgehaltenen gutbesuchten Versammlung referierte Genosse Dießing, der es verstand, die Dienstboten auf das Unwürdige ihrer Lage hinzuweisen. Er schilderte, wie die Organisation der stärksten Einfluß auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen haben kann, wenn sie stark an Zahl ist und die Mitglieder treu zu ihr halten. Nur auf diesem Wege kann auch der von der Organisation der Hausangestellten aufgestellte „freie Arbeitsvertrag“ zur Durchführung gelangen. Die gut gewählten Beispiele, die der Referent gab, verfehlten ihre Wirkung nicht. In der sehr lebhaften Diskussion wurden auch verschiedenes empfindende Fälle von stillosen Verfehlungen der „Hausherren“ geschildert. Leider liegen diese Fälle zu weit zurück, um dagegen einzuwirken zu können. Sie beweisen aber die Notwendigkeit, den Dienstboten eine Rat- und Auskunftsstelle zu bieten, die gleichzeitig eine Anlaufstelle für alle Angehörigsten, denen die Dienstboten ausgelegt sind, sein soll. Die Stimmung der Versammlung berriet, daß alle Anwesenden die Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband erkannt hatten. 22 Neuanmeldungen war der Erfolg. Weitere Anmeldungen sind zu richten an das Bureau des Verbandes, Michaelstraße 1, vom II. Dort wird auch Agitationsmaterial verabfolgt.

Der Bund für Mutterschutz hielt am letzten Donnerstag im Fräuleinhaus eine öffentliche Versammlung ab, in der Frau Grete Reifel-Deß über Prostitution, Mutterschutz und Frauenbewegung referierte. Sie besprach in kurzen Umrissen die Geschichte der Prostitution aus der Antike bis in unsere heutigen Tage, geißelte die bestehende Heuchelei im Gesellschaftsleben, sprach über die Schmach und Schreden des schaurigen Dienstes der Dirne und schilderte die dreifache Korruption der Prostitution, die des Mannes, des Weibes und des sozialen Bewußtseins. Sie ging dann über auf die bürgerliche Frauenbewegung und konnte sich bei dieser Gelegenheit nicht eines Seitenhiebcs auf die sozialistische Frauenbewegung enthalten. Erst die bürgerliche Frauenbewegung hat ihrer Meinung nach die bezahlte Beschäftigung der Frau außerhalb des Hauses gestattet. Sie dachte hierbei wohl nur an die Zulassung der Frau zu den höheren Berufen und vergah ganz, daß die Frau in den proletarischen Bevölkerungsschichten schon lange vor dieser Zeit durch schwere, oft den Frauen gar nicht zukommende Arbeiten zum Unterhalt ihrer Familien beitragen mußten. Alle Hülfe sieht sie in einer Unabhängigmachung der Frau durch Erschließung aller Berufe für die Frau und in einer damit zusammengehenden Einrichtung des Mutterschutzes auf verlässigstechnischer Grundlage, ohne den Schluß zu ziehen, daß eine wirkliche Hilfe nur in einer gänzlichen Umänderung der Gesellschaftsordnung gefunden werden kann.

Leseabende.

Friedebauer. Heute Mittwoch, 1/2 Uhr, erster Frauen-Leseabend im Lokal von Schönefeld, Rheinstr. 31. Wir erwarten eine zahlreiche Beteiligung, damit diese Neueinrichtung auch bei uns lebensfähig wird. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Prozess gegen den Journalisten Dr. Fleißner.

Leipzig, den 19. Oktober 1908. Vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hat sich heute der Herausgeber der Leipziger Halbmonatsschrift „Deutscher Kampf“, Dr. Arthur Fleißner, wegen Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und Diebstahl zu verantworten. Dieser Prozeß steht im engen Zusammenhang mit dem mysteriösen Doppelselbstmord an dem Ehepaar Friedrich in der Windmühlstraße in Leipzig, der seit Oktober vorigen Jahres die Leipziger Behörden in Aufregung bringt. Man nimmt aus gewissen Einzelheiten bei der Tat an, daß die Verabredung der Friedrichs Eheleute von demselben Mörder ausgeführt worden ist, der vorher bereits den Geldbrieffräger Müller überfallen hatte. Die Aufregung über die Tat wurde noch gesteigert durch eine ganze Reihe von Expresserbriefen, die ihrem Inhalte nach von einem Mitwisser der Tat herrühren mußten und die an den bekannten Leipziger Verlagsbuchhändler Weber, dem Herausgeber der „Illustrierten Zeitung“, das Verlangen stellten, große Geldsummen an einem bestimmten Orte niedergulegen, widrigenfalls auch er getötet werden würde. Trotzdem die Polizei auf das Verlangen des Verbrechens einging, gelang es nicht, diesen zu fassen; dieser verhöhlte vielmehr die Polizei wegen ihrer Erfolglosigkeit in einer Reihe Briefe. In einem Schreiben hielt er der Polizei auch vor, daß ein im Oktober 1907 auf eine Fabrikbesitzerin Wagner aus Raunhof in der Gottschalkstraße verführter Weibervall noch immer nicht aufgeklärt sei. Der Briefschreiber machte über diese Tat detaillierte, und wie sich später herausstellte, zutreffende Angaben. Unter dem Verdacht, den Weibervall auf seine Frau begangen zu haben, wog der Chemann, der angesehene Fabrikbesitzer Wagner, in Haft genommen worden. Diese Verhaftung hält der Briefschreiber für unbeschädigt und teilt mit, daß ein anderer in Frage komme. Er beschrieb genau einen Mann, der von dem Attentat wissen müsse, und die Personalbeschreibung war so genau, daß der Journalist Dr. Arthur Fleißner selbst erklärte, nur er könne damit gemeint sein. Die Polizei folgte dieser Spur des großen Unbekannten und stellte über Dr. Fleißner eingehende Ermittlungen an. Sie vernahm ihn mehrfach, zumal Dr. Fleißner im „Deutschen Kampf“ wiederholt für die Unschuld des Fabrikbesitzers Wagner eingetreten war. Ja, er war sogar schon in dieser Sache nach Hamburg gefahren, wo Frau Wagner nach der Trennung von ihrem Manne Wohnung genommen hatte. Frau Wagner ist von ihrem Manne aus einem Werdell heraus geheiratet worden und Fleißner vermutete nun in diesem früheren Werdell den Täter. Er ist bei einem seiner Hamburger Besuche auch in die Wohnung der Frau Wagner eingedrungen und soll ihr dabei Briefe entwendet haben. Ferner soll er einen Hamburger Kriminalschuttmann zu bestimmen gezwungen haben, Frau Wagner als verdächtig in ihrem Hause zu bewachen. Den Leipziger Polizei- und Gerichtsbehörden machte Fleißner in Extrausgaben seiner Zeitschrift schwere Vorwürfe, die dahin gingen, sie verfolgten mit Absicht falsche Spuren, um den richtigen Täter und Expresser, der unter hochstehenden Domogewellen zu suchen sei, zu schonen. Um der Gefahr einer Kollusion vorzubeugen, wurde Fleißner schließlich in Haft genommen, aus der er nach kurzer Zeit jedoch wieder entlassen wurde.

Ueber den Ausgang der Verhandlung werden wir berichten.

Zeitungsverleger und Urheberrecht.

Wegen Vergehens gegen das Urheberrecht ist am 21. April vom Landgerichte Stuttgart der Redakteur und Schriftsteller Ludwig Hamann zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden, nachdem ein früheres gleichlaufendes Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Außerdem ist auf eine Buße von 100 M. erkannt worden. Als Redakteur und Verantwortlicher des Verlegers der „Stargarder Zeitung“ hatte er von dem Schriftsteller W. zwei Artikel zum Abdruck in der Zeitung erworben, welche die Ost- und Weizenweibereitigung sowie die Wienenzucht betrafen. Im Jahre 1908 ließ er beide Artikel ohne Angabe des Verfassers in der Wochenbeilage der „Stargarder Zeitung“ erscheinen. Unter Benutzung des bis dahin unbekanntes Sachverhalts betanzallete er im Herbst von jedem Artikel eine Heftausgabe, welche den Titel bekam: Hamanns praktische Bibliothek Nr. 1 und 2. Die 1000 hergestellten Exemplare überließ er der Stargarder Verlagsbuchhandlung gegen Ertrag der Papier- und Druckkosten. Der Angeklagte will sich für berechtigt gehalten haben, eine Heftausgabe der beiden Arbeiten zu veröffentlichen, weil seinerzeit der Verfasser ein höheres als das sonst für Zeitungartikel übliche Honorar erhalten habe. W. habe das Honorar „für Abdruck der Artikel“ erhalten. Das Gericht hat aber angenommen, daß W. die Artikel nur zum Abdruck in der Zeitung dem Verlage der „Stargarder Zeitung“ überlassen hat, nicht aber dem Angeklagten zur privaten Verwertung in einem

anderen Verlage. Daß der Angeklagte hoflos gehandelt habe, geht auch daraus hervor, daß er dem Verfasser vor Erscheinen der Heft keine Korrekturbogen geschickt habe. — Die Revision des Angeklagten gegen das neue Urteil wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen, da nunmehr die Schuld des Angeklagten ausreichend festgestellt ist.

Unter den Dienstmädchen des Westens

Suchte und fand der „Diener und Tafelbedier“ Berthold Roggenbach, der gestern unter der Anklage des Betruges vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III stand, seine Kundinnen. Er suchte mit Vorliebe die herrschaftlichen Häuser im Westen auf und schlängelte sich auf den Hintertreppen an die Dienstmädchen heran. Sie gingen auch mit Freuden auf den Vorschlag Roggenbachs ein, sich von ihm die Karten legen zu lassen, und dann weisagte er ihnen alle möglichen schönen Dinge, wobei Liebe und Heirat natürlich in erster Reihe standen. Und um das Maß der Begeisterung voll zu machen, prophezeite er den Mädchen auch noch, daß sie nicht nur Glück in der Liebe, sondern auch Glück im Spiel haben würden, was besonntlich im allgemeinen nicht zusammentrifft. Wenn er dann abends wieder auf der Hintertreppe erschien, wurde es ihm nicht schwer, die Mädchen zu überreden, doch einmal ihr Glück zu versuchen. Gegen Zahlung von 1,25 M. überreichte er einen schön gedruckten Zettel, der eine bestimmte Nummer anzeigte, die Unterchrift „Roggenbach, Vorsitzender“ trug und verkündete, daß die Besitzerin ein Zweihundertpfundteil an einem Lose der bezeichneten Nummer der Preussischen Klassenlotterie erworben habe. Dabei machte der Angeklagte sich bei den Mädchen noch dadurch beliebt, daß er ihnen Vons für das Palais-Theater, die Brauerei Friedrichshain und dergleichen als Aufmerksamkeit gab. Die an ihn zu richtenden Briefe dirigierte er vorsichtigerweise unter einer bestimmten Chiffre nach einer Postanstalt. Das Geschäft wäre für ihn wahrscheinlich noch recht lange ganz einträglich geblieben, wenn nicht der Zufall gewollt hätte, daß die Nr. 38 824, zu welcher der Angeklagte angebliche Anteilsscheine verkauft hatte, mit einem Gewinn von 3000 M. herauskam. Freudestrahlend liefen die Mädchen zu dem nächsten Lotteriefollektur und wollten Geld haben, konnten aber nur die Verführung entgegennehmen, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen wären. Letzterer war bald ermittelt. Er war gestern geständig und hat nur um eine gefinde Strafe, da er aus Not gehandelt habe. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Die Geschäftspraktiken eines Heiratskonnors.

welches angeblich Heiraten nach den Deutschen Kolonien zu vermitteln hatte, beschäftigten gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen gemeinschaftlichen Betruges waren der Kaufmann Karl Kafelowski und der Architekt Arno Grein angeklagt. Die Angeklagten etablierten in dem Hause Charlottenstr. 70 ein Heiratskonnor. Es wanderten nun in alle Welt Prospekte hinaus, in welchen sich das Bureau zur Vermittlung von Heiraten mit reichen Farmbesitzern aus Südwestafrika anbot. Die Heiratslustigen Damen, welche nicht abgeneigt waren, die Reise nach Afrika anzutreten, schickten sich unter der Chiffre „Blau“ bei einem hiesigen Postamt melden. Auf das verlockende Angebot hin meldeten sich eine große Anzahl heiratslustiger Frauen und Mädchen, die ihre Geneigtheit kundgaben, in Südwestafrika als deutsche Hausfrauen zu walten. Einige Tage nach ihrer Meldung erhielten die Heiratslustigen von den Angeklagten einen Brief, in welchem mitgeteilt wurde, daß verschiedene deutsche Frauenvereinigungen dagegen ankämpften, daß die deutschen Kolonisten in Südwestafrika mangels weicher Frauen Mischchen eingeben. Aus diesem Grunde habe sich der „Verein deutscher Frauen“ mit Farmern in Südwestafrika in Verbindung gesetzt und nicht weniger als 400 deutsche Farmer seien bereits auf einem Boermann-Dampfer nach Deutschland unterwegs, um sich hier eine Lebensgefährtin zu suchen. Als Ort der Zusammenkunft der Mädchen und ihrer ostafrikanischen Freier sollte das neue Opernhaus (Krauß) dienen, welches von dem Verein auf 12 Abende gemietet worden sei. Hier sollte ein gemächliches Zusammensein nach vorausgegangener Opernaufführung stattfinden, bei welchem die Farmer ihre Zukünftigen näher kennen lernen und ihre Auswahl treffen sollten. Am Schlusse dieses Briefes wurde dann den Empfängerinnen in der „zartfühlenden“ Weise largemacht, daß man von den Farmern doch nicht verlangen könne, daß sie auch noch ihr Liebeswerben bezahlen sollten. Die Damen hätten deshalb je 60 M. zu entrichten, wofür sie natürlich zu allen Festlichkeiten und Veranstellungen freien Eintritt haben sollten. — Diese Heiratsvermittlung „Engras“ erregte jedoch das begriffliche Interesse der Kriminalpolizei, welche sich die ganze Sache genauer ansah und entdeckte, daß alles Schwindel war. Kafelowski wurde verhaftet, während Grein auf freiem Fuße blieb. — In der gestrigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 6 bzw. 3 Monaten. Das Gericht nahm mit Rücksicht darauf, daß irgendeine materielle Schädigung der Zeuginnen nicht eingetreten ist, da diese nachträglich schadlos gehalten worden sind, von einer Freiheitsstrafe Abstand und erkannte gegen Kafelowski nur auf 500 M. Geldstrafe, von denen 300 M. durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden, und gegen Grein auf 200 M. Geldstrafe.

Verfammlungen.

Eine impotente Volksversammlung des sechsten Wahlkreises tagte Dienstag in Frank's Festsaal, Wdstr. 10. Genosse Pollembuhr sprach daselbst vor circa 1000 Personen, darunter zahlreichen Frauen, über das Thema: „Was wir wollen“. Von der Kaiserin ausgehend, daß sich noch gar viele Arbeiter vorfinden, die sich zwar der Partei anschließen und für sie wöhlen, ohne jedoch mit deren Forderungen und Zielen vollständig vertraut zu sein, erläuterte Redner in trefflichen Darlegungen das sozialdemokratische Programm. In wirklichen Darlegungen verbeistete sich der Referent über die Stellung der Partei zur Wahlrechtsfrage, der politischen Gleichberechtigung der Frau, zur Religion, Schule, Sozialpolitik und so weiter.

Werke man der Sozialdemokratie vor, sie vollbringe zu wenig an positiven Leistungen, so sei dies falsch. Sie habe manches erzielt, aber man dürfe bei der Beurteilung ihrer Wirksamkeit auch nicht übersehen, daß alle unsere Forderungen Massenforderungen sind, die im Parlament auf den Widerstand derjenigen stoßen, die ein Interesse haben, an den gegenwärtigen Verhältnissen und der heutigen Gesellschaftsordnung festzuhalten. In den vier Jahrzehnten ihres Bestehens habe die Partei zwar große Fortschritte gemacht, aber es stehe ihr immer noch ein Agitationsgebiet offen, das erwarten läßt, daß einstens die Mehrheit des Volkes innerhalb der Sozialdemokratie stehen wird. Kann nicht die jene Macht geworden sein, mit der wir die sozialistische Gesellschaft errichten können. Es genügt nicht, nur Recht zu haben, wir müssen zur Macht werden, um das, was wir wollen, auch in die Tat umsetzen zu können. (Lebhafte, andauernde Beifall.)

In der Diskussion versuchte ein Herr August Kuhlmeier in recht krausen Ausführungen den guten Eindruck des Referats abzuschwächen. Der Stachel seiner Ausführungen schien zu sein, die Partei und insbesondere die freien Gewerkschaften für das Bestehen des Systems der Akkordarbeit verantwortlich zu machen.

Nachdem es die Versammlung abgelehnt hatte, sich mit bezüglichen Weisheiten traktieren zu lassen, sprach Kicola im Sinne des Referenten und forderte in begeisterten Worten auf, einzig zu sein und das rote Banner der Menschlichkeit hochzuhalten. Genosse Wolfenbuth ging kurz auf die Ausführungen Kuhlmeiers ein, die gezeigt hätten, wie es bei Leuten aussähe, die sich durch die Schriften des Reichsverbandes den Kopf verdeden lassen. Redner erinnerte noch daran, wie Lassalle den Organisationsgedanken wachgerufen, und wie durch das Festhalten desselben die Partei nun zur größten politischen Partei geworden ist.

Nach einer Aufforderung, für die Partei und deren Presse zu agitieren, den Schnapsboykott hochzuhalten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die völkerverfreundende Sozialdemokratie geschlossen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Neue Versammlungen.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

für die Bezirke:
 Charlottenburg, Wilmersdorf: Gr.-Lichterfelde, Friedenau, Steglitz:
 Volkshaus, Charlottenburg, Köpenicker Str. 3. Wahrensdorf, Lichterfelde, Bätestraße 22.
 Rixdorf: Weissensee:
 Sellert, Steinmehrer Str. 95. Content, Leberstraße 5.

Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

für die Bezirke:
 Norden, Nordosten, Pankow, Süden, Südosten, Südwesten, Zentrum:
 Gesundbrunnen: Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelauer 15.
 Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünder Str. 42. Westen:
 Miethes Festhalle, Schöneberg, Hauptstr. 5.
 Osten, Lichtenberg: Moabit, Wedding:
 Prachtäle des Ostens, Frankf. Allee 151/152. Viktoriafalon, Perleberger Straße 14.

Unsere bevorstehende Lohnbewegung. Streik oder Ausperrung!

Kollegen! Nach den Auslassungen der Unternehmer in ihren Versammlungen wird es notwendig sein, durch Massenbesuch unserer Versammlungen den Unternehmern zu zeigen, daß unsere Forderungen keine Aprilscherze, sondern daß die aufgestellten Forderungen zu unserer Lebenshaltung unbedingt notwendig sind!

Darum, Kollegen, erscheint Mann für Mann! Die Ortsverwaltung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Verein der Buch- u. Steindruck-Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4:

Versammlung der Delegierten

der Ortskrankenkasse f. d. Buchdruckgewerbe und der Vertrauensleute

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
 Heute, Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
 für sämtliche Branchen und Bezirke
 in Freyers Festhale, Koppenstraße 29.
 Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
 Die Ortsverwaltung.

Reste
 Damastuche, schwarz und farbig, Costumstoffe, neueste Muster. Trikot-Stoffe, Seiden-Plüsch, Sammete, Seide etc.

Confection
 Paletots, Jacketts, Stabmäntel, Costumes und Costumröcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
 Kottbuserstr. 3.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Horitz Laband, Neue Promenade, II. (Städt. Börse).

Drei Tropfen



Kaul

machen das schmutzigste Metall spiegelblank.
 In Flaschen von 10-50 Pfr. überall zu haben.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
 (7. und 8. Abt. Moabit)

Sonnabend, den 23. Oktober, im großen Saale der Berl. Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49:
Großer humoristischer Vortragsabend

Vortragender:
Marcell Salzer

Nachdem in beiden Sälen **Ball** Herren zahlen 50 Pfr.
 Eintrittskarte 50 Pfr.
 Anfang präzise 9 Uhr. 231/16*

Sechster Wahlkreis.
 Freitag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Frauen-Versammlung
 im Bürgerlichen Schauspielhaus (Berliner Prater), Saganien-Allee 7/9.
 Tages-Ordnung:
Die neueste Ausraubung des Volkes und die Stellung der Frauen dazu.
 Referentin: Frau Laise Zietz.
 Freie Diskussion. Die Einberuferinnen.
 S. H.: Minna Lohse, Oberberger Straße 20. 231/15*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Def. I. Amt 3, 1229. Charlottenstraße 3. Def. III. Amt 3, 1987.

Achtung!
 Wegen der am 26. Oktober stattfindenden Landtagswahlen bleiben unsere gesamten Bureaus an diesem Tage geschlossen.
 Arbeitslose und Kranke, welche am 26. d. MtS. Unterstützung erhalten würden, können dieselbe bereits am 25. d. M. in Empfang nehmen, doch müssen Arbeitslose zu diesem Zweck Mitgliedsbuch und Karte bereits am Sonnabend, den 23. d. M., abgeben.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 20. Oktober 1909, abends 7 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen
 im Lokal von A. Bercht, Ritterstraße 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Bericht von der gemeinsamen Vorstandskonferenz vom 11. Oktober in Leipzig. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Branchenleitung und Ortsverwaltung. 24/13*

A. Grimberger
 Kohlen-Großhandlung
 Hussenstr. 40.
 Fernsprecher Amt III, No. 4304
Billigste Tagespreise
 für erstklassige Senftenberger Briketts ab Platz v. 10 Zentn. an.
 Prima Halbsteine, Lauchhammer Ztr. 91 Pfr.
 Halbsteine, Heyn " 88 "
 Bockwitz-Briketts " 90 "
 Anna " 97 "
 Vulkan u. Pfannerschacht " 99 "
 la Anhalt-Kohlenwerke " 1,05 "
 la Ilse " 1,05 "
 Anthrazit-Cadé " 2,25 M.
Koks, Steinkohlen u. Holz zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen.
 Anlieferung frei Keller, je nach Quantum, pro Zentner 10 bis 15 Pfr. mehr.
 Bei größeren Abschüssen verlangen Sie meinen Vertreter.

Möbel
 Fabrik-Lager
 Barzahlung oder Teilzahlung
 stets die beste Qualität
 Dresdenstr. 16
Siegmund
Misch

Enorm billiger Verkauf
 elegant. Monatsgarderoben früher 50-90 M., jetzt 12-28 M.
 Deutsches Bekleidungshaus, Große Frankfurterstraße 89, nur 1 Treppe, feinladen.
 Fahrgeld wird vergütet.

Stepdecken
 kauft man nur am besten und billigsten durch die herh. Bernhard Strohmändel.
 Gndn. 72 Wallstr. 72.
 Angenehm gestrichelte Bettdecken 25-26 M.
 Alle Stepdecken werden aufgearbeitet.
 Spezial-Verkaufsort.

Charlottenburg.
 Solide Uhren, moderne Goldwaren, Reparaturen preiswert und gut.
Friedrich Stabenow,
 jetzt Berliner Straße 146.

Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.
 Lor. Eleg. Rad, Gehrod 1,50, Dofe 1,00, Weste 50/3.
Frack

Hilsebein Weißbierbrauerei
 Aktiengesellschaft
BERLIN O.17
 Koppenstr. 68/69
 Fernspr. VII 2821



empfiehlt ihr anerkannt vorzügliches, aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes
Prima Berliner Tafel-Weißbier
 a 10 Pfr. p. Liter
Hilsebeins Null-Weißbier
 a 13 Pfr. p. Liter
Hilsebeins Gesundheitsbier
 (bisher Tafel-Malzbier genannt)

In jetziger teurerer Zeit



lassen **MAGGI's Suppen-Würfel**
 der spannen Hausfrau vorzügliche Dienste. Nach wie vor kosten sie nur 10 Pfr. (ein Würfel für 3 Teller). Sie schmecken, nur mit Wasser wenige Minuten gekocht, ebenso kräftig wie die beste mit Fleischbrühe hergestellte Suppe. — Man verlange ausdrücklich **MAGGI's** Suppen (Schuhmarke Kreuzkorn). Mehr als 30 Sorten.
 „MAGGI's gute, sparsame Küche“.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis. Sonnabend, den 23. Oktober Familien-Abend bei Gohmann. Anfang 8 1/2 Uhr. Billets inklusive Tanz 30 Pf. — Sonntag, den 24. Oktober bei A. Meyer, Dramenstr. 103, und bei Rabe, Fischestr. 29, Gemüthliches Beisammensein, bestehend aus Vortrag, Tanz usw. Anfang 8 Uhr. — Bei Rabe Vortrag des Reichstagsabgeordneten A. Fischer über: „Aus der Zeit des Sozialistengesetzes“. Parteigenossen! Besucht mit Eueren Familien die Veranstaltungen des Wahlvereins.

Einem Marcel Salzer-Abend veranstalten am Sonnabend, den 23. Oktober, die Parteigenossen Moabit von der 7. und 8. Abteilung des sechsten Wahlkreises in der Berliner Kronen-Brauerei, Al-Moabit 47/49. Die Veranstaltung beginnt Punkt 9 Uhr. Der Preis für die Eintrittskarte ist auf 50 Pf. festgesetzt worden. Der Name des Vortragenden bürgt dafür, daß Freunde guten Humors auf ihre Kosten kommen.

Steglich. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Virkenswäldchen“ Volksversammlung. Adolf Hoffmann-Berlin spricht über: „Die Reaktion im preussischen Landtage und die liberale Richtung in Staat und Kirche“. Die Geistlichkeit am Orte ist schriftlich zu dieser Versammlung eingeladen.

Ober-Schöneweide. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet zu dem am Freitag stattfindenden Volksversammlung eine Handzettelverbreitung statt.

Hoffen. Am Donnerstag, den 21. d. M., abends 9 1/2 Uhr, findet unsere Wahlvereinsversammlung im Lokale des Genossen P. Kurzner statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Verkehrsdeputation.

Die städtische Verkehrsdeputation erledigte gestern eine reiche Tagesordnung. Zunächst erläuterte Geh. Bau- und Straßenrat Krause den neuen Entwurf der A. E. G. für eine Hoch- und Untergrundbahn Gesundbrunnen-Rixdorf. Bezüglich der Linienführung wurden keine Bedenken geäußert, vielmehr gab der Vertragsgewinn zu lebhaften Auseinandersetzungen Veranlassung. Die Konzession wird auf 90 Jahre verlangt. Zwar ist ein Erwerbserwerb der Stadtgemeinde vorgesehen, indes ist es in den ersten 30 Jahren ausgeschlossen. Die Baukosten sind auf 84 Millionen Mark veranschlagt, wovon die Hälfte von der Stadt als Darlehen, mit 4 Proz. verzinslich, hergegeben werden soll. Außerdem soll die Stadt die notwendig werdenden Straßenverbreiterungen übernehmen sowie die Kosten für die Unterführung der Zentralmarkthalle. Eine Grunderwerbsteuer findet nicht statt, aber eine Gewinnbeteiligung zur Hälfte, sobald das Anlagekapital mehr als 6 Proz. Dividende erhält; was wahrscheinlich nie eintreten wird. Der Tarif wird wie bei der Hochbahn 10, 15 und 20 Pf., für Arbeiterarten (zu benutzen bis morgens 7 Uhr) 15 Pf. für die ganze Strecke betragen. Die Majorität unter Führung des Oberbürgermeisters trat für das Projekt ein. Man war der Meinung, daß eine Schnellbahn in dieser Linienführung dringend notwendig sei, da aber die städtische Verwaltung bereits zwei Projekte in Ausführung habe, Nord-Süd und Moabit-Rixdorf, so wäre es ganz unmöglich, auch noch die Ausführung eines dritten Projektes zu übernehmen. Dazu machte Bau- und Straßenrat Krause die Mitteilung, daß für die Nord-Süd-Linie im September zwar die Genehmigung seitens der Reichsbehörde erteilt sei, jedoch bis jetzt noch das Enteignungsrecht fehlt. Des weiteren auch, daß im Süden die Bahn wahrscheinlich nicht nach Schöneberg und Wilmersdorf weitergeführt wird, sondern nach Tempelhof, dessen Gemeindevertretung sich zur Aufbringung der Kosten bereit erklärt hat. Das Resultat der Verhandlung war, daß mit großer Majorität beschlossen wurde, dem Projekt der A. E. G. näher zu treten.

Zur Vergrößerung des Bahnhofs in der Kniprodstraße und zur Beschaffung von weiteren Wagen soll beim Magistrat um die Gewährung von 219 000 M. nachgesucht werden. Die von der Großen Berliner Straßenbahn nachgesuchte Genehmigung für Veredelung der Gleisverbindung am Spittelmarkt wurde abgelehnt, vielmehr der Meinung Ausdruck gegeben, daß es zum Schutz des Publikums notwendig sei, die vierten Gleise zu beseitigen. Abgelehnt wurde auch die Abänderung der Führung der Linie 22 sowie die Verlegung der Linie 43 vom Gesundbrunnen nach der Müllerstraße. Wahrscheinlich war für das Letztere, daß man dem ausstrebenden Stadteil Gesundbrunnen keine Verbindung entziehen dürfe, schon mit Rücksicht auf das dortige Amtsgericht.

Das Polizeipräsidium hat die von der Großen Berliner Straßenbahn durch die Kaiser-Wilhelm-Straße abgelehnt. In einem Schreiben verlangt nun die „Große“, daß die Stadt dafür sorgen soll, daß die Genehmigung erteilt wird! Man sieht, die Große Berliner Straßenbahn hat auch noch Humor. Die von Rixdorf gewünschte Gleisverbindung am Hermannplatz wird unter den angebotenen Garantien genehmigt.

Zwischen Rixdorf und Berlin ist wegen der Untergrundbahn ein Vertrag zustande gekommen, der demnachst den beiderseitigen Gemeindebehörden zur Genehmigung vorgelegt werden soll.

Außerhalb des Schutzes der Kirche

Negen die Gemeindefriedhöfe der Stadt Berlin. Auf ihnen ruhen Mitglieder aller Religionsgesellschaften neben den Konfessionslosen, die offen sich von jeder Religionsgesellschaft losgesagt. Diese Friedhöfe sind längst nicht mehr nur Begräbnisplätze für Arme, denen auf Kosten der Stadt ein Grab bereitet werden muß. Sie sind zu Anwesenheiten auch für sehr viele geworden, die nach ihrem eigenen Wunsch oder nach dem ihrer Angehörigen hier der Erde übergeben wurden. Der große Berliner Gemeindefriedhof bei Friedrichsfelde hat besonders in den letzten Jahren eine rasche Mehrung dieser von den Hinterbliebenen zu bezahlenden Beerdigungen gehabt. Das ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die starke Zunahme der Austrittserklärungen, die der Kirche in neuerer Zeit beizugehen gewesen ist. Aber immer mehr wird auch für solche Verstorbene, die bei Lebzeiten nicht offen sich von der Kirchengemeinschaft losgesagt hatten oder, wenn in Todesjahre, der konfessionsfreie Gemeindefriedhof als Anwesenheit gewählt.

Dem Friedhof bei Friedrichsfelde wurden im Entwurf 1908 (vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909), wie wir dem jetzt vom Magistrat veröffentlichten Jahresbericht des Bestattungsamturiums entnehmen, 6184 Leichen zugeführt (ungerechnet 518 „Anatomieleichen“). Die Beerdigung erfolgte auf Kosten der Stadt bei 1737 Erwachsenen und 2249 Kindern, zusammen 3986 Personen, auf Kosten der Hinterbliebenen bei 952 Erwachsenen und 246 Kindern, zusammen 1198 Personen. Auf Kosten der Hinterbliebenen wurden in den letzten fünf Jahren 665, 718, 866, 933, 1198 Personen beerdigt — man sieht, wie die Abwendung von den Friedhöfen der Kirche zugenommen hat. Dieser Gemeindefriedhof hatte in den 28 Jahren, die er nun besteht, im ganzen 9086 Beerdigungen auf Kosten der Hinterbliebenen (neben 82 985 auf Kosten der Stadt). In den ersten Jahren waren es nur ganz wenige, dann wurden es allmählich mehr, besonders aber in neuerer Zeit schloß ihre Zahl so an, daß an den 9088 Beerdigungen das letzte Jahr fünf mit allein 4352 beteiligt ist. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Fälle, in denen für Verstorbene keine Anwesenheiten auf den Friedhöfen der Religionsgemeinschaften begehrt wird, sich unaußersächlich weiter mehren werden. Das Bestattungsamturium hat recht daran getan, im Hinblick auf

diese Entwicklung des Gemeindefriedhofs sich beizeiten nach einem neuen Friedhofsgelände umzusehen; denn der Friedhof bei Friedrichsfelde ist schon jetzt fast vollständig belegt. Wahrscheinlich wird ein Gelände zwischen den an der Stettiner Bahn gelegenen Vororten Buz und Carow, ein Teil des dortigen Grundbesitzes der Kanalbauwerke, den neuen Friedhof ausmachen.

Den Kirchengemeinden bringt diese immer mehr um sich greifende Abwendung von ihren Friedhöfen eine immer fühlbarer werdende Schwächung ihrer Einnahmen. Während die Kirche den mittellosen Gemeindegliedern die Trauung und für die Kinder die Taufe und die Konfirmation nachgehens ohne Vergütung gewährt, fordert sie bei Beerdigungen eine nicht zu knappe Gebühr für die Grabstelle, für die Verrichtung des Grabes, für die Bestattung der Leiche sowie später für die Erlaubnis, einen Denkstein zu setzen usw. Ihre „Gottesäcker“ werden ihr dabei zu einer Kapitalanlage, die reichlich rentiert, so lange es nicht an Abnehmern ihrer Grabstellen fehlt. Aber der Betrag muß sinken, wenn immer mehr Verkorbene den konfessionsfreien Friedhöfen der Stadtgemeinde zugeführt werden. Für jeden Verstorbenen, der noch nicht in aller Form durch Austrittserklärung sich von der Kirche losgesagt hat, fordert seine Kirchengemeinde noch eine „Auslaufgebühr“, wenn er dem für ihn zuständigen Friedhof entzogen wird. Die Kirche läßt sich da für die ihr entgehenden sonstigen Gebühren, auf die sie einen Anspruch zu haben glaubte, in der „Auslaufgebühr“ eine Entschädigung zahlen. Auch dieser noch recht hübsch fette Hopfen wird dem allseitig aufnahmefähigen Magen der Kirche entzogen, wenn beizeiten der Austritt aus der Kirchengemeinschaft erklärt worden ist, sodas den Hinterbliebenen keine „Auslaufgebühr“ mehr abgefordert werden kann.

Die Frommen der Kirche werden es ihre Pflicht danken, daß die Stadtverwaltung Berlins keine Neigung hat, die sozialdemokratische Forderung einer allgemeinen Unentgeltlichkeit der Beerdigungen zu erfüllen. Einstweilen werden auch auf dem Gemeindefriedhof der Stadt noch Gebühren erhoben, wenn auch geringere als zumeist auf den Friedhöfen der Kirchengemeinden. Gabe erst die Stadt auf ihrem Friedhof die Beerdigungen allgemein unentgeltlich, dann würden kaum noch viele übrig bleiben, die ihre Toten nicht außerhalb des Schutzes der Kirche zur letzten Ruhe zu betten wünschten.

Der gemeinnützige Verein für Milchwirtschaft hat in diesem Jahre ganz im Stillen seine ersten Erfolge gezeitigt. Er hat nicht nur bereits vier Milchwirtschaftshäuschen eröffnet, und zwar am Stettiner Bahnhof, am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Bahnhof Veselstraße und Lehrer Bahnhof, am Eingang der Juchalidenstraße, auch in viele Fabriken ist er bereits gedrungen und hat darin sogenannte Verkaufshäuschen errichtet. Es besteht begründete Hoffnung, daß der Verein am Ende dieses Jahres sein Gebiet noch bei weitem vergrößert hat. Es wird peinlich darauf gehalten, nur gute Milch zu liefern. Der Vertrieb ist nun so eingerichtet, daß in den Verkaufshäuschen die Milch in 1/10 Literflaschen geliefert wird, Flaschen mit großer weicher Halboffnung, die durch einen sauberen Hineingebildeten Wappdeckel verschlossen sind. Dieser Verschluß hat den Vorteil, daß die Flaschen, die einmal geöffnet wurden, sofort erkannt werden können, insofern einem etwaigen Verunreinigung seitens des Personals vorgebeugt ist. Zugleich fällt aber der sehr oft recht unsaubere und unappetitliche Gummiring der sogenannten Wappdeckel fort.

In den Verkaufshäuschen, die genügend Raum und Sitzgelegenheit für 10 bis 12 Menschen geben, wird die Milch aus verschlossenen Kannen gezapft, zudem ist stets ein Wasserbad entsprechend angewandt, in dem Milch vorgewärmt werden kann, um auch denen, die nach einem warmen Trunk verlangen, einen solchen verabreichen zu können. Diese Einrichtung hat sich im Frühjahr und den rauhen Sommertagen recht eingebürgert und wurde viel benutzt. Außerdem werden in den Häuschen Flaschen mit Milch bereit gehalten, um denen, die die Milch nicht in ihnen verzehren, sondern sie, sei es zur Arbeitsstätte, sei es zum Spaziergang, mitzunehmen wünschen, auch dienen zu können.

Die Preise, die der Verein für gute Milch fordert, sind recht geringe. In den Fabriken gibt er die auf Flaschen gefüllte Milch, dem bisher saubersten bekannten Verfahren des Milchvertriebes, für 22 1/2 Pf. das Liter ab, dem ihm von der Molkerei berechneten Preis, in den Häuschen verkauft er den Liter mit 5 Pf. Der dabei hier übrigbleibende geringe Ueberfluß dient erst einmal dazu, die entstehenden Kosten zu decken, soweit sie nicht durch die Vereinsbeiträge beglichen werden, dann aber wird ständig ein Fonds angeammelt, aus dem, sowie der Betrag hoch genug ist, neue Häuschen errichtet werden.

Das 50-jährige Bestehen des Berliner Waisenhauses in Rummelsburg konnte gestern begangen werden. Die Anstalt war früher eine Musteranstalt und hat vorzügliches geleistet. Leider ist durch das Verstreuen der Waisenverwaltung und der Stadtverordnetenmehrheit, an Stelle der Anstaltspflege aus fiskalischen Rücksichten die Familienpflege zu legen, die Anstalt ihren früheren Zwecken immer mehr entzogen worden. Sie ist jetzt eher zu einer Waisen-Krankenanstalt geworden, so daß das gänzliche Eingehen des Waisenhauses nur eine Frage der Zeit ist.

Unbestehbare Antworten auf Einsprüche in die Wählerliste.

Die Stadtverordnetenversammlung hat kürzlich über die gegen die Gemeindefriedhöfe erhobenen Einwendungen — es waren beinahe mehr als 8000 — entschieden. Von den jetzt förmlich zustellenden Beschlüssen der Stadtverordneten sind nun 42 als unbestehbar zurückgekommen, da die Empfänger verzogen sind oder dergleichen. Diese Briefe sind im Ausbärgelkasten des Rathauses angeheftet, außerdem befindet sich ein Verzeichnis der Empfänger im Wahlbureau, Poststr. 16, und im Zentralbureau des Rathauses.

Die Schwimmhalle der städtischen Volksschule an der Schillingstraße, die wegen Bauarbeiten seit dem 11. geschlossen ist, wird vom Freitag, den 22., ab wieder zur Benutzung für männliche und weibliche Personen geöffnet sein.

Eine förmliche Völkerverwanderung unternahm am Sonntag Berliner Ausflügler nach der Römische, um das vielgenannte germanische Haus zu besichtigen und die eventuell falsche Vorstellung von einem Germanenheim zu korrigieren. In einem fort mußten die Fährboote Hunderte von Menschen überlegen, denn mit Kind und Kegel rüdte das wissensdurstige Berlin an. Schon auf dem Wege bis zum eigentlichen Ringwall wurde alles mögliche für das Germanenhaus gehalten, das man sich allgemein als kompaktes Mauerwerk vorgestellt hat. Eine allgemeine Enttäuschung bemächtigte sich jedoch der Ausflügler, als sie nur die Spuren der Wälle und die Herdstelle zu sehen bekamen. In Erwartung des Ansturmes hatte die Leitung der Ausgrabungen eine Wache aufgestellt, die aber den Ansturm der Touristen nicht abhalten konnte. Leider haben die Besucher die gebührende Rücksicht, die solche Geschichtsdenkmäler erheischen, außer acht gelassen und wie eine endlose Welle schritt der Strom der Reugierigen gerade über jene Stellen hinweg, die am bemerkenswertesten waren, um ja den germanischen Koscher zu Gesicht zu bekommen. Die Ausgrabungen werden für dieses Jahr mit Ende dieser Woche eingestellt.

Der Polier als Bierhändler.

Auf einer Anzahl Bauten bestimmter Baugeschäfte besteht der ganz unhaltbare Zustand, daß der Leiter des Baues, der Polier, seine Stellung dazu benutz, sich nicht unerhebliche Nebenverdienste zu verschaffen durch Protektion bestimmter Biergeschäfte. Nur wer dem Polier die höchsten Prozente vom Umsatz garantiert, hat Zutritt zum Bau und kann dort seine Geschäfte machen, die auch zugleich

Geschäfte für den Polier bedeuten. In der „Volkzeitung“ war dieser Tage folgender charakteristische Beitrag zu diesem Kapitel zu lesen:

„In der Lindenstraße wird ein Neubau für eine große Konfektionsfirma aufgeführt, die jetzt ihre Geschäftsräume in der Leipzigerstraße hat. Es sind dort rund 175 Arbeiter, Maurer usw. beschäftigt, die moralisch — oder besser gesagt wirtschaftlich — gezwungen sind, ihren Bedarf an Bier und Schnaps beim Polier zu decken. Dieser geschäftlich erschieben sehr tüchtige Mann bezieht täglich von einer Großbierhandlung 80 Kisten Bier; er hat an jedem Kisten 50 Pf. Verdienst, wovon 15 Pf. dem Einzelhändler zufallen. Sein Verdienst beläuft sich also täglich auf rund 30 x 35 Pf. = 10,50 M., der Einzelhändler profitiert 30 x 15 = 4,50 M.“

Auch auf eine Reihe anderer Bauten trifft das Vorstehende zu. Es ist unter solchen Umständen sehr natürlich, daß der Polier ein Interesse an möglichst hohem Umsatz hat. Je höher dieser ist, desto größer ist sein Profit. Und man kann sicher sein, daß in den Augen solcher Prozente beziehenden Poliere nicht der Arbeiter der beste ist, der in seiner Arbeit leistungsfähig ist, sondern der, der das meiste Bier und den meisten Schnaps vertilgt. Der größte Unfug in dieser Beziehung kann auf Bauten ausgeübt werden, auf denen unorganisierte Arbeiter beschäftigt werden, oder da, wo die Zahl der Organisierten zu denen der Unorganisierten sehr schwach ist. Sind die Arbeiter alle organisiert, werden sie sich eine solche Bevormundung durch den Polier kaum gefallen lassen.

Man muß sich eigentlich wundern, daß die Inhaber der Baugeschäfte dulden, daß Poliere noch solche Privatgeschäfte machen. Der Polier sollte doch ausschließlich seine Aufmerksamkeit darauf verwenden, daß der Bau gut und vorchriftsmäßig ausgeführt wird. Diese Aufgabe des Poliers muß aber erheblich beeinträchtigt werden, wenn der Polier sich auch noch darum kümmert, wer Bier liefert, wie viel geliefert wird und welcher Arbeiter der größte Bier- und Schnapskonsument ist; ganz abgesehen davon, daß es niemand etwas angehen sollte, wo der Arbeiter seine Bedürfnisse an Getränken deckt. Es ist die höchste Zeit, daß mit dem Prozentumzug der Poliere aufgeräumt wird.

Ein raffinierter Telefonschwinder schädigt gegenwärtig hiesige Geschäftsleute. Er sucht die Adressen von Kunden für bestimmte Geschäfte zu ermitteln, ruft dann telephonisch bei der betreffenden Firma an und macht auf den Namen des angeblichen Kunden größere Bestellungen, die er sich an eine bestimmte Stelle schicken läßt. Zumeist bittet der Gauner um Zusendung eines Teiles der bestellten Waren und gibt an, daß später bei der Ablieferung Zahlung geleistet werden soll. Erst wenn sich die Firma an die Adresse des alten Kunden wendet, stellt sich der Betrug heraus.

Eine Hausdurchsuchung in den Redaktionsräumen der „Wahrheit“ sowie an fünf anderen Stellen wurde unter Leitung des Landgerichtspräsidenten Schmidt, in dessen Händen die Untersuchung gegen Bruhn liegt, am Montag vorgenommen. Es handelt sich um das ganze Geschäftsbüro der „Wahrheit“ und ihres Verlegers Bruhn durch Verträge, Anordnungen, Briefwechsel über Inserate und dergleichen während des fünfjährigen Bestehens der Zeitung klarzulegen. In den Durchsuchungen in den Geschäfts-, Redaktions- und Wohnräumen in der Lindenstr. 77 nahm Landgerichtspräsident Schmidt selbst teil. Ihn unterstützten mehrere Kriminalkommissare und etwa ein Dutzend Beamte der Kriminalpolizei. Von 2 Uhr nachmittags an hielt das Automobil des Untersuchungsrichters vor dem Hause Lindenstr. 74, an der Ecke der Juchalidenstraße. Einzelne begaben sich die Herren nach dem Hause Lindenstr. 77. So wurde jedes Aussenfern vermieden. Die Durchsuchung muß sehr gründlich gewesen sein, denn erst um 5 Uhr fuhr das Automobil vor dem Hause Lindenstr. 77 vor. Es nahm außer dem Untersuchungsrichter und den Kommissaren ein größeres Palet, einige Wappen und zwei große Koffer mit. Alle diese Bedingnisse bargen beschlagnahmte Schriftstücke und Bücher, die der Untersuchungsrichter zu näherer Prüfung an sich nahm.

Die Geschäfts- und Wohnräume Bruhns waren gründlich durchsucht worden. Selbst die Dosen wurden nachgesehen und gecheckt. Und in einem der Dosen machte man eine überraschende Entdeckung: Die Kommissare fanden das halb verbrannte Manuskript eines Artikels gegen die Berliner Polizei, das Bruhn wahrscheinlich im letzten Moment noch vernichten wollte. Es sei hierbei daran erinnert, daß in der „Wahrheit“ vor kurzer Zeit von angeblich „eingeweicht“ Seite“ starke, persönlich gehaltene Angriffe gegen die Leitung der Berliner Kriminalpolizei erschienen, über deren Urheberhaftigkeit im Polizeipräsidium eine Untersuchung eingeleitet wurde, ohne daß es damals gelang, den Verfasser zu ermitteln. Das halb verbrannte Manuskript wurde sorgsam geborgen; es soll dem Verleumdungskritiker Dr. Jeserich zur Untersuchung übergeben werden. In erster Reihe hatte die Hausdurchsuchung den Zweck, den Inseratenverleger der „Wahrheit“ mit solchen Persönlichkeiten und Firmen inszenieren festzustellen, gegen die in der „Wahrheit“ zunächst Angriffe erschienen, Angriffe, die mit dem Moment aufhörten, wo Inserate für die „Wahrheit“ in Auftrag gegeben wurden. Ueber diese Materie wurden Belege und Korrespondenzen beschlagnahmt, die Bruhn, wie verlautet, beilassen sollen.

Auch die Hausdurchsuchungen an den anderen fünf Stellen förderten Material zutage.

Zu vermuten ist, daß das wesentlichste Material sicher von Herrn Bruhn längst beseitigt worden ist.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des 27-jährigen Handlungsgehilfen Franz Chavalec aus der Elisabethstr. 45 gefunden. Der junge Mann, der längere Zeit hindurch ohne Stellung war, entfernte sich vor vierzehn Tagen aus der Wohnung und blieb seitdem verschwunden. Jetzt wurde der Unglückliche als Leiche aus dem Kanal gelandet; wahrscheinlich hat er wegen der Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt.

Ueber die Entfärbung des Mediums Anna Abend gehen und noch weitere Einzelheiten zu: Ueber die Wiener Reise des Ehepaars wurde den Wählern in den Sitzungen von mehreren „himmelschen Wählern“ berichtet. Der alte Kriegsmann Franzberg begrüßte sie mit Freuden und pries sie als ein gutes Unternehmen. Ganz abweichend von ihm hatte sich der „himmelsche Bruder Martin Luther“ über die Reise abfällig geäußert. Ob das vielleicht den alten Kriegsmann auf den Plan gerufen hatte, ist nicht festgestellt. Es scheint aber, daß über diesen Gegenstand in den himmlischen Regionen größere Erörterungen gepflogen worden sind. Zuletzt nahm auch der Geist des Kronprinzen Rudolf noch Stellung zu der Reise und freute sich über sie. Aus welcher Quelle die „himmelschen Offenbarungen“ des Mediums auf den verschiedensten Gebieten wirklich stammen, zeigt ein Informationsbuch, das von der Kriminalpolizei ebenfalls beschlagnahmt wurde. Es enthält kurze Aufzeichnungen über bedeutende Persönlichkeiten und Ereignisse. Diese Aufzeichnungen sind augenscheinlich aus Gesichtsblättern und einem Konversationslexikon abgeschrieben oder zusammengestellt. Bei den Vorbereitungen auf eine Sitzung hat das Medium sie auswendig gelernt, und es ruhte dann auf dem Gebiet, das es sich jedesmal vorgenommen hatte, wenigstens einigermassen Bescheid. Aus einer „wissenschaftlichen“ Sitzung stammt auch das Werk des Herrn Abend über die „Geisteslehre“. Die Geister selbst hatten befohlen, dieses Werk herzustellen und zunächst in 8000 Stücken auszugeben. Damit ist aber die Geistesfähigkeit in den Abendschen Kreisen noch keineswegs erschöpft. Die guten Geister sandten vielmehr auch Blumengrüße. Mit Vorliebe aus Italien, einmal auch zwei schöne Apfelsinen. Die Blumen, immer frische Sendungen, die einen Gruß Sanremo usw. dar-

stellen, kamen nach und nach in solcher Menge, daß sie jetzt getrocknet ein ganzes Herbarium füllen. Zum Leidwesen der Frau Abend und ihrer Gläubigen hat aber die Kriminalpolizei jetzt ihre wiesliche Herkunft entdeckt. Sie fand noch die Risse, in denen Blumenhändler sie an eine Dedresse in der Jonastraße sandten. Aber auch noch wertvollere Dinge als Blumen und Apfelsinen lieferten die Geister. Dem Medium selbst sandten sie ein goldenes Kreuz, ihrer Schwester Auguste Wlasius einen goldenen Ring mit dem Wilde Christi, des heiligen Bruders der Liebe, Herrn Abend einen silbernen Ring mit dem Kreuze Christi, Herrn Wlasius ein goldenes Logenabzeichen. Wieviel Geld dem Ehepaar und aus welchen Unternehmungen im einzelnen es ihm zugeflossen ist, bedarf noch weiterer Untersuchung. Aber auch schon die bisherigen Enttäuschungen haben genügt, Frau Abend stark mitzunehmen. Sie ist ganz aufgelöst und schon jetzt überzeugt, daß die guten Geister sie verlassen haben müssen, wenigstens für eine Zeitlang.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde der 7. Löschzug nach der Schreinerstr. 55 alarmiert. Dort brannten Verkleidung, der Fußboden und das Dachgebälk in gerammer Ausdehnung. Die Verqualmung war so groß, daß der Angriff über die Treppen sehr erschwert war und über eine mechanische Leiter vorgegangen werden mußte. Nach längerem Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen konnte die Wehr gegen 10 Uhr abends wieder abziehen. Die Entstehung war nicht aufzuklären. Etwas später kam in der Friedrichstraße 55 Feuer aus. Es brannte hier die Verkleidung eines Heizrohrs. Gleichzeitig mußte ein Brand in der Brunnenstr. 35 gelöscht werden, der im Fahrabgehoß "Frisch auf" ausgekommen war und u. a. den Fußboden, die Decke, Regale mit Fahrabteilen usw. ergriffen hatte. Es gelang den Brand auf das Geheiß zu beschränken. Gestern früh um 7 Uhr brannten Müllerstr. 177 im Seitenflügel der Gefimstlasten des Dachstuhls mit dem Gebälk. Der 16. Zug befeitigte die Gefahr. Gleichzeitig mußte ein Küchenbrand in der Alsenstr. 16 gelöscht werden, der durch Herabfallen eines Geschloßes und Entzündung von Kohlen entstanden war. Um 8 Uhr vormittags brannten in der Königgrüner Str. 78 Verschläge mit Inhalt auf dem Dachboden. In der Proskauer Str. 27 wurden Möbel, Fußböden, Türen usw. ein Raub der Flammen, die in einer Küche ausgekommen waren. Ferner hatte die Berliner Wehr in der Tredestr. 49, Linienstr. 8, Lehnerstr. 19 und anderen Stellen zu tun. Dort standen Küchenmöbel, Hausrat, Teer und Küchen in Flammen.

Die Charlottenburger Feuerwehr hatte gestern abend am Charlottenburger Ufer 53/54 längere Zeit zu tun. Dort war durch Uebersehen von Feinsis in den Charlottenburger Nordwerken Feuer ausgekommen, das bei Ankunft der Wehr schon über seinen Herd hinaus war. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt und der Fabrikbetrieb nicht gestört. Auf der Fahrt nach dieser Brandstelle erlitt eine Dampfspritze beim Umfahren der Gauer- und Querstraße einen Unfall. Sie stürzte um, wobei zwei Feuerwehrmänner und ein Pferd verletzt wurden und die Dampfspritze Schaden erlitt, so daß sie nach dem Feuerwehrdepot geschafft werden mußten.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Mittwochabend 9 Uhr: 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhold, Erkstraße 8. — Donnerstag: 3. Abteilung in Schöneberg bei Wisloch, Grunewaldstr. 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Wedmann, Samariterstr. 11. Vortrag in allen Abteilungen über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung. Erster Teil mit daran anschließenden praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Mit den Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen will der Magistrat jetzt weiter vorgehen. Durch Gemeindebeschluß vom 18./27. März 1907 sind die Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen bezüglich der Grundklassen, der Normalklassen und der B-Klassen, d. h. der besonderen Klassen für die langjammeren und schwächeren Kinder, genehmigt worden, sie sind inzwischen durchgeführt und haben sich bewährt. Nunmehr soll auch für die auf der Volksschule verbleibenden, über das Durchschnittsmittel erheblich hinausragenden Kinder durch die Einrichtung besonderer A-Klassen gesorgt werden, die in vier aufsteigenden Stufen mit je einjährigem Pensum zu einer über das Ziel der Volksschule hinausragenden Bildung führen. Es soll jedoch nicht, wie es sonst wohl auf gehobenen und mittleren Schulen der Fall ist, durch Zahlung von Schulgeld ein Platz gesichert werden, sondern allein die Würdigkeit und Leistungsfähigkeit der Schüler nach dem Urteil der zuständigen Schulleiter soll den Zutritt zu dem A-System ermöglichen. Da man besonders begabten Kindern bei normaler Anspannung ihrer Kräfte etwas mehr Lehrstoff bieten kann als Kindern mit nur mittlerer Beanspruchung, so wird in den Lehrplan der A-Klassen neben den sonst in der Volksschule gelehrteten Unterrichtsgegenständen unbedingt eine Fremdsprache aufgenommen werden können. Die Kinder werden also bei Erledigung des Pensums der A-Klassen eine Bildung empfangen, die etwa in der Mitte liegt zwischen derjenigen der normalen Volksschule und der Realschule. Der Magistrat hofft, auf diese Weise dem Mittelstande, insbesondere dem Kaufmanns- und dem Handwerkerberuf, mehr als bisher befähigte und gründlich vorgebildete junge Kräfte zuzuführen.

Bei Einrichtung der A-Klassen soll der seit dem Jahre 1903 bestehende französische Unterricht, der neben dem vollen lectionenplanmäßigen Schulfachunterricht erteilt wurde, in Wegfall kommen. Bei Einrichtung der französischen Kurse ging der Magistrat von der Voraussetzung aus, daß die Teilnehmer von einigen anderen Unterrichtsstunden befreit würden, aber die Regierung verweigerte dem dahingehenden Antrage die Zustimmung. Die Folge davon ist, daß die Teilnehmer jetzt 34 bis 37 Unterrichtsstunden wöchentlich haben, bei Teilnahme am Konfirmationsunterricht sogar noch eine mehr. Das bedeutet eine nicht unerhebliche Mehrbelastung, die nur körperlich kräftigen Kindern zugemutet werden kann. Der neue Vorschlag des Magistrats bezüglich der A-Klassen begreift nun, ebenso wie in den mittleren und höheren Lehranstalten die Fremdsprache organisch mit dem übrigen Schulunterricht zu verbinden und unter Beschränkung der für Deutsch, Schreiben, Religion u. a. vorzusehenden Stundenzahl wie an jenen die Gesamtzahl der Wochenstunden auf etwa 30 bis 32 zurückzuführen.

Mit der Errichtung von A-Klassen soll Ostern 1910 zunächst in den westlichen Gemeindeschulen begonnen werden, weil hier die Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen bereits bis zum Schluß des 4. Schuljahres durchgeführt sind. Im Falle der Bewährung würde die Einrichtung 2 Jahre später, also zu Ostern 1912, auch auf den Osten ausgedehnt werden.

Die Anträge des Magistrats lauten im einzelnen:

1. Die tüchtigsten Schüler der Normalklasse IV, welche bei ihrer Versetzung nicht noch der Sexta einer höheren Lehranstalt übergeben werden in besonderen Klassen zusammengefaßt und nach einem besonderen Lehrplan mit einer Fremdsprache unterrichtet. Das System A enthält 4 Klassen mit einjährigem Pensum. 2. Schüler der A-Klassen, welche aus äußeren Gründen das Ziel der obersten Klasse noch nicht erreicht haben, dürfen noch 1/2—1 Jahr über das schulpflichtige Alter hinaus die Schule besuchen. 3. Die Aufnahme in das A-System erfolgt durch die Schulleitung auf Vorschlag der Versetzungskonferenz mit Zustimmung des Direktors und des Schularztes. 4. Schüler, welche für die Fremdsprache keine Vergütung zeigen, oder sich vernachlässigen, können am Schluß eines Schuljahres wieder nach der Normalklasse zurückversetzt werden; es bedarf dazu eines Konkretenbeschlusses und der Zustimmung des Direktors.

Die Stadtverordnetenversammlung wird bereits am heutigen Mittwoch zu dieser wichtigen Reform, die bisher nur in Mannheim durchgeführt ist, Stellung nehmen.

Rixdorf.

Daß es in der Stadt des Wahrscheinlichen zutreffen auch recht gemüßigt geht, erhebt aus folgender von unterrichteter Seite herkommende Zuschrift:

„Es ist namentlich anlässlich des Städtetages viel von dem glänzenden Aufschwunge Rixdorfs die Rede gewesen, allein die Kabinets- und Konsortien sowie der Rixdorfer Magistrat stehen durchaus nicht in dem Verdacht, an dieser Entwicklung die Schuld zu tragen. Wo es sich um Verkehrsfragen handelt, werden die Herrschaften regelmäßig entweder von der Großen Berliner über den Köpfen barbiert oder von der vorgesezten Behörde, zum Schaden der städtischen Interessen, recht stiefmütterlich behandelt. Ein „bureaucratisches Stilleben“ könnte man beispielsweise die Regulierung der Kaiser-Friedrich-Straße vom Herbergplatz bis zur Teupitzer-Straße nennen. Schon im Vorjahre wurde damit begonnen, und auch dieses Jahr daran gearbeitet — aber fragt mich nur nicht wie! Seit Wochen herrscht völlige Ruhe, weil das Polizeipräsidium in Berlin, als Aufsichtsbehörde über Kleinbahnen, sich nicht darüber schlüssig zu werden vermag, wie die Weichen am Herbergplatz gelegt werden sollen. Und so wird wohl die Straße ein weiteres Jahr unvollendet bleiben. Tag und Nacht muß derweil ein Wächter wachen, daß das halbe Dutzend Schulbaren nicht geflohen wird. Eine Hauptverkehrsader Rixdorfs kann ihren Zweck nicht erfüllen, ein neuer, sich täglich mehr erweiternder Stadteil an dem zukünftigen Bahnhof beim Endpunkte der Kaiser-Friedrich-Straße wird in seiner Entwicklung gehemmt und die dortigen Einwohner haben alle Unbequemlichkeiten der schlechten Verkehrsverhältnisse zu tragen. Aber St. Bureaucratus läßt das alles nicht! Die Regierungsräte auf dem Berliner Polizeipräsidium werden sich noch längere Zeit die Denkerstrümpfe zerbrechen, was aus den Weichen am Herbergplatz werden soll. Der Magistrat in der Stadt der Wahrscheinlichen hingegen wagt es nicht, „nach oben hin“ städtische Interessen energisch zu vertreten. „Sorgen Sie für ein besseres Recht!“ rief der preussische Ministerialdirektor v. Tschel auf der jüngsten Tagung des Vereins für Sozialpolitik aus, als auf die jammervollen Zustände in Preußen und das Elend der sogenannten „Selbstverwaltung“ der Städte hingewiesen wurde. Der Magistrat in Rixdorf tut das Gegenteil, er gefällt sich in der Rolle des Untergebenen der reaktionären Regierung und ihrer Organe.“

Schöneberg.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission forderte zunächst der Vorsitzende die Versammelten auf, den Schnapsboykott liberal zu beachten und unter ihren Gewerkschaftsmitgliedern für die Einhaltung vom Schnaps zu agitieren. Gleichzeitig wurde über die Stellungnahme der Berliner Gewerkschaftskommission zur Frage des Bierkonsums berichtet und hierbei scharf das Verhalten der freien Gastwirte verurteilt. Etwa 30 Restaurateure in Schöneberg haben aus Anlaß der Bierfrage den „Vorwärts“ abbestellt, hierunter befinden sich sogar Angehörige der freien Gastwirte. Für den parteigewöhnlichen Sinn dieser Leute ist dieses Verhalten besonders bezeichnend. Rotwendig ist, daß jeder Genosse, der ein Lokal betritt, darauf achtet, ob der „Vorwärts“ ausliegt. Hierauf wurde zu dem neuen Regulativ der Gewerkschaftskommission Stellung genommen. Demängelt wurde, daß der Versicherung der vollen Selbstständigkeit der Vorortkarte, die diesen gelegentlich ihres Anschlusses an Berlin gegeben war, jetzt so wenig Rechnung getragen wurde. Das Regulativ sei den Vorortkarten als beschlossene Tatsache vorgelegt worden, ohne daß sie vorher Gelegenheit gehabt hätten, hierzu Stellung zu nehmen. Genosse Rosane gibt hierauf einen Bericht über die Konferenz der Gewerkschaftskartelle in Rixdorf. Den Bericht für den Jugendausschuß gab Genosse Buchholz, auch teilte er die für das laufende Vierteljahr beabsichtigten Veranstaltungen mit. Außerdem veranstaltet der Wahlverein, beginnend am 19. Januar nächsten Jahres, einen Vortragszyklus mit Lichtbildern über das Thema: „Vom Tier zum Menschen“ zum Preise von 60 Pf. für sämtliche Vorträge. Auch hier erwartet man, daß sich die Gewerkschaftler regen beteiligen. Für die Jugendlichen sind sämtliche Veranstaltungen, auch die Lichtbildervorträge des Wahlvereins, unentgeltlich. Genosse Hentel verties sodann auf die am 8. November stattfindende Stadtverordnetenwahl und forderte die Genossen auf, bei dieser Wahl voll und ganz ihre Pflicht zu erfüllen. Am 27. d. M. wird sich zunächst eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter und der Gewerkschaftsarbeiter mit der Wahl beschäftigen. Von dem Vertreter der Gastwirtegehilfen werden die Genossen aufgefordert, bei allen Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften auf die Beschäftigung organisierter Arbeiter zu achten. Außerdem wurden noch verschiedene innere Angelegenheiten erledigt.

Die Verkehrsdeputation hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Reihe von Fragen zu beschäftigen, die für die Bewohner der einzelnen Ortsteile von erheblicher Bedeutung sind. Ein Schmerzenskind der einnahmefreudigen „Großen Berliner“ ist die Linie I, die sogenannte Wittenbahn. Da diese Strecke durch zum Teil unbebautes Gelände führt, glaubte das nicht gerade durch seine uneigennütige Verkehrsdeputation glänzende Verkehrsministerium den bestehenden unzulänglichen 24-Minuten-Verkehr auf einen solchen von 30 Minuten herabmindern zu sollen. Demgegenüber wurde in der Schöneberger Verkehrsdeputation geltend gemacht, daß gerade die großen Zeitabstände zwischen den einzelnen Zügen und die wenig geräumigen Wagen die Frequenz ungünstig beeinflussten, während die weit vorgeschrittene Bedienung des Sachsenbundes und die dort angestellten größeren Fabrikanlagen eine schnellere Fahrweise und die Einfügung größerer Wagen rechtfertigen würden. Die Deputation glaubte demgemäß einen 15-Minuten-Verkehr beantragen zu sollen. Diese Meinung würde der auch sonst merklich hervortretenden Verkehr, den Straßenbahnverkehr schneller zu gestalten, entsprechen, wie man auch die Absicht hat, die bestehenden vier Haltestellen auf dem Victoria-Platz auf zwei zu reduzieren, die sich an der Peripherie gegenüber liegen und so auch den Verkehr nach dem Zugange zur Untergrundbahn erleichtern würden.

Rummelsburg.

Der Jugendausschuß für Vorhaben-Rummelsburg veranstaltet morgen Donnerstag, den 21. d. M., abends präzise 8 Uhr, im Saale der Witwe Weigel, Kirschbäumstr. 45, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Jugend und Arbeiterbewegung“. Referent: Reichstagsabgeordneter Eichhorn.

Parteilosen I. Bekundet durch zahlreiche Erscheinen, welches Interesse für der Jugendziehung entgegenbringt. Sorgt auch dafür, daß Euerer Söhne und Töchter die Versammlung besuchen.

Baumfahnenweg.

In einer interessanten Debatte kam es in einer öffentlichen von der demokratischen Vereinigung einberufenen Versammlung, Herr Oberst Wölke referierte über die liberale Einigung. Wedner trat, nachdem er den deutschen Liberalismus gebührend gekennzeichnet, für einen großen Block einschließlich der Sozialdemokratie ein. In der folgenden Diskussion betonte zunächst Genosse Karow, daß er und seine zahlreichen in der Versammlung anwesenden Genossenschaftsgenossen mit der Kritik, die der Referent gegenüber dem sogenannten Liberalismus angewendet habe, einverstanden seien. Aus der Erfahrung aber, die er als alter Mann habe, wolle er hinzufügen, daß die Gründung aller freisinnigen, fortschrittlichen, demokratischen und sonstigen liberalen bürgerlichen Parteien und Vereinigungen mit ähnlichem Programm eingeleitet worden seien, wie die demokratische Vereinigung. Die Durchführung der Grundfrage sei aber immer an den entgegenstehenden Interessen ihrer Mitglieder gescheitert. Die beiden folgenden Redner von der demokratischen Vereinigung traten der Meinung unseres Genossen entgegen. Darauf legte Genosse Lädle die grundsätzlichen Momente dar, die die Sozialdemokratie von der demokratischen Vereinigung trennen. Wenn die demokratische Vereinigung in diesen den Willen habe, mit der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe ein Stück des Weges zu gehen, siehe dem nicht entgegen. In seinem Schlussworte betonte der Referent, daß die demokratische Vereinigung nicht die Absicht habe, in ihrer Agitation der Sozialdemokratie ins Gehege zu

kommen. Ihr liege daran, erst das Kleinbürgertum zum politischen Denken und Kämpfen zu erziehen. Differenzpunkte seien natürlich vorhanden, nur werde es der Sozialdemokratie in absehbarer Zeit nicht gelingen, ihre Ziele zu verwirklichen.

Brig-Bankow.

Auf zur Gemeindevertreter-Erwahl!

Heute abend von 6 bis 7 1/2 Uhr findet in Bankow im Gemeindefachhaus die Erwahl zur Gemeindevertretung statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Joseph Habamed, Bahnhofstraße 16. Daß die Wahl eines Sozialdemokraten namentlich für Bankow besonders notwendig ist, braucht nicht erst des längeren dargelegt zu werden. Es werden daher alle über ein Jahr am Orte wohnenden 24 Jahre alten Einwohner ersucht, beizuteilen im Wahlbureau zu erscheinen und für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Als Legitimation genügt der Steuerzettel.

Röpenitz.

Von einem besagendenwerten Geschie wurde gestern nachmittag der Ruitzer Heuschel betroffen. Er war auf seinem Lastwagen durch die Kaiser-Friedrich-Straße gefahren, als plötzlich die Reife auf die Straße hinabfiel. Er stieg vom Woz, um sie wieder heraufzuholen. In dem Augenblick, als er sich danach bückte, zogen die Pferde wieder an. Er wurde umgerissen und unglücklicherweise gingen ihm die Räder des schweren Fuhrwerks über den Kopf und die Brust hinweg. Die Stirnseite wurde dem Bedauernswerten fast vollständig zermalmt. Sterbend wurde er ins Kreis-Krankenhaus gebracht.

Neuenhagen-Frederick.

Am Sonntagnachmittag nahm die Mitgliederversammlung den Bericht vom Leipziger Parteitag entgegen. Genosse Wesel erklärte in ruhiger, sachlicher Weise die gefassten Beschlüsse und Verhandlungen und protestierte insbesondere gegen die falsche Auslegung des Schnapsboykottbeschlusses; von einer Wähigung im Schnapsgeheim könne keine Rede sein, sondern es sei strenge Enthaltensamkeit zu fordern. Nur so habe der Boykott wirtschaftlichen und kulturellen Wert. Genosse Schumacher bezweifelte die strikte Durchführung des Schnapsboykotts; er machte auf die Konsequenz eventuell Ausschlüsse aus der Partei aufmerksam. Bei und Hübeler waren anderer Meinung, sie verlangten zur Verschärfung des Boykotts die Verbreitung eines diesbezüglichen Flugblattes. Die Versammlung erklärte sich hierauf mit den Verhandlungen und Beschlüssen des Leipziger Parteitags einverstanden.

Eingang der Versammlung ehrten die Anwesenden das Ableben des Genossen A. Krüger, Peterhagen, in üblicher Weise.

Waidmannslust.

„Der Parteitag in Leipzig“ lautete das Thema, über welches die Genossin Renast-Ziegel in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Dem Vortrag schloß sich eine lebhaft diskussion an. Annahme fand ein Antrag, welcher verlangte, daß monatlich eine öffentliche Versammlung in den verschiedenen zum Bezirk gehörenden Orten abgehalten wird. Die Mitgliederversammlungen finden deshalb nur vierteljährlich einmal statt. Eine Resolution, welche sich mit dem Anschluß an die Berliner Zeitungsexpedition befaßt, wurde einstimmig angenommen. In die Kinderjugendkommission wurde die Genossin Lufcher gewählt.

Vorsigwalde-Wittenau.

Unter dem Namen Gesangverein „Freiheitskämpfer“ haben sich kürzlich die beiden Gesangsvereine „Freier Männerchor“ und „Waldchor“ verschmolzen. Der Verein bezieht am Sonntag, 23. Oktober, in den Vorsigwalder Festsälen ein Vergnügen. Die Genossen werden ersucht, das Fest nach Möglichkeit zu unterstützen.

Jungen gesucht. Personen, die am 16. Oktober, früh 6 1/2 Uhr, an der Glauke- und Schaarwerberstraße-Ecke den Unfall des Radfahrers beobachtet haben, werden um genaue Angabe ihrer Adresse an Karl Wolf, Vorsigwalde, Ränshitz 2 part., gebeten.

Potsdam.

Eine Kollision mit der Elektrizität. Sonntag nachts um 2 Uhr ereignete sich in der Spandauerstraße ein Unfall. Bei dem drei Personen Verletzungen davongetragen haben. Die Droßke Nr. 57 des Radfahrers Friedrich Jallenberg fuhr mit zwei Passagieren in die Spandauer Straße und wurde dabei von dem Motorwagen Nr. 23 der C-Linie angerannt und zwischen einem Lichtmast und einer Laterne festgeklammert. Durch den Anprall fiel der Ruitzer vom Woz und zog sich Verletzungen im Gesicht zu, während die Insassen aus dem Wagen geschleudert wurden. Sie erlitten gleichfalls Verletzungen.

Verein ehemaliger Deutscher zur Bekämpfung der Lungen- und Tuberkulose. Heute Mittwoch, den 20., abends 9 Uhr, im „Rosenhaller Hof“, Rosenhaller Str. 11/12: Mitgliederversammlung. Gäste willkommen. Preis- und Disziplinierklub „Südkor“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Reichardt, Görlicher Straße 53. Vortrag über: „Demokratie“. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Preis- und Disziplinierklub „Karl Marx“. Unsere Jahresversammlung findet nicht heute, sondern erst am Mittwoch, den 8. November, statt.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft schlappend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft schlappend, Preise gedrückt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 19. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. °C
Swinemünde	762	W	2	wolkig	11	Dachau	760	RND	2	bedeckt	-2
Hamburg	761	W	2	halb b.	12	Petersburg	760	W	2	halb b.	12
Berlin	763	SE	2	wolkig	8	Wien	762	W	2	wolkig	13
Kranz a. M.	764	R	1	bed.	9	Udessa	756	W	2	bedeckt	9
Rügen	766	D	1	bed.	10	Wars	764	SE	1	bed.	8
Königsberg	765	SE	1	Dunst	9						

Wetterprognose für Mittwoch, den 20. Oktober 1909. Zeitweise etwas neblig, vorwiegend heiter, trocken und am Tage mild bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	18.10.	17.10.	18.10.	17.10.	
Wemel, Mühl	104	+2	Saale, Großh.	128	-8
Bregel, Jüterburg	-26	+1	Havel, Spandau	48	-2
Beißel, Tross	80	-4	Kathowen	51	+6
Ober, Rathor	111	-1	Spre, (Spreemburg)	70	0
Kroffen	93	+1	Reinstow	72	0
Franfurt	104	-5	Beiser, Rindow	-30	-11
Wartze, Schimm	22	0	Rindow	62	0
Wartze, Sandberg	-12	-1	Rhein, Angermünde	450	-8
Rege, Borsum	-16	0	Rand	235	-9
Eibe, Leimberg	-22	-3	Rein	257	-9
Dresden	-180	-5	Redar, Reibrom	68	+8
Barby	127	-3	Rain, Wertham	130	-1
Magdeburg	115	0	Reich, Tietz	104	0

+) + bedeutet Sturz. — Fall. — ?) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

N. 24. 129. Die Mutter muß bei dem Vormundschaftsgericht beantragen, daß ein Vormund zu bestellen und ihr zu gestatten, einen Teil des Geldes für die Altmutter zu verwenden. 2. Eine auferlegte

Mutter wird Ebin ihres Kindes, ebenso wie das Kind Erbe der Mutter wird. — **Fädel.** Selbstverständlich können Sie in Vorschlag gebracht und gewählt werden. Eine gelegentliche Bestimmung verbietet nicht, einen Beauftragten zu einem Ehrenamt vorzuschlagen, es sei denn, daß es sich um den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte handelt. Von Fall zu Fall ist zu

entscheiden, ob die Bestrafung darauf ist, daß sie gegen die Bestellung scheidet. In Ihrem Falle ist es nach der ständigen Praxis ausgeschlossen, daß irgend jemand aus dem von Ihnen Dargelegten einen Grund gegen Ihre Wahl entnimmt. — **R. 31.** Nein. — **F. 9.** Davon ist uns nichts bekannt.



Sunlicht Seife

ist für die Instandhaltung der Wäsche unserer Kleinen wie keine andere geeignet. Sie verleiht ihr köstliche Frische und Reinheit im Gegensatz zu schlechten Seifen, die in den Wäschestücken ätzende und die Haut reizende Bestandteile zurücklassen. Die Behaglichkeit der jungen Weltbürger wird daher durch Sunlicht-Seife gefördert!



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 20. Oktober.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Lantins. Der eingebildete Kranke.
Deutsches, Hamlet.
Kammerspiele. Die Jüdische Weib.
Leistung, Lantins, der Karr.
 Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opern-Theater. Der Amerikaner.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Romische Oper, Aesop.
Vertiner. Einer von unsrer Leut.
 Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.

Neues. Das Urbild des Tartüffe.
Heibel. Der Stund.
Westen. Die geschiedene Frau.
Vollsover. Der Postillon von Lonjumeau.
Thalia. Prinz Duff.
Residenz, Gretchen.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.

Kleines, Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Käthchen von Heilbronn.
Schiller, Charlottenburg. Ein Erfolg.
Friedrich, Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die goldne Eva.
Enken. Inspektor Bräsig.
Mose. Der Hüttenbesitzer.
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.

Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick.
Abel. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gedr. Herrnsfeld-Theater. Frau Elms Friseur. Meine - Deine Tochter.
Karl Haberland - Theater. Spezialitäten.

Casino. Unsel Eohn.
Walhalla. Spezialitäten.
Gastspiel. Ingerade Tage. Der Deferteur. Die frische Toilette.
Cosin Gampoulette. Anf. 8 1/2 Uhr.
Palau. Großstadtjäger. Spezialitäten.
Neues Theater. Frauenlamp.
Panage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Urania. Landenskrone 48/49.
 Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
 Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Einführung in die anorganische Experimentalchemie.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.

Lessing-Theater.
 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Lantins der Karr. Drama in 5 Akten von Ernst Hart.
 Donnerstag, 8 Uhr: Die verfunfene Glocke.

Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr:
Einer von unsrer Leut.
 Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartüffe.
 Morgen und folgende Tage:
Das Urbild des Tartüffe.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, 20. Oktober, Anfang 8 Uhr:
Die goldne Eva.
 Donnerstag zum erstenmal: Das große Licht.
 Freitag: Das große Licht.
 Sonnabend: Das große Licht.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Man soll keine Briefe schreiben.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Prof. Dr. Rathgen: Einführung in die anorganische Experimentalchemie.

Neues Operetten-Theater.
 Schillnerbamm 25, a. d. Luisenstr.
 Anf. 8 Uhr. Heute u. folgende Tage:
Die Dollarprinzessin.
 Freitag, 22. Oktober, zum erstenmal: **Der arme Jonathan.**

Volks-Oper.

SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
 Gastspiel des Königl. Kammerjägers **Werner Alberti.**
 Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Der Postillon von Lonjumeau.
 Romische Oper in drei Akten von Adolf Karl Adam.

LOUSE-THEATER

Abends 8 Uhr:
Inspektor Bräsig.
 Lebensbild in 6 Bildern v. Casmann.
 Donnerstag: Die rote Robe.
 Freitag Premiere: **Der Kampf um den Nordpol.** Romanisches Zeitbild in 7 Bildern mit Gesang und Tanz.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 122.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Hüttenbesitzer.
 Schauspiel in 4 Akten v. G. Döner.
 Donnerstag: **Die Jägermeisterin.**

Residenz-Theater

Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Gretchen.
 Grotteske in 3 Akten von Dandl und Wächter.
 Morgen und folgende Tage:
 Diefelbe Vorstellung.
 Sonntag, 24. Okt., nachm. 3 Uhr:
Der Floh im Ohr.

Metropol-Theater

Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn
 Großes historisches Mittelalterspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
 Ende 11 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
 Lustspiel in 4 Akten v. Karl Lindau.
 Ende 10 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.

Schwarzer Adler
 Lichtenberg Frankfurter-Chaussee 5.
 Jernsprecher Nr. 8.
 Jeden Mittwoch:
Lustiger Abend der fidelen Spatzen
 Hornschulte Herrengesellschaft (nam. Herrn).
 Nach der Vorstellung:
Familien-Kränzchen.
 Sonntag: **Großer Ball.**

Zirkus Schumann

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
 Unter anderem:
Debut Debut
?? Les Aribos ??
 6 Damen Probenauis in ihren großartigen Leistungen.
Neu! Neu!
MIB Silve
 dreifache Landen.
Mme. de Bainville aus Paris mit Freizeitspieden.
 Clown Adolf als MIB.
 Ella zu Pferde.
 Der broilige Schimpanse als Radfahrkünster.

Walhalla Variete Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenh. Tor.
 Anf. 8 Uhr. Die großartigen Oktober-Spezialitäten.
 Im Tunnel: Regimentstafel.
 Theaterbesuchern freier Eintritt.
Ritter v. Renrffo
 mit Pferd und Ballerina.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 20. Oktober 1903, abends 7 1/2 Uhr präzis:
Großer Gala-Abend.
 U. a.: **Die Cleverlands!**
 Mém. Smaragda mit ihrer sensationellen Katzenschur.
 Herr Willy Manus Wundererlefant.
Zwergclown François als Kunstreiter.
 Ferner zum erstenmal:
Frl. Martha Mohnke Schulkreierin.
 Herr E. Schumann, Noudross.
 Um 9 1/2 Uhr: **Farmerleben!**
 Vorher das große Galaprogramm.

Herrnfeld Theater

Kommendantenstr. 57. T. H. 4, 5083.
 Die erfolgreichsten Lust-Komödien.
Meine - Deine - Tochter
Frau Elms Friseur
 mit Anton und Donat Herrnsfeld.
 Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater

Vollringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Ohn ohn ohn
Ohn ohn ohn
 Sonntag 4 Uhr: **Familie Rinkert**

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin stets müde und abgepannt gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer kalten Blut und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung, nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber ohne einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamsfelder Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte. Und das danke ich nächst Gott Ihrem wunderbaren Wasser. — Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die ersehnte Hilfe gefunden habe. — Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht. — Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblühend gewirkt. — Es ist für alte Leute eine wahre Wohltat. — Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art hervor. — Die ganzen Welt da. — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kurzen sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinken im Hause mit Lamsfelder Stahlbrunnen warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge und Anwendungsgebiete kostenlos durch die Verwaltung des Lamsfelder Stahlbrunnen in Dörfelberg SW. 164.

Chocoricin

Wohlschmeckendes Chocoladen-Rhainusöl-Präparat. — Mild, aber sicher wirkendes Abführmittel. Zu haben in Apotheken und Drogerien. 102/15*

Achtung, bewilligte Bäckerei!

Hiermit meiner geehrten Nachbarschaft zur Kenntnis, daß ich im Hause **Woldenbergerstr. 7** eine **Bäckerei** eröffnet habe. — Indem ich nur aus bestem Material hergestellte Backwaren zum Verkauf stelle, teile ich noch mit, daß ich die Forderungen des Verbandes der Bäcker und Konditoren anerkannt habe. [30325] Ergebenst **Fr. Prybil.**

Gastspiel-Theater

Röpenider Straße 67/68.
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Die gute Partie.

W. Noacks Theater

Oranienstr. 16, am Rosenhaller Tor.
 Benefiz Hermann Lewitz:
Die Jüdin von Toledo.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entre 30 Pf.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**
 Donnerstag: **Das Warenhausfräulein.**
 Sonnabend: **Der Glöckner von Notre-Dame.**

Apollo Theater

9 Uhr:
Tohuwabohu.
 Burleske m. Gesang und Tanz (aus dem Amerikanischen) in 3 Bild., bearb. v. Heinz Gordon, Gesangsdirekt. v. Rud. Schaner, Musik v. Paul Gindshofer, im 2. Bild: Ballett-Stralagen, getanzt von The Irish Indian Maids.
 Vorher ab 8 Uhr: Die vollständig neuen Spezialitäten m. Mahel Serra, The Automaten, 5 Schwestern Warwick, 4 Black Diamonds.

Folies Caprice.

Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
 Vorverk. 11-2. Anfang 8 1/2 Uhr.

Neue Welt.

Guldenstraße.
 Mittwoch, den 20. Oktober:
Heber's Grab hinans.
 Lebensbild mit Gesang in 6 Bildern von Sonntag.
 Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Dognanstraße 72.
 Täglich: **Franz Sobanski.**
 Frl. Morro, Gustav Eulenburg, Geschw. Arras, F. W. Hardt, The Hartie u. Mib Eltra usw.
Dr. Schwips.
 Poffe mit Gesang in einem Akt.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint

BERLIN O.
 Joachimstraße 11C,
 Heber's Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Konverberierung.
 Spezialität:
 Erzeugung des alt-italienischen Timbres für große Söle an alten u. neuen Geigen. u. Mäßiges Honorar. *

H. Greifenhagen Hof.

Brunnenstr. 17-18 □ □ □ Veteranenstr. 1-2

Diese Woche:

hervorragend billige Angebote

in allen Abteilungen

und

Doppelte Rabattmarken

* Mit Ausnahme einiger Artikel

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der größte Erfolg
der Theatersaison!
Henry Bender
in der tollen Burleske
Der süße Doktor.
Ferner:
Claire Waldoff
und der große Variété-Tell.

Passage-Panoptikum
Die Traumaleria
Aga d. schwebende
Jungfrau.
Der Notoboy
d. künstl. zeri. Mensch
Tamburitzza-Brigant.
Panophon-Vorträge
Vitaskop-Theater
Alles
ohne
Extra-
Entree!
Dauervorstellung von 4-7 Uhr.

Dauaufgabung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung meines unvergeßlichen
Frau und Schwester
Helene Buller
sagen wir allen Verwandten
und Bekannten, insbesondere den
Händlern des Gaudwerts Schön-
berg, den Kolleginnen von Kirchner
u. Schwedhelm sowie dem Gelan-
geclat Kirchner Männerchor unseren
innigsten Dank.
20012
Johannes Buller.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß am 18. Oktober
früh 2 Uhr nach langen Leiden
meine liebe Frau, unsere bergens-
gute Mutter, Schwester, Schwäger-
in und Tante
Luise Mannigel
geb. Gerike
im 52. Jahre sanft entschlafen ist.
Otto Mannigel nebst Kindern
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 21. Oktober, nachm.
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Luisen-Kirchhofs, Fürstendamm
Weg, aus statt.

Montag, den 18. Oktober, ver-
schied nach kurzem, schwerem Leiden
meine liebe Frau
Elise Schubert
geb. Scheidowrecht.
Um stille Teilnahme bitte!
O. Schubert,
Lichtenstr. 22.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des südlichen
Friedhofs, Müllerstraße, Ecke
Seestraße, aus statt. 20376

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 18. Oktober,
mittags 12 1/2 Uhr, verschied nach
kurzem Krankenlager mein Gatte,
unser lieber Vater, der Bäcker-
meister
Wilhelm Most
im 55. Lebensjahre.
Um stille Anteilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen
Frau **Berta Most**, geb. Weier
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 21. Oktober, nachm.
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle am
Urban, Eingang Grünstraße,
aus nach dem Emmaus-Kirchhof,
Waldort, Hermannstraße, statt.

Union-Theater
Alexand.-
Platz
U.T.
Neue
Königstr.
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Vornehmst. Riesen-Kinematograph
der Welt.
Auferstehung!
nach dem Roman des Grafen
Leo Tolstoj u. d. übr. Schläger!
Ununterbrochen Vorstellung
von 5 Uhr an.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Dauaufgabung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Albert Hobus
sage ich allen Verwandten und Be-
kanten, besonders dem Arbeiter-Rad-
fahrer-Verein sowie dem Rauchklub
„Blau-Weiße II“ meinen herzlichsten
Dank. 20332
Die trauernde Witwe
Frau **Hobus** nebst Kindern.

**Arbeiter-Rat-
Ver. „Vorwärts“ II**
Berlin.
Mittag d. 18. Okt.
„Freiheit“.
Am Montag, den 18. Oktober,
verstarb unsere Sportgenossin
Frau Elise Schubert
geb. Scheidowrecht.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Oktober,
nachm. 4 Uhr, von der Leichen-
halle des südlichen Friedhofs,
Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus
statt. 20355
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel.
Bezirk Nr. 213 Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Bäcker-
meister
Wilhelm Most
Görlitzer Str. 68
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Kranken-
halle am Urban aus nach dem
Emmaus-Kirchhof in Britz statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

WINTERGARTEN
Die
enthusiastisch gefeierte
Primadonna
Auftreten Auftreten
9 1/4 9 1/4
Maria Galvany
von der kgl. Oper in Madrid
und die sensationellen
12 Oktober-Attraktionen 12.
Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 21. Oktober 1909:
Glück bei Frauen.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.
Sofsenöffnung 7 Uhr.
Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10-1 Uhr
im Theater-Restaurant.

Fahrrad-Haus „Friseh auf“
Berlin N. 31, Brunnenstr. 35.
Wegen Brandschaden bleibt unser
Geschäft bis auf weiteres geschlossen.
Wir bitten unsere wertere Kundenschaft,
vorläufig ihren Bedarf in unserer
Zentrale Kolonnenstr. 9 zu bedenken.



Plüsch, Astrachan, Pelz-Konfektion
Abend- und Theater-Mäntel.
M. 10, 12, 14, 18, 24, 30, 35,
40, 48, 60, bis 100.
Seltene Formvollendung!
Ausgesucht schlechte Fassons!
Hochvornehme Modelle!
5 bis 50 Proz. Preisermäßigung
in
Westmann's
Spezial-Konfektionshaus
Haupt-Geschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a
kein Eckhaus, 1tes Haus v. d. Jerusalemstrasse
u. Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115
kein Eckhaus, 2tes Haus von der Andreasstr.
M. 11, 15, 17, 50, 20, 25, 28, 32,
37, 50, 42, 48, bis 150.

In Ihrem eigenen Interesse
besuchen Sie mich möglichst vormittags!
Mäntel □ Kostüme □ Paletots □ Jacketts
Uebergangsmäntel □ Kleider □ Röcke □ Blusen.

Allen Verwandten, Freunden
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe, unvergeß-
liche Frau, unsere gute Mutter
Emma Gloke
geb. Hensel
plötzlich am Herzschlag ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom
Trauerhaus Dunderstr. 85 aus
nach dem Gethsemane-Friedhof,
Nordend, statt. 20365
Der trauernde Gatte
Paul Gloke nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 16. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Stukkateur
Robert Lorenz
Ramlersstraße 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 16. Oktober,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Himmelstempel-
Kirchhofs, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
231/14
Der Vorstand.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Wdrlje.
Die erstklassigen
Spezialitäten.
Das mysteriöse Kabinett.
Olga Durand: **Ein Weinrausch:**
Der Blumenstrauch. Niederstpiel.
Anfang 1/8 Uhr.
Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.
Vorzugskarten, an Hochfesten
gültig, überall zu haben.

Persil
Das schnellste und vollkommenste selbsttätige
Waschmittel
von unübertrefflicher, geradezu wunderbarer Wasch- und
Reinigungskraft. Wäscht die Wäsche von selbst in
minutenschneller bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und
blendend weiß, frisch und duftig wie von der Sonne
gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und
Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis
an Zeit, Arbeit und Geld. Garantiert unschädlich
bei jeglicher Anwendung. Pakete à 15 und 45 Pfg.
Dixin
Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerschrockenes
Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von
Kalk und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen,
da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die
Wäsche wird schneeweiß und erhält den frischen Geruch des
Rosenbleiche. Paket 25 Pfg.
Henkel's Bleich-Soda
In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bestes
Ersetz für Soda, vorsehlich zum Einsetzen oder Einweichen der
Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengeschirr und
Holzgeräten etc.
**Oben genannte 3 Artikel in allen ein-
schlägigen Geschäften zu erhalten.**
Ellaing Fabrikanten Henkel & Co., Düsseldorf.

Bughenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
I. Theatersaal: D. Kanonenschläger
Meyer mit 'n Hängeboden
mit **Paul Bendix** in der Titel-
rolle und das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Im Konzertsaal:
Täglich: Gr. Konzert
der
ersten Kapellen der Berliner
Garde-Regimenter.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bisont.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Vermischtes.

Der Flug um den Eiffelturm.

Graf Lambert, der erste Schüler Wilbur Wrights, hat einen Flug vom Flugplatz Juvisy nach Paris unternommen und ist, nachdem er den Eiffelturm umflogen, wieder glücklich nach seinem Ausgangspunkt zurückgekehrt.

auf diesen zuzusteuern. Er habe den Turm in etwa hundert Meter Höhe überflogen und sei dann nach Juvisy zurückgekehrt, wobei ihm als Zielpunkt das weiße Reservoir von Juvisy diene.

Dampferzusammenstoß auf dem Rhein. Aus Mainz wird gemeldet: Infolge plötzlich eingetretener Nebels stieß gestern auf dem Rhein der Dampfer „Vadenia II“ mit dem Dampfer „Industrie IX“ zusammen.

Ein Wirbelsturm hat, wie eine Meldung aus Kalkutta besagt, Goa und andere Ostküsten Ostbengalens heimgesucht. Eine große Anzahl von Flugdampfern und Fahrzeugen Eingeborener sind gesunken.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen.

Abzahlungsgeschäfte Credit-Haus Moabit. Turmstraße 55, Ecke Waldstraße.

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 29 I. Spezialitäten a. 71.

Alkoholfreie Getränke Krüger, E. G. m. b. H., Hohenstr. 28.

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf.

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.

Badeanstalten August-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Sandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Boerdigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.

Beleucht.-Gegenstände Büttner, A., Danzigerstr. 86.

Berufskleidung Garderobenh., Nordstr., Brunnenstr. 25.

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.

Bierbrauereien, Bierhdlg. Bergbrauerei Feinstes Doppelbier.

Palzenhofer Brauerei Die Palzenhofer Flaschenbier.

Berliner Bock-Brauerei Berliner Weißbier-Brauerei.

Brauerei „Germania“ Action-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokale.

Groterjans Malzbier. Hempel, E., Mollerstr. 138 d.

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl. Butter, Eier, Käse.

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 155.

Cylix, G., Filialen in allen Stadtteilen.

Cigarrenhandlungen Adel, A. G., Müllerstr. 12.

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117.

Dressel, E., Ede Prälakenstraße, Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.

Paul Loewenthal Rosenthaler Straße 16/17.

Wagner, P., Damenmäntel, Pelzw.

Drogen u. Farben Centr.-Drog., Spand., Neumiederstr. 8.

Schultz, Hugo, Mollerstr. 165 a.

Eisen- u. Stahlw., Waffen Aln. O., Rl., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Kiessling, G., Rixdorf, Berlin 50.

Kniehase, A., Skallstr. 46 B.

Fahrräd., Nähmaschinen Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“ Brunnenstr. 33, Kottbusstr. 3.

Hausberg, Willy, Katalog umsonst.

Hoppe, Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a.

Liersch, P., Kaiser-Friedr.-Str. 47.

Färberelen, Wäschereien Berliner Dampf-Wäscherei.

Naefe Fbr. Brita Rödworstr. 74. Pfl. Rixd. Bergstr. 74.

Fischhandlungen Winkler & Rörhbold, Bergstr. 3 u. 27.

Fleischereien u. Wurstw. Bisold, K., Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahnhof.

Wühle, Gust., Turmstr. 67.

Gelegenheitskäufe Schultz, Paul, Rl., Berlinerstr. 41.

Grammophon, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Hoyer, A., Bergstr. 183 I.

Plietsch, Hugo, Specialgesch.

Rund um Berlin Wandelt, Teilkzahlung gestattet.

Haus- u. Küchengeräte Graif & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Küchen-Schreiber, Wedding.

Sandow, Rud., Lampen.

Schreiber, Ad., Rixdorf, Bergstr. 145.

Norren-Artikel Brocks, J., Nollerstr. 136.

Ringel, Sie kaufen reell auch nach Maß, N. Chausseestr. 21.

Rosner, Max, Schneidemeister, Rixd., Bergstr. 30/31.

Bazar Brunnen, Brunnenstr. 62.

Beise, Red., Chausseestr. 66.

Mandel's Hutfabrik, Frankfurter Chaussee 7.

Rieck, Em., Rixdorf, R. Allee 149.

Vester, E., Damm 18/19.

Kaufhäuser Kaufhaus Gustav Pinkus, Müllerstr. 155 a.

Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bunsenstr. 10.

Kohlen, Koks, Erikotta Loebell, L., Wedding.

Kolonialwaren Harz, Wilh., NO, Weberstr. 9.

Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Krüger, Berthold, Goldenb. Str. 16.

Lutze, Herm., 5 Geschäfte in Nord-Berlin.

Schreiber, Emil, Huttenstr. 7.

Korbwaren, Kinderwagen Kern, Paul, Heusenstr. 67.

Krankenkassenartikel Fischer, Wilh., N, Swinemünd. St. 116.

Manufakturwaren Belwe Neff, Otto, Turmstr. 80.

Mehlhandlungen Adler, M., Kolonialw., Frkt. Allee 67.

Bethke, Georg, Kottbusstr. 44.

Grossien, Gebr., Frankf. Allee 188.

Heinrich, R., Bergstr. 25/26.

Kurzleben, H., Kottb. Damm 98.

Möbelmagazine Bauer, R., Landsberger Str. 91a.

Misch Möbel-Ebenhardt, Rixdorf, R. Allee 105 a.

Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 48, Fabrikgebäude.

Möbel-Rosien, Allee 57.

J. Ostrowski jr., Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor.

Neunkirch, Gebr., Langestr. 2.

Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 62.

Stargard, O., Neue Königstr. 23.

Wendland, Ernst, Möbelfabrik - Par. u. Teilkzahlung.

Misch, Wilh., auch Teilkzahlung.

Wolkereien „Schweizerhof“, Meierei und Milchkrämlerei.

Musikinstrumente Grunow, A., Frankfurter Allee 150.

Optiker Dase, Paul, N. Mollerstr. 174.

Papier- u. Schreibwaren Friedrich, O., Rl., Hermannstr. 177.

Putz- u. Modewaren Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 161.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1.

Hannach, Geschw., Rixdorf, Bergstr. 22.

Kaufhaus f. Damenputz Adolf Cohn jr., Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.

Restorhandlungen Doleschal, H., Kolonialstr. 150 a.

Schirme u. Stöcke Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Schuhwaren Achilles, Aug., Frankf. Allee 185.

Bornschein, H., Bergstr. 128.

Räsener, Brunnenstr. 29.

Schretter, J., Hermannstr. 52.

Teppiche u. Gardinen Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140.

Uhren u. Goldwaren Arlt, Erwin, Kottb. Damm 29/30.

Ebert, Otto, Nr. 67.

Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 132.

Schrader, Otto, Frankf. Chaussee.

Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3-4.

Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.

Warenhäuser Brunn, Nachf., Allee 194.

A. Weiss & Co. Nachf., Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte Hugo Beling, Flaschenverk. zu Engrospreisen.

Laab, Paul, Weinhandlung und Likörfabrik.

Reins Gr.-Dest. Schummelstr. 11.

Sello, Hermann, Filialen in allen Stadtteilen.

Woll-, Wollw., Teilkotagen Boeldicke, Max, Chausseestr. 67.

Engel, R., Wilmersdorfer Straße 118/119.

Hannes, Gust., Weddingpl. 1.

Klein, A., Gr. Frankf. Str. 114.

Zahnlot. u. Zahnkünstl. Barwald, Rixdorf, Zichensstr. 58.

Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.

Lüdecke, Franz, Greifswalderstr. 21.

